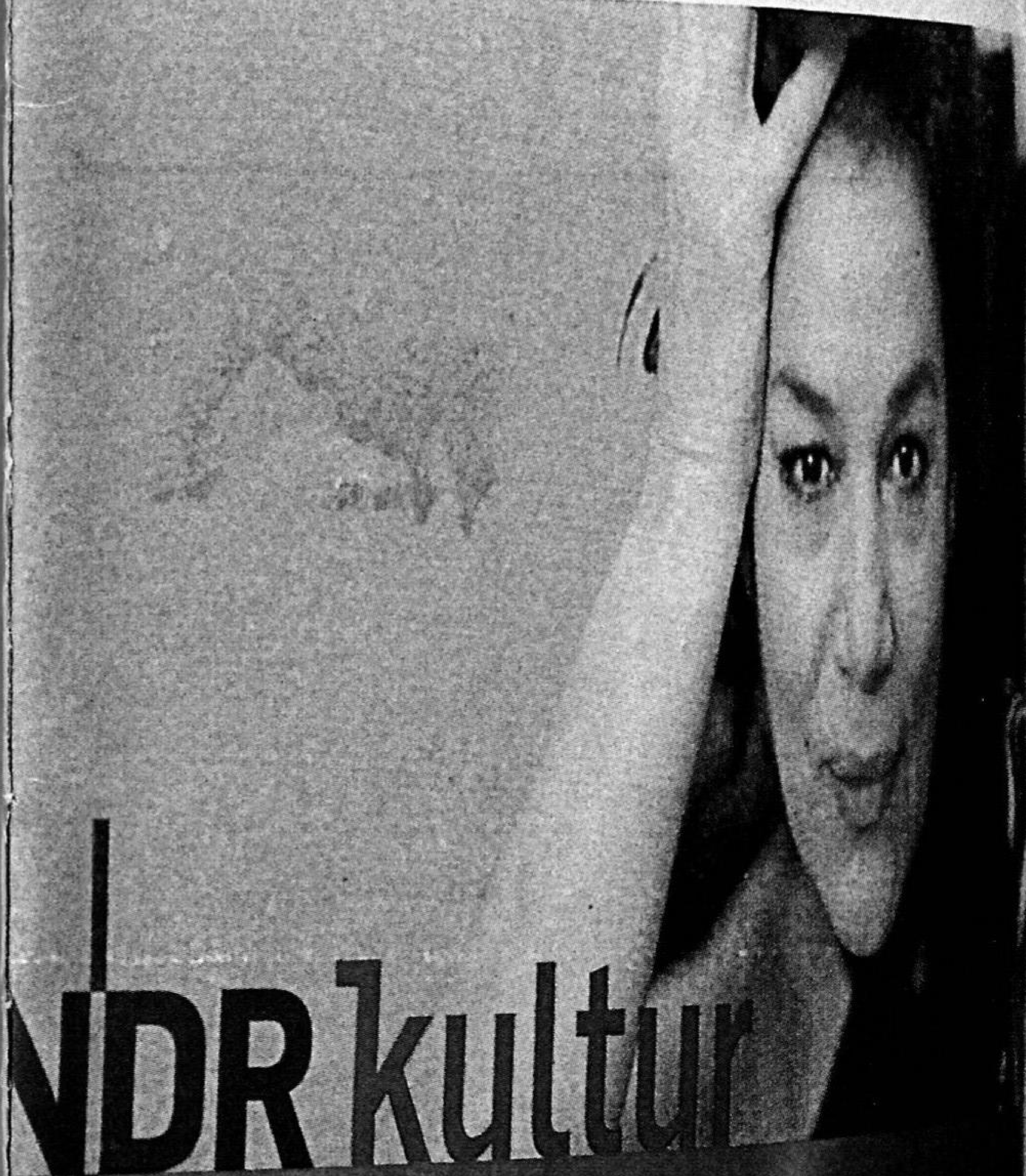
Enough is enough!

Zeitung für antirassistische und antifaschistische Politik in Schleswig-Holstein und Hamburg

Nr. 22 · Winter 04/05 · 3€

Scheiß Nazis!



Neonazi-Konzerte haben Konjunktur
RechtsRocker rocken

Landtagswahl 2005 Schleswig-Holstein
NPD allzeit bereit

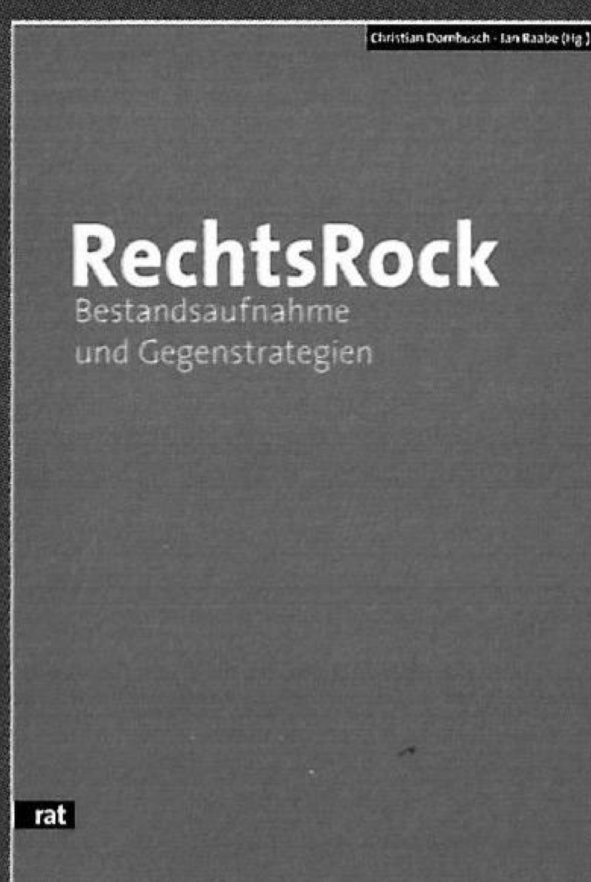
Die Braunzone feiert sich in Aumühle
Bismarck ist kein Hering

'ran an den neuen Reichsarbeitsdienst
Hartz bittet zur Schicht

Abonniert die Enough is enough!

Die Enough im Vertrieb von rat · reihe antifaschistischer texte

Kaufen:



Dieser Band zu rechter Musik und rechtem Lifestyle hat unabhängig jeglicher politischer und medialer Konjunktur ein Anliegen:

Denjenigen den Rücken zu stärken, die nach Mögichkeiten suchen, Rassismus, Antisemitismus und Neonazismus entgegenzutreten.

Umfangreiche Verzeichnisse zu rechter Symbolik, einschlägigen Bands, Publikationen und Labels des RechtsRock bieten schnelle und präzise Orientierung für die Praxis.

Das neue Standardwerk

544 Seiten, viele Abbildungen
ISBN 3-89771-808-1 · 24 €

Argumente.Netzwerk antirassisischer Bildung e.V. (Hg.)

... in der Mitte angekommen

Rechtsextremismus und gesellschaftliche Gegenaktivitäten in Mecklenburg-Vorpommern



1. Auflage 2002
80 Seiten, A4
Versandbedingungen:
1 Ex 3 € plus 1 € Versand
10 Ex 25 € inkl. Versand

»Das Ergebnis dieses Projekts ist beeindruckend und dürfte in M-V seinesgleichen suchen. Es ist nicht nur das professionelle Design der Broschüre, das beeindruckt. Vor allem die Tiefgründigkeit und Vielgestaltigkeit der behandelten Themen machen aus dem Heft ein Arbeitsmaterial genauso wie ein Dokument der Zeitgeschichte. [...] Vier Schwerpunkte setzen die AutorInnen. Es geht um... die Situation von MigrantInnen und Flüchtlingen ... die Frage nach vernünftiger Jugendarbeit ... Sinn bzw. Unsinn unterschiedlicher Ansätze von Gewerkschaften, Netzwerken, Initiativen und der Landesregierung gegen Rechts ... den Stand der Organisation der Neonazis ...«

Likedeeler – Zeitschrift aus Greifswald, März 2002

asp (Hg.)

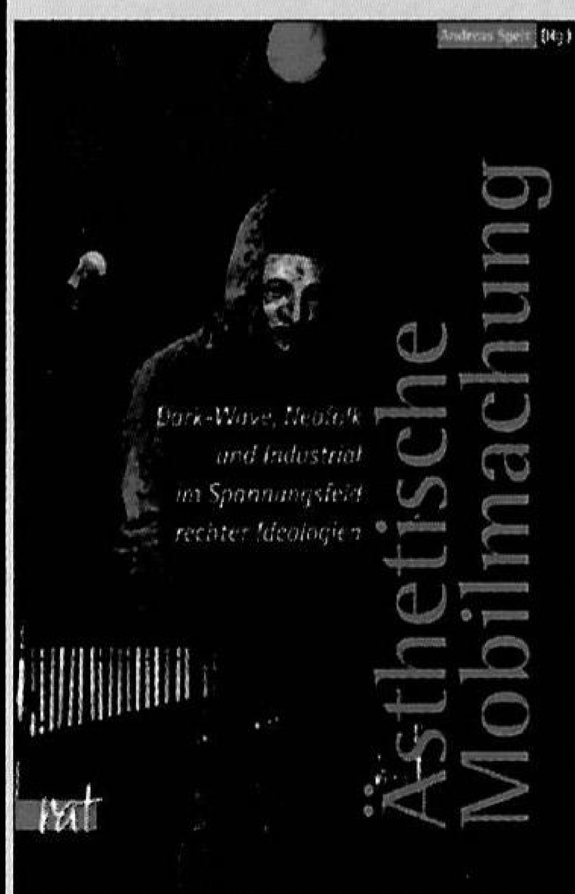
Versteckspiel

Lifestyle, Symbole und Codes von neonazistischen und extrem rechten Gruppen

Das Wissen um Symbole, Codes und Kleidungsstil ist wichtige Voraussetzung für die Beschäftigung mit rechten Jugendkulturen. Diese Broschüre trägt diejenigen Elemente zusammen, die im Alltag der Jugendlichen tatsächlich eine Rolle spielen. Dabei liegt der Schwerpunkt auf der Region Berlin/ Brandenburg und zeigt, soweit möglich, Beispiele aus dieser Region.



2. Auflage 2003
40 Seiten A4 farbig
Versandbedingungen
1 Ex. 3 € plus 1 € Versand
10 Ex. 25 € incl. Versand



1. Auflage 2002
282 Seiten
ISBN 3-89771-804-9
16 Euro

Andreas Speit (Hg.)

Ästhetische Mobilmachung

Dark Wave, Neofolk und Industrial im Spannungsfeld rechter Ideologien

»Ästhetische Mobilmachung ist mehr als nur eine Aufsatzsammlung. Die Beiträge sind gut aufeinander abgestimmt, sauber recherchiert und bieten treffende Analysen. Wer bereit ist, über die Wechselwirkung zwischen Pop und Politik nachzudenken, findet hier reichlich Material und Anregung. Darüber hinaus leistet das Buch einen wichtigen Beitrag zum Thema ›Re-Politisierung der Popmusik‹ ...«
Intro/Juli 2002

»Alles in allem also jede Menge Fakten und Analysen, wobei das Buch vor allem durch seine Komplexität besticht ... Kaufpflicht«
Lotta – antifaschistische Zeitung aus NRW/Sommer 2002

Der Mythos stirbt zuletzt

Seit 15 Jahren organisieren Neonazis alljährlich im August zum Todestag des Hitlerstellvertreters und Kriegsverbrechers Rudolf Heß Aufmärsche und Propagandaaktionen.

Die Mythenbildung um Heß, die revisionistische Projektion auf den Suizid und die ›Vorbildfunktion‹ eines reuelosen NS-Täters für ›junge Kameraden‹ kulminieren im Gedenken an Rudolf Heß.
In den Beiträgen wird der ›Mythos Heß‹ entzaubert, seine Biogafie zeigt den gradlinigen Weg zu einem der führenden NS-Funktionäre und Wegbereiter des Holocaust.

Mit der Betrachtung antifaschistischer Gegenaktivitäten werden abschließend Möglichkeiten und Grenzen autonomer Konzepte diskutiert.



1. Auflage 2002
56 Seiten · 3€
Versandbedingungen:
1 Ex 3€ plus 1€ Versand
10 Ex 25 € incl. Versand

So gehts:

Ich abonniere die ENOUGH IS ENOUGH für 4 Ausgaben und lege diesem Coupon 13 € bei. Wenn ich 8 Ausgaben für 25 € abonniere, erhalte ich eine Broschüre meiner Wahl gratis dazu.

Meine Adresse
Name
Straße
PLZ
Wohnort

- ( ) ENOUGH IS ENOUGH-Abo 4 Ausgaben 13 € ab der aktuellen Ausgabe oder ab Nr. ( )
- ( ) ENOUGH IS ENOUGH-Abo 8 Ausgaben 25 € ab der aktuellen Ausgabe oder ab Nr. ( )
- ( ) Gratis-Broschüre meiner Wahl ( ) Der Mythos ( ) Versteckspiel ( ) in der Mitte...
- ( ) neben dem Abo bestelle ich folgende Bücher und Broschüren ebenfalls gegen Vorkasse
- ( ) Ästhetische Mobilmachung ( ) RechtsRock
- ( ) zusätzliche Broschüren ( ) Der Mythos ( ) Versteckspiel ( ) in der Mitte...

Ich habe der Sendung ( ) € in Scheinen und/oder Briefmarken beigelegt

reihe antifaschistischer texte · c/o Schwarzmarkt · Kleiner Schäferkamp 46 · 20357 Hamburg

Enough is enough Nr. 22

Inhalt

Enough is enough!

Zeitung für antirassistische und antifaschistische Politik in Schleswig-Holstein und Hamburg

Herausgeber

Enough is enough
Redaktionskollektiv Kiel,
Redaktionskollektiv Lübeck
Redaktionskollektiv Hamburg

Redaktion

c/o Initiativenzentrum
Schweffelstraße 6
24118 Kiel

Abo und Vertrieb

RAT

reihe antifaschistische texte
c/o Schwarzmarkt
Kleiner Schäferkamp 46
20357 Hamburg

Auflage: 1000

Erscheinungsweise:

4 mal pro Jahr

Abo

13 Euro für 4 Ausgaben
Lieferung nur gegen
Vorkasse möglich

Bankverbindung

A. Hoffmann
Kto.: 408352 201
Postbank Hamburg
BLZ 200 100 20
Stichwort Enough

V.i.S.d.P.: A. Hoffmann

Vorwort

Liebe Leserinnen liebe Leser,

in den nächsten Wochen werden in Schleswig-Holstein zahlreiche Nazi-Aktivitäten stattfinden. Anlass für die zu erwartende Steigerung faschistischen Treibens sind die im Februar 2005 stattfindenden Landtagswahlen. Nach den für die Faschisten von NPD und DVU erfolgreichen Landtagswahlen im Saarland (NPD – 4,0 % = 17.590 Zweitstimmen) in Sachsen (NPD – 9,2 % = 190.909 Zweitstimmen) sowie in Brandenburg (DVU – 6,08 % = 71.045 Zweitstimmen) haben die Parteispitzen von NPD und DVU den Verzicht, gleichzeitig in einem Bundesland zu kandidieren, bekräftigt und eine Kooperation zur Bundestagswahl angekündigt. Zwar sind bis dahin noch einige formale Hürden des Parteien- bzw. Wahlrechts zu nehmen (z.B. können sich NPD und DVU nicht einfach zu einer Listenverbindung zusammenschließen), aber mit dem nun gewonnenen Selbstbewusstsein gehen DVU und NPD in die nächsten Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen bzw. Schleswig-Holstein.

Zu den politischen Rahmenbedingungen gehört das Scheitern des NPD-Verbotsverfahrens, in dessen Folge nun wichtige Beitritte zur 1964 gegründeten Partei zu verzeichnen sind. Einerseits finden zahlreiche REP-Funktionäre und -Mitglieder den Weg zur NPD, andererseits setzt sich die bereits bei zahlreichen Neonazi-Aufmärschen erprobte Zusammenarbeit der NPD-Spitze mit großen Teilen der so genannten »Freien Kameradschaften« nun auch organisatorisch fort. Mit dem Hamburger Neonazi Thomas ›Steiner‹ Wulff und Thorsten Heise sowie dem Sänger der als »kriminelle Vereinigung« verbotenen Band LANDSER haben Wortführer und Idole des Nazi-Schlägermobs ihren Beitritt zur NPD verkündet, der sicher auch in Posten seinen Niederschlag finden wird. In Schleswig-Holstein hatte in den letzten Jahren ein sog. »radikaler Flügel« der NPD die innerparteiliche Vorherrschaft an sich gerissen; diese war nach der Inhaftierung und Verurteilung von Peter Borchert und dem Fortzug Jürgen Gergs aus Lübeck zwar geschwächt, hat jedoch nicht alle Positionen im Landesverband räumen müssen. So wird der anstehende NPD-Wahlkampf nun von alten NPD'lern wie Uwe Schäfer oder dem im Zusammenhang mit Brandstiftung gegen Flüchtlingsunterkünfte zu einer mehrjährigen Haftstrafe verurteilten Heino Förster gemeinsam mit jüngeren Nazis aufgezogen, die zum Teil bei den Landtagswahlkämpfen der NPD im Saarland und Sachsen geholfen haben. Unterstützung für die Faschisten in Schleswig-Holstein wird also nicht ausbleiben. Neben Privatwohnungen stehen Treffpunkte wie der CLUB 88 und die Gaststätte von Dieter Kern in Heilshoop zur Unterbringung zur Verfügung.

Ob die Faschisten in Schleswig-Holstein über die 5%-Hürde kommen werden, ist derzeit kaum vorherzusagen. Ende der 1960er war die NPD bereits mit Abgeordneten im Landtag vertreten; die DVU von 1992 bis 1996. Damals konnte die DVU die gegen Flüchtlinge geschürte Hetze, mit der die CDU/CSU und schließlich auch bedeutende Teile der SPD die Axt an das Grundrecht auf Asyl legten, in ausreichend Stimmen umwandeln. Im nun bevorstehenden Wahlkampf werden die Faschisten die Frage des EU-Beitritts der Türkei nutzen und zugleich die völkisch-nationalistische Sozialdemagogie in den Vordergrund stellen, um eine möglichst hohe Zahl von Stimmen zu erzielen. Bleiben traditionelle SPD-Wähler den Wahlurnen fern, kann die CDU angesichts der Blässe und taktischer Fehler ihres Spitzenkandidaten Carstensen ihre Sympathisanten nicht mobilisieren – oder stimmen gar gewisse Teile dieser Gruppen für die Faschisten, dann ist ein – aus Sicht der NPD – gutes Abschneiden nicht ausgeschlossen.

Die kommenden Monate bringen also erneut viel Arbeit für organisierte und unorganisierte AntifaschistInnen. Dringend sind nun Beratungen und erste Aktionsplanungen und -vorbereitungen angezeigt. Keine antifaschistische Strömung wird in der Lage sein, den Nazi-Aktivitäten alleine die Stirn zu bieten; daher ist dringend eine Kooperation anzustreben, die auch um die progressiven Organisationen der MigrantInnen zu erweitern ist.

Das bürgerliche Lager hat bereits im Wahlkampf in Sachsen und anlässlich der Aktionen gegen das staatliche Verarmungsprogramm HARTZ IV gezeigt, dass es an der Taktik der Gleichsetzung von »rechten und linken Extremisten« festzuhalten gedenkt. Diese Sichtweise, die auch noch immer in der Geschichtsklitterung über das Ende der Weimarer Republik herhält, derzufolge die Demokratie durch die »Extremisten beider Seiten« zerstört worden sei, wird auch durch ständige Wiederholung nicht wahrer.

Zwar wiederholt sich Geschichte nicht, aber es ist schon alarmierend, wie die Krisen des Kapitalismus von den Herrschenden dazu benutzt werden, die (bürgerliche) Demokratie zu zerstören und grundlegende Menschenrechte mit Füßen zu treten. Einer dieser Zerstörer demokratischer Grundrechte ist Innenminister Schily. Erst Ende September hatte er im Rahmen einer Rede anlässlich des 125-jährigen Jubiläums der Bundesdruckerei ein »Grundrecht auf Sicherheit« gefordert. Dieses »Grundrecht auf Sicherheit« tritt nach Schilys Vorstellung in Konkurrenz zu anderen Grundrechten (idealerweise: Schutz der Intimsphäre, Brief- und Telefongeheimnis, Unverletzlichkeit der Wohnung), die – das muss erwähnt werden – in den letzten Jahren bereits beträchtlich ausgehöhlt wurden. Geht es nach Schily und anderen, dann werden aus dem Katalog der Grundrechte, die staatliche Eingriffe in das Leben der BürgerInnen abwehren sollen, ganz im Gegenteil eine Verpflichtung des Staates zum Eingriff in eben diese Grundrechte. Sicherheit vor Freiheit.

Diese Entwicklung, an der von Bundesregierung und Landesregierungen an zahlreichen Stellen gearbeitet wird, führt zu einer grundlegenden Umkehrung des Verhältnisses von Staat und Bürger. Wird

Sicherheit zu einem Grundrecht, droht die Gefahr durch die anderen Grundrechte und jene Menschen, die diese in Anspruch nehmen (wollen). Wo Sicherheit garantiert sein soll, gilt es, auch das geringste »humane Restrisiko« zu vermeiden und es auszuschalten. Das »Grundrecht auf Sicherheit« ist also nichts anderes als ein weiterer Angriff auf grundlegende Freiheitsrechte. Widerspruch und Widerstand gegen die Arbeiten an diesem Projekt, etwa in Gestalt des geplanten Hamburger Polizeigesetzes, sind dringend vonnöten.

Außenpolitisch schickt sich die rot-grüne Bundesregierung derzeit an, eines der letzten Überbleibsel der Niederlage des deutschen Faschismus zu beseitigen. Zahlreiche Stationen hat Außenminister Fischer auf seinen Reisen um den Globus nun schon hinter sich gebracht und manche Koalition mit den Vertretern anderer Staaten geschmiedet. Nun soll es klappen mit dem ständigen Sitz im Sicherheitsrat der UNO. Gelänge dies so würde Deutschland auch offiziell in den Kreis der Großmächte aufgenommen.

Ziel der deutschen Außenpolitik ist nicht die Reform der UNO zugunsten der Mehrheit ihrer Mitgliedsstaaten bzw. der dort lebenden Menschen; Fischer & Co. wollen Deutschland im Kreis der Mächtigen sehen, die im Sicherheitsrat und per Veto maßgeblich die Geschicke dieser Welt bestimmen. Das freut die Faschisten in diesem Land, die ähnliches seit langem anstreben, um deutsche Soldaten nicht mehr in angeblich »amerikanisch-israelische« Kriege schicken zu müssen. Und wenn die Strukturen der UNO schon geändert werden, dann werden auch die von der extremen Rechten beklagten, tatsächlich längst bedeutungslos gewordenen »Feindstaaten-Klauseln« gestrichen, die noch als Überbleibsel einer Zeit existieren, als die UNO auch die Sicherheit vor einem Aufleben des Faschismus in Deutschland und Japan ermöglichen sollte.

Den Zutritt zum UNO-Sicherheitsrat wird Deutschland nur im Verbund mit anderen Staaten erreichen können; nicht zufällig hat Bundeskanzler Schröder am europäisch-asiatischen Gipfel teilgenommen. Angesichts dieses großen Ziels müssen andere außenpolitische Konfliktlinien beruhigt werden. Hierzu zählt etwa die Unruhe, die im Nachbarland Polen aufgrund der revanchistischen Aktivitäten der sog. Landsmannschaften und der Preußischen Treuhand aufgebrochen ist. Zwar hat die Bundesregierung betont, sie teile deren Ziele nicht; wer aber daraus schließt, in Deutschland sei die Organisation, deren Treiben wir in diesem Heft darstellen, isoliert, täuscht sich. Immerhin konnte ihr Vorsitzender Rudi Pawelka einer der auflagenstärksten Tageszeitungen ein langes Interview geben ... Grund genug also, auch hier aufmerksam zu sein. <<

Aktuell nach Redaktionsschluss: NPD-Wahlkampf beginnt mit Massenschlägerei

Am Samstag, den 4. Dezember 2004, veranstaltete der NPD-Landesverband Schleswig-Holstein einen Parteitag in Steinburg bei Itzehoe. Dort sollten Parteianhänger und andere Neonazis nochmals auf den Wahlkampf zur Landtagswahl am 20. Februar 2005 vorbereitet und eingeschworen werden. Auch an parteieigener Prominenz fehlte es nicht: Neben dem NPD-Bundesvorsitzenden Udo Voigt war unter anderem Bundespressesprecher Klaus Beier aus Berlin sowie der stellvertretende NPD-Landesvorsitzende Niedersachsens, Manfred Börm, angereist.

Obwohl der Landesvorstand bei der Organisation diesmal betont Wert auf Diskretion gelegt hatte und das Versammlungslokal Zur Steinburg geheim bleiben sollte, kam es zu massiven Störungen. Während Voigt seine Rede schwang und von Aufbruchstimmung faselte, zogen etwa 50 AntifaschistInnen vor das Lokal. Mit lauten Rufen und einigen Flaschenwürfen wurde der rechte Parteitag unterbrochen. Nachdem der völlig überraschte NPD-Ordnerdienst Alarm geschlagen hatte, bewaffneten sich zahlreiche Neonazis im Versammlungsraum mit bereitliegenden Waffen und Gaststättenmobiliar. Da die protestierenden Antifas auf der gegenüberliegenden Straßenseite blieben, konnten immer mehr Neonazis die Kneipe verlassen und sich vor dem Gebäude sammeln. Als sich die Gruppe groß genug wähnte, rannte sie plötzlich auf die Antifaschisten los und attackierte sie. Dabei rissen die Nazis einige Personen zu Boden und traten brutal auf sie ein. Gemeinsam mit fünf anderen rechten Schlägern griff NPD-Kandidat Ingo Stawitz eine Journalistin an und traktierte sie mit Faustschlägen und Knüppeln. Einzig ein hinzukommender Zivilpolizist konnte die Frau vor noch schlimmeren Verletzungen bewahren. Da lediglich etwa acht Polizisten vor Ort waren, sahen sich die Beamten gezwungen, zwei Warnschüsse abzugeben. Nur so war es möglich, die NPDler zur Ruhe zu bringen. Während sich die AntifaschistInnen sammelten und zurückzogen, sperrten ankommende Polizisten die Straße ab. Fast alle Demonstranten wurden vorübergehend in Gewahrsam genommen. Nun wird gegen sie wegen Landfriedensbruch und gegen einige rechte Schläger wegen gefährlicher Körperverletzung ermittelt.

Die Störung des NPD-Treffens ist zumindest zeitweise gelungen, auch wenn der Preis für AntifaschistInnen aufgrund der Verletzungen und der Ingewahrsamnahmen hoch war. Die NPD-Führung wird nun erklären müssen, warum ihre Parteimitglieder und Kandidaten so brutal zu Werke gingen. Dem Landesvorstand wird die Gewalttätigkeit eine zumindest zurzeit nicht willkommene Aufmerksamkeit



bescheren, versuchte er doch in der Öffentlichkeit gerade in Hinblick auf die Wahl im Februar wenig Angriffsfläche zu bieten. So wurde erst kürzlich der Rentner Heino Förster (Ratzeburg) aus Imagegründen von der NPD-Kandidatenliste gestrichen. Förster hatte in den 90ern eine mehrjährige Haftstrafe verbüßt, da er Jugendliche angestiftet hatte, ein Flüchtlingsheim nahe Boizenburg anzuzünden. Wie verlogen dieses Versteckspiel der Parteiführung ist, zeigt sich bei einem Rückblick in den Sommer 2003: Damals war Förster frisch in den Landesvorstand der NPD gewählt worden, und das nicht ›trotz‹ sondern vermutlich auch ›wegen‹ seiner Vergangenheit.

größter Aufmarsch europäischer Nationalsozialisten





Das obere Transparent brauch nicht mehr kommentiert werden, durch die permanente Duldung nationalsozialister Kontinuität durch bayrische Beamte und Verwaltungen der letzten Jahre ist es nun auch der kompletten braunen Riege von der NPD (2. von rechts vorne, hier Udo Voigt, NPD-Vorsitzender) bis zum strammen NS-Multifunktionär Rieger und seinen Kameradschaften möglich, Seit' an Seit' für die verlogene Erinnerung an NS-Kriegsverbrecher und antisemitische Vernichtungs-Vordenker zu marschieren – Wunsiedel als neues NS-Marsfeld.

Mehr als 4600 Personen beteiligten sich in diesem Jahr am größten europäischen Aufmarsch von Nationalsozialisten im bayerischen Wunsiedel. Beteiligt waren Personen aus den USA, Norwegen, Schweden, Dänemark, Großbritannien, den Niederlanden, Belgien, Frankreich, der Tschechischen Republik, der slowakischen Republik, Ungarn, Russland, Österreich, Spanien, Italien, Kroatien und natürlich und in der Hauptsache Deutschland.

Veranstaltungsleiter war, wie schon in den letzten Jahren, der Hamburger Rechtsanwalt Jürgen Rieger. Der Ordnungsdienst wurde ebenfalls, wie in den letzten Jahren, von Hamburger Neonazis um Inge Nottelmann und Thomas Wulff geleitet.

Der Neonazi-Aufmarsch entwickelt sich seit 2001 in besorgniserregender Weise: So ist es den Nazis gelungen, eine legale Grundlage für die offene Huldigung des Nationalsozialismus zu erhalten. Nicht nur Heß sondern vielmehr der gesamte Nationalsozialismus wird hier als »Friedensmacht« dargestellt, der von den »verbrecherischen« Alliierten ein Krieg aufgezwungen wurde. Die Naziverbrechen werden damit insgesamt geleugnet – das Hitlerregime als Opfer einer internationalen Verschwörung dargestellt. Die Teilnehmerinnen der Demonstration waren erneut zu einem großen Teil Neonazi-Skinheads und Mitglieder der so genannten »Freien Kameradschaften«, die teilweise sehr geordnet und nach Städten und Regionen auftraten, als auch sehr viele ältere Personen, insbesondere Männer, aus dem Altnazi-Spektrum. Der »Heßmarsch« gewinnt damit immer stärker an Bedeutung für das Wiederentstehen einer altersübergreifenden Nazibewegung, die parteiübergreifend die Widersprüche zwischen »bürgerlichen« Rechten und den der Skinhead-Bewegung entstammenden »wilden« Jungnazis ausräumen hilft.

Bemerkenswert war die beinahe schon offizielle Beteiligung der NPD. An der Demonstrationsspitze gingen neben Jürgen Rieger auch Holger Apfel und Udo Voigt, womit die Parteispitze deutlich repräsentiert war. Auch die drei führenden Kader der »Freien Nationalisten«, Thomas Wulff, Thorsten Heise und Ralph Tegethoff, die sich erst im Oktober als NPD-Neuzugänge präsentierten, traten in hervorgehobener Position auf. Es scheint offensichtlich zu sein, dass die Wunsiedelorganisatoren dem Projekt »Volksfront von Rechts« das nunmehr von der NPD propagiert wird, positiv gegenüberstehen. In den letzten Jahren hatte es immer Anweisung gegeben, Parteipropaganda nicht mitzuführen. Die NPD trat allerdings in diesem Jahr ungehindert mit einer großen Anzahl von Parteitransparenten, ohne inhaltlichen Bezug zur Heß-Demonstration, auf. Die NPD versucht seit dem Wahlerfolg in Sachsen, massiv »Freie Nationalisten« zum Parteieintritt zu bewegen. Wulff, Tegethoff und Heise hatten in einer gemeinsamen Erklärung im Oktober erklärt, sie seien in die Partei eingetreten, weil diese momentan eine neue Chance für die gesamte »nationale Bewegung« biete. Der Parteivorstand um Voigt und Apfel hat eine Erklärung abgegeben, in der zur Sammlung aller Rechten in der NPD aufgerufen wird. Auch der »nationalsozialistische Teil der Bewegung« könne dort seinen Platz finden.

Die enorme internationale Beteiligung führte allerdings auch zu Streit: Österreichische Nazis zogen ihren Redebeitrag zurück, nachdem Russische »Kameraden« ein Rederecht erhalten hatten. Tschechische Nazis durften nicht sprechen, weil sie zunächst nicht zugesagt hatten, sich von den angeblichen Verbrechen an den deutschen Vertriebenen zu distanzieren. Versammlungsleiter Rieger rechtfertigt dies im Nachhinein mit der Vormachtstellung der Deutschen in der »nationalsozialistischen Bewegung« – wem dies nicht passe, der könne auch zu Hause bleiben.

Dagegen wurden die aus Österreich angereisten »Kameraden« scharf angegriffen, weil sie mit Österreichfahnen und T-Shirts mit der Aufschrift »Österreich« demonstriert hatten. Dies wurde als Verrat »an der deutschen Nation« gewertet, weil Österreich immer noch ein Teil Deutschlands sei. Wer »Österreich« und nicht »Altmark« verwende, legitimiere daher die Spaltung der Nation. Die so gescholtenen konnten hiermit nur jammernd feststellen, dass nach dem im Österreicher Strafgesetzbuch enthaltenen »Wiederbetätigungsverbot« auch die Werbung für einen Anschluss des Landes an Deutschland im Sinne des Nationalsozialismus, also als »Altmark«, verboten sei.

Außer bei aktiven Antifaschisten und der betroffenen Gemeinde ist kaum Empörung gegen den Aufmarsch spürbar. Weder die Landes- oder Bundespolitik, noch die Medien setzen sich adäquat damit auseinander – abgesehen von den üblichen CSU-Rufen nach einer Abschaffung des Demonstrationsrechts. Bemerkenswert ist allerdings, dass die CSU regierte Gemeinde inzwischen offensiv gegen die Nazidemonstration vorgeht. Erstmals wurde Rieger der Festplatz erfolgreich verweigert. In der gesamten Stadt wurden antifaschistische Plakate aufgehängt und zuletzt beteiligte sich auch der Bürgermeister an einer Sitzblockade.

Die eingesetzten Polizeikräfte reagierten hierauf mit wenig Verständnis. Sie ließen teilweise solche Transparente abhängen und blieben bei ihrer Linie, den Naziaufmarsch rigoros durchzusetzen. Insgesamt entstand

Oben/unten: norddeutsche Neonazis waren in Wunsiedel vollzählig angetreten und wurden natürlich wie jedes Jahr von ihren skandinavischen Kameraden begleitet. Als Beispiel: Oben mit Kamera: der Kieler NPDler Jens Lütke, unten an der rechten Transparentstange: Jan-Steffen Holthusen.



Im Norden grade mit die aktivsten Neonazis: Kameradschaft Elbmarsch

Anmelder Jürgen Rieger bemüht sich vergeblich, Thomas Wulf, der grade mal von der Polizei nicht mit Samthandschuhen angefasst wird, »aus den Klauen der Systemjustiz zu reissen«



Neonazi-Szene

eher der Eindruck, als hätte es die Polizei darauf abgesehen gehabt, Schlägereien zwischen Nazis und Gegendemonstranten zu provozieren und auf diese Weise einen Verbotsgrund für die nächsten Jahre zu erhalten. Vor Beginn der Demonstration wurden die angereisten Alt- und Neonazis beim Betreten des Sammelorts kontrolliert. Thomas Wulff wurde ohne ersichtlichen Grund zu Boden gerissen und misshandelt. Der vor Ort anwesende Demonstrations-Anmelder und -Leiter Jürgen Rieger konnte und wollte sich für seinen Kameraden nicht einsetzen. Die Tatsache, dass Wulff kurze Zeit später wieder freigelassen wurde zeigt, dass ein nachvollziehbarer Grund für die Behandlung nicht vorlag. Die Aktion fand in direkter Nähe der bereits eingetroffenen Demonstrationsteilnehmer statt, so dass der Eindruck entstand, die Polizei wollte im Grunde eine Auseinandersetzung provozieren.

Als im weiteren Verlauf immer noch etliche Busse der Nazis in Vorkontrollen feststeckten, obwohl die Kundgebung bereits angefangen hatte, versuchte Rieger Druck aufzubauen, indem er die Versammlung für eine Stunde aussetzte und den »Kameraden« empfahl, sich ein wenig in der Stadt umzusehen. Als daraufhin mehrere Gruppen mit einigen hundert, zumeist jüngeren Teilnehmern der Versammlung in Richtung Innenstadt und damit in Richtung der antifaschisti-

Gegen deutsche Opferlügen – gegen Nationalsozialistisches Heldengedenken · NS-Verherrlichung Stoppen! Kampagne gegen die jährlichen Aufmärsche zum Rudolph-Heß-Todestag in Wunsiedel

Erneut marschierten am 21.8.2004 im Bayerischen Wunsiedel deutsche und europäische Neonazis zum Todestag des Hitlerstellvertreters und angeblichen »Friedensfliegers« in Wunsiedel. Die Demonstration, die seit dem Jahr 2001 unter der Leitung des Hamburger Nazifunktionärs Jürgen Rieger wieder legal im Ort des Grabes von Rudolf Heß durchgeführt werden darf, war die größte in der nunmehr 18-jährigen Geschichte der Heß-Märsche. An dem Aufmarsch beteiligten sich zwischen 4.600 und 4.800 Personen. Für die nationalsozialistisch orientierte Bewegung in Deutschland war die diesjährige Demonstration erneut ein Erfolg. Es handelt sich um den größten Aufmarsch der extremen Rechten mit klar neonazistischer Ausrichtung seit Jahrzehnten, wenn nicht überhaupt nach dem Kriegsende. Nach dem diesjährigen Pressefest der *Deutschen Stimme* im ostsächsischen Mücka mit bis zu 6.000 BesucherInnen war der Aufmarsch innerhalb kurzer Zeit das zweite Großereignis.

Festzuhalten ist auch, dass es sich um ein internationales Ereignis handelte. Es beteiligten sich u.a. Neonazis aus Dänemark, Schweden, Norwegen, England, Belgien, den Niederlanden, Frankreich, Spanien, Italien, Österreich, der Schweiz, Ungarn, Tschechien, Slowakien, Kroatien, Russland sowie den USA.

In einer politischen Situation, in der einerseits die NPD nach dem Wahlerfolg in Sachsen eine »Volksfront von Rechts« unter Einbeziehung des »nationalsozialistischen Teils der Bewegung« propagiert, andererseits der gesamtgesellschaftliche Mainstream die »deutschen Opfer« von »Krieg und Vertreibung« in den Mittelpunkt geschichtlicher Betrachtung rückt, ist dieser Erfolg besonders beängstigend.

Dieser wurde allerdings dadurch geschmälert, dass zum erstenmal seit dem Jahr 2001, seit also der Aufmarsch wieder in Wunsiedel selbst stattfinden darf, antifaschistische Gegenaktivitäten spürbar waren. War Wunsiedel in den letzten drei Jahren beinahe vollständig »in der Hand« der angereisten Neonazis, waren sie in diesem Jahr zumindest ansatzweise in ihrer Bewegungsfreiheit eingeschränkt. Insgesamt wurde Ihnen nicht nur von den anwesenden AntifaschistInnen, sondern auch von Seiten der Stadt und des Bürgerbündnisses deutlich gemacht, dass sie unerwünscht sind. Die Festwiese, auf der sie in den vergangenen Jahren eine volksfestmäßige Versammlung mit Konzert und Reden durchgeführt hatten, wurde ihnen verweigert, ein gemeinsamer Abschluss mit Musik, Essen und Trinken war dieses Jahr nicht möglich. Vertreter des Bürgerbündnisses sowie der Stadt Wunsiedel blockierten symbolhaft die Straße, die Stadt war mit gegen den Aufmarsch gerichteten Transparenten versehen. Auch die Bewegungsfreiheit der angereisten Neonationalsozialisten war eingeschränkt. Konnten sie sich in den vergangenen Jahren ohne Einschränkungen frei bewegen und beispielsweise die kleine antifaschistische Gegenkundgebung bedrängen, fotografieren und sogar teilweise infiltrieren, so war dies in diesem Jahr nicht möglich. Die von der *Kampagne NS-Verherrlichung stoppen!* durchgeführte ganztägige Kundgebung mobilisierte einige hundert AntifaschistInnen, die sich zwar leider nicht, wie erhofft, bei der Kundgebung konzentrierten, immerhin aber, zusammen mit den vor Ort mobilisierten Menschen, dazu beitrugen, dass in der gesamten Stadt antifaschistische Präsenz spürbar war. Der Kundgebungsort der Kampagne war zumindest eine zentrale Anlaufstelle und Fixpunkt während des Tages. Ein Anfang, immerhin.

Im Winter 2003/2004 hat sich ein bundesweites Bündnis zusammengefunden, das den Kern der *Kampagne NS-Verherrlichung stoppen!* bildete. Die von uns gewünschte Breite wurde 2004 nicht erreicht. Früh wurde deutlich, dass eine Verhinderungsstrategie vor Ort als kontraproduktiv empfunden und als unrealistisch betrachtet wurde.

schen Gegendemonstranten loszogen, reagierte die Polizei zunächst gar nicht. Personell war sie ohnehin viel zu dünn besetzt um eine mögliche Auseinandersetzung größeren Ausmaßes kontrollieren zu können. Anstatt jedoch sofort ein Verlassen der Versammlung zu unterbinden, ließ man diese Gruppen bis auf kurze Entfernung an die antifaschistische Demonstration heranrücken. An einer Stelle wurden daher AntifaschistInnen selbst aktiv und verjagten die Nazis. Auch in dieser Situation entstand der Eindruck, als hätte die Einsatzleitung größere Auseinandersetzungen provozieren wollen.

Die bundesweite antifaschistische Mobilisierung blieb deutlich hinter den Erwartungen zurück. In der Stadt waren insgesamt – geschätzt unter Einbeziehung aller verstreut anwesenden Antifas – etwa 500 linksradikale AntifaschistInnen. Zusammen mit dem Bürgerbündnis beteiligten sich ca. 1.000 – 1.200 Personen an den Protesten gegen den Naziaufmarsch.

Überraschend war, dass das lokale Bürgerbündnis deutlich entschlossener gegen den Naziaufmarsch auftrat als in den letzten Jahren – keine Rede mehr von »einfach wegsehen«, statt dessen wurde den Nazis beispielsweise der Festplatz entzogen. Auch die Abgrenzung uns gegenüber fiel zunächst weit weniger schroff aus als nach den Erfahrungen der letzten Jahre erwartet. Insoweit könnte in den nächsten Jahren eine Zusammenarbeit mit Teilen des Bürgerbündnisses in Frage kommen.

Die Veranstaltung der bundesweiten antifaschistischen Kampagne, also Podiumsdiskussion und Redebeiträge, war davon geprägt, dass sie selbst von denen die sie mitbestimmt und geplant hatten, nicht angenommen wurde. Abgestimmte Redebeiträge gab es kaum, die Podiumsdiskussion fand zwar statt, allerdings ohne dass jemand zuhörte. Dies hing auch damit zusammen, dass wir uns nicht ausreichend auf unseren Versammlungsort, der strategisch sehr gut gelegen war, konzentrierten und dadurch nur schwer den Schutz organisieren konnten. In dem hierdurch entstehenden Durcheinander ging die Kundgebung schlicht unter. Ein großer Teil der angereisten AntifaschistInnen beschränkte sich darauf, sich entlang der Demonstrationsroute aufzuhalten ohne Verantwortung für die geplante gemeinsame antifaschistische Gegenaktion zu übernehmen. Für die nächsten Jahre muss nicht nur die Anzahl der AntifaschistInnen deutlich ansteigen, es müssen endlich auch die verschiedenen Spektren der antifaschistischen Bewegung davon überzeugt werden, dass der Heßmarsch zu einer gefährlichen Dynamik in der extrem rechten Bewegung führt, die nicht hingenommen werden darf. <<

Selbst eine Demonstration wurde als falsches Signal an die örtlichen Begebenheiten abgelehnt. Das Bündnis einigte sich statt dessen auf eine Kundgebung mit politischem Schwerpunkt und nahm dabei bewusst und in Hinblick auf die nächsten Jahre in Kauf, dass die Mobilisierung bundesweit schwach ausfallen würde. Gruppen aus mehreren Städten kündigten eine intensive Mobilisierung erst für das Jahr 2005 an.

Dieses Jahr ging es im wesentlichen darum, Präsenz zu zeigen, Kontakte zu knüpfen und den Boden für die nächsten Jahre zu bereiten. Dabei ging es uns darum, einen politischen Ausdruck zu finden, der sich nicht allein auf den Versuch der Verhinderung eines Neonazi-Aufmarsches beschränkt, sondern die politische Qualität des Aufmarsches benennt und diesen in den Geschichtsrevisionismus einordnet, der in der deutschen Politik und Gesellschaft zunehmend Fuß fasst.

In der Mobilisierung für unsere Aktivitäten im nächsten Jahr soll ein breites Bündnis – von unabhängigen AntifaschistInnen, internationalen Opferverbänden, Gewerkschaften, Geschichtswerkstätten usw. – hergestellt werden.

Politisch und inhaltlich soll das fortschreitende Verwischen der Grenzen zwischen Tätern und Opfern in großen Teilen der Gesellschaft in den Mittelpunkt gerückt werden. Diese Tendenz umfasst die verschiedensten Bereiche politischer und sozialer Auseinandersetzung. Ob in der deutschen Außenpolitik gegenüber Polen und der Tschechischen Republik Druck ausgeübt wird, endlich die deutschen Vertriebenen als Opfer anzuerkennen und gar tatsächlich oder symbolisch zu entschädigen, ob Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus umgewandelt werden, um zukünftig der Opfer »totalitärer Herrschaft« und damit auch der Mittäter der Naziverbrechen zu gedenken, oder ob gar im Rahmen des »Gedenkens« aktive AntifaschistInnen zu Akteuren eines totalitären Systems erklärt werden – die Gleichsetzung und damit Verharmlosung der Verbrechen des Nationalsozialismus mit anderen zeitgeschichtlichen Ereignissen ist entweder erklärtes Ziel oder zumindest ein nicht unerwünschter Nebeneffekt solchen Vorgehens. Diejenigen moralischen Verpflichtungen und Lehren aus der Erfahrung des Nationalsozialismus, die Eingang in Verfassung, Gesetze und politische Moral der beiden deutschen Staaten gefunden hatten sind heute weniger denn je unveränderliche Grundpfeiler dieser Gesellschaft: das Asylrecht – geboren aus der Erfahrung der Not und Verzweiflung der Opfer des Nationalsozialismus – ist heute praktisch nicht mehr existent. Seine derzeitige Ausgestaltung im Grundgesetz beschneidet die Rechte von Flüchtlingen gegenüber den durch Internationale Menschenrechtskonventionen festgeschriebenen Positionen. Die demokratische Teilhabe an politischen Entscheidungen, Demonstrations- und Versammlungsfreiheit, Rechte der betrieblichen Mitbestimmung, gewerkschaftliche Rechte und Einflussmöglichkeiten stehen offen zur Disposition. Antimilitarismus wird ersetzt durch die erneute Teilnahme an internationalen Kriegseinsätzen, das ganze als aus der Auseinandersetzung mit dem Faschismus erarbeitete »neue Verantwortung« Deutschlands präsentiert.

Solche politischen Entwicklungen sind die Basis, auf der die Saat der neuerstarkten deutschen Nazibewegung aufgeht. Die politische Kampagne gegen den Heß-Aufmarsch muss sich daher mit diesen inhaltlichen Grundlagen auseinandersetzen, will sie den Marsch grundlegend in Frage stellen.

Insoweit wünschen wir uns, dass sich viele Gruppen und Einzelpersonen an der Vorbereitung der Gegenaktivitäten im Rahmen der Kampagne *NS-Verherrlichung stoppen!* beteiligen. Gelingt es uns, den Widerstand gegen die jährlichen Heß-Demonstrationen der europäischen Neonazis inhaltlich, politisch und bundes- oder gar europaweit auszuweiten, so kann dies der Anfang einer breiten antifaschistischen Offensive sein.

Kontakt: www.avanti-projekt.de

Die NPD nach 36 Jahren wieder in einem Landtag

Schnauze voll!



Bei den Landtagswahlen in Sachsen erreichte die neonazistische Partei NPD 9,2 Prozent der Zweitstimmen und zog mit 12 Mandaten in das Parlament ein. 190.909 WählerInnen von insgesamt 2,1 Millionen haben der NPD ermöglicht nach 36-jähriger Abstinenz wieder in einen Landtag einziehen zu können. Die Partei wird die Privilegien der Parlamentszugehörigkeit wie Finanzen, öffentliches Forum für Propaganda dazu nutzen, um ihr Ziel des Einzugs in den deutschen Bundestag 2006 und des Recyclings nationalsozialistischen Gedankenguts zu verwirklichen.

Im Juni 1930 ergriff ein Schock das Land Sachsen. Die NSDAP hatte bei den Landtagswahlen 14,43 Prozent der WählerInnenstimmen erzielt und damit im Vergleich zu den Wahlen ein Jahr vorher um 9,47 Prozent zugelegt. Im sächsischen Landtag saßen damals elf Parteien. Von den 96 Mandaten gehörten 32 Mandate der SPD, der die NSDAP mit 14 Mandaten als zweitstärkste Fraktion folgte. Gleichwohl stellte nicht die SPD, sondern die DNVP den Ministerpräsidenten. Drei Jahre nach dem Erfolg der Nazis wurde der Landtag aufgelöst. In keinem anderen Land war die NSDAP zu dem Zeitpunkt so erfolgreich wie in Sachsen. Die liberale *Frankfurter Zeitung* kommentierte den Wahlausgang mit dem Satz, die Wahlen im Freistaat Sachsen hätten bedeutende Folgen für das Deutsche Reich. Unterstützung erhielt die NSDAP vor allem von der Landbevölkerung. Nach ihrer Legalisierung in Sachsen Ende 1924 wurde der Freistaat zu einem Schwerpunkt der nationalsozialistischen Agitation. Am 11. Juni 1925 kam Hitler ins Vogtland nach Plauen, wo er vor 3.500 Menschen aus ganz Sachsen sprach. Im April 1928 mussten vor der größten Halle in Chemnitz 1.000 Leute von der Polizei zurück gehalten werden, weil der Saal mit 3.000 Besuchern schon überfüllt war. Die Reaktionen der bürgerlichen Parteien auf das energische Vorgehen der Nazis beschreibt der amerikanische Historiker Benjamin Lapp in seinem 1997 erschienenen Band über den Aufstieg des Nationalsozialismus in Sachsen als jämmerlich und passiv.

Bei der Landtagswahl 2004 erhielt die NPD in ländlichen Gebieten doppelt so viele Wählerstimmen als in den Städten. Der Kontakt zu den BürgerInnen war eher bescheiden. Zwar hat die Partei im sächsischen Wahlkampf im Unterschied zu der künftigen Schwesterpartei, der neonazistischen DVU, in Brandenburg mit Wahlständen und Einsätzen der »roten Legende«, einem für den Wahlkampf umfunktionierten Feuerwehrauto älteren Modells aus Lüneburg, persönliche Präsenz gezeigt, aber nicht wirklich BürgerInnen auf der Straße ansprechen können. Die meisten Menschen dürfte sie während des »Tag der Sachsen« erreicht haben, als sie ein gemietetes Flugzeug stundenlang mit NPD-Werbebanner über die Stadt Döbeln und Hunderttausenden BesucherInnen kreisen ließ. In manchen Städten hatte die NPD als erste Partei den Wahlkampfreigen mit einem eigenen Stand eröffnet und dabei ihre in hoher Auflage gedruckte Wahlzeitung frühzeitig verteilt sowie die Fußgängerzonen mit dem schrill klingenden Geplärre von Frank Rennicke beschallt. Die Wahlkampfauftritte der NPD waren überall sorgfältig geplant. Um die mit wenigen Mitgliedern und Anhängern besetzten Propagandastände flanierten zur Absicherung in Kleingruppen von zwei bis vier Personen weitere Neonazis im unauffälligen Outfit. Sobald die NPD einen Stand aufgebaut hatte, waren auch

Polizeikräfte vor Ort, die bei anderen Parteien meistens fehlte. Nur in wenigen Städten wie in Dresden und Pirna kam es zu massiven Störungen des NPD-Wahlkampfs durch AntifaschistInnen. Die NPD trat auch nur dort in Erscheinung, wo sie schon bei den Kommunalwahlen im Juni Erfolge erzielte und in den 31 von 60 möglichen Wahlkreisen, in denen sie ihre 31 DirektkandidatInnen nominiert hatte. Die Plakatierung erfolgte flächendeckend und in den meisten Fällen wurden abgerissene Plakate zügig durch höher gehängte ersetzt. Nach dem neofaschistischen Großereignis »Heß-Marsch« im bayerischen Wunsiedel erhielt die sächsische NPD Wahlkampfunterstützung aus dem Westen. Schon hier wurde die reibungslose Zusammenarbeit zwischen den so genannten »Freien Kameradschaften« und der sich nach außen eher »kleinbürgerlich« gebenden NPD offensichtlich. Nutznießer des NPD-Wahlkampfs dürfte auch der Nazi-Barde Frank Rennicke gewesen, dessen Auftritte während einer Wahlkampftournee unbehelligt von Polizei und Antifa abliefen. Die Produktion und kostenlose Verteilung einer Musik CD im grün-weißen Cover der sächsischen Landesfarben zum Wahlkampf mit einschlägigen RechtsRock-Titeln von Rennicke, Sturmwehr, Spreegeschwader, Funkenflug, Lunikoff, Sturmwehr, Noie Werte, Faustrecht, Nordwind, Annett, Sleipnir und Schlachthaus zum Abschluss des Wahlkampfs war medienwirksam und erhöhte den Bekanntheitsgrad der NPD, wozu die vorübergehende richterliche Beschlagnahme ein gerütteltes Maß beitrug. Der Einzug der NPD in den sächsischen Landtag war vorhersehbar, nachdem die Partei bei den Europa- und Kommunalwahlen im Juni bereits einige Erfolge aufzeigen konnte. An zahlreichen sächsischen Schulen wurden im Umfeld der EU-Wahlen und vor der Landtagswahl so genannte »Schülerwahlen« abgehalten, bei denen Tausende von SchülerInnen zwischen 14 und 18 Jahren im Unterricht wählen durften. Die Ergebnisse für die NPD waren hier zum Teil zweistellig, an manchen Schulen wurde sie sogar zweitstärkste Partei hinter der CDU. Das sächsische Kultusministerium verzichtete daraufhin auf eine vorher versprochene Veröffentlichung der Ergebnisse.

Ein völkisch-rassistisches Wahlprogramm

Das Parteiprogramm der NPD für Sachsen zeigt deutliche Züge von Rassismus und Ausländerfeindlichkeit, aber auch für Jugendliche unpopuläre Forderungen wie dem nach einem generellen Rauchverbot an Schulen. Im Bereich Bildungspolitik fordert die NPD: »Die Überfremdung unseres Kultur- und Sprachschatzes durch Anglizismen muss gestoppt werden. ... Die Einführung von Englischunterricht in der Grundschule (oder gar Kindergarten) ist abzuschaffen... Abschaffung des Religionsunterrichts an staatlichen Schulen ... Ausländische Kinder ohne ausreichende Deutschkenntnisse dürfen nicht eingeschult werden... Abschaffung der Rechtschreibereform ... Pflichtfach ›gesunde Ernährung‹ an allen Schulen.« Im Bereich Arbeit- und Wirtschaftspolitik stehen die Forderungen nach Ablehnung der Globalisierung, der Austritt aus der Europäischen Union sowie eine »Volks- und Raumnahe« – Wirtschaftskonzeption im Mittelpunkt. In seinem Kern ist das Programm völkisch-nationalistisch. Die Forderung nach Abschiebung straffällig gewordene Ausländer in ihre Herkunftsländer, nach einer Arbeitspriorität für Deutsche und nach Abschiebung von Ausländern, die drei Monate arbeitslos sind unterstreichen das. Das Programm fand seine plakative Ausführung in der Wahlwerbung mit den Slogans »Grenzend dicht!«, »Ausländer – gute Heimreise!« für den Rassismus und »Schnauze voll!«, »Wahltag ist Zahltag!« als Kritik an der Hartz-IV-Gesetzgebung.

Die neonazistischen Mandatsträger

Spitzenkandidat der sächsischen NPD war der aus Hildesheim stammende Holger Apfel (33), Chefredakteur der Nazi-Postille *Deutsche Stimme*, Stadtrat in Dresden für das »Nationale Bündnis Dresden«. Apfel ist ein Zögling des langjährigen Schulungsleiters der niedersächsischen NPD und Mitbegründers der Anti-Antifa Hans Michael Fiedler (Raum Göttingen) und ein gediegener Verfechter und Anhänger des Nationalsozialismus sowie glühender Verehrer der Waffen SS. Seit Ende der 80er-Jahre sind Verbindungen mit der NSDAP-Struktur und militanten Neonazis wie z.B. Winfried Arnulf Priem, Thomas Wulff und Christian Worch belegt. Apfel ist stellvertretender NPD-Landesvorsitzender in Sachsen und stellvertretender NPD-Bundesvorsitzender. Auf der konstituierenden Sitzung des Dresdner Stadtrats forderte Apfel die Abschaffung des Ausländerbeirats. Auf Listenplatz zwei folgte der amtierende sächsische NPD-Landesvorsitzende Winfried Petzold (61) aus Roda. Er sieht sich gern in den Fußstapfen der »Wehrmacht« und fordert: »Alles für Deutschland, alles für das Reich«. Von 1992 bis 1994 war Petzold schon mal Landesvorsitzender der Republikaner bevor er 1995 zur NPD wechselte. Auf Platz drei der NPD-Landesliste kandidierte der Arzt Johannes Müller (35) aus Sebnitz, der als Stationsarzt in der Ostrauer Falkensteinklinik arbeitete. An der Fassade der väterlichen Praxis, die Müller einmal übernehmen wird, prangt ein überdimensionales Ying-Yang-Emblem, was auf esoterische Hintergründe des Müllerschen Neonazismus

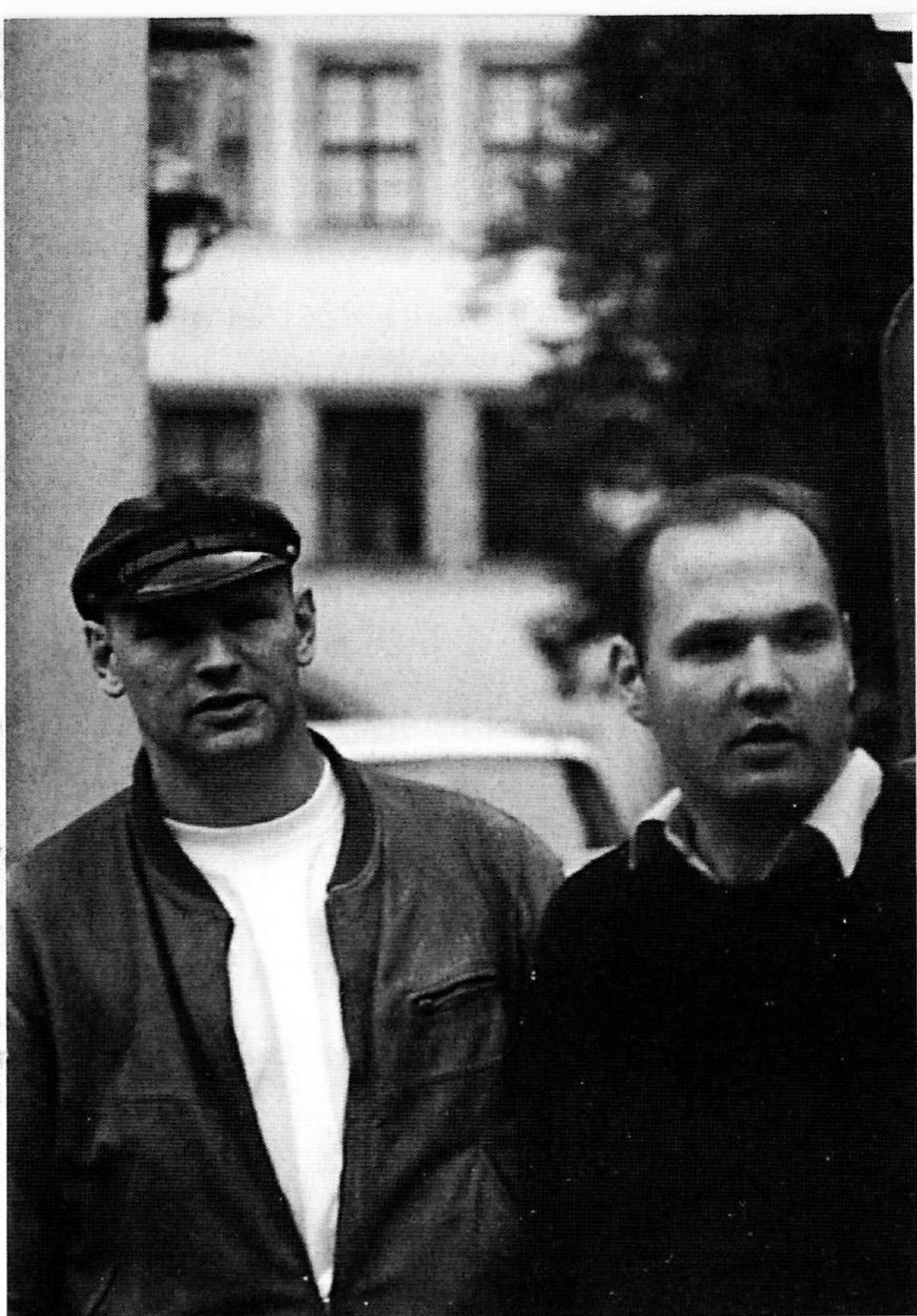
Nirgendwo, wo Manfred Börms NPD-Ordnerdienst nicht auftauche: hier sein alter LKW im Einsatz in Sachsen. Rechts: Der Hamburger Thomas Wulff im Wahlkampfeinsatz in Sachsen mit dem Greifswalder Mathias Rochow.



hinweist. Dr. Johannes Müller verließ 1992 die CDU und ist seit sechs Jahren in der NPD. Seit zwei Jahren ist das Sebnitzer Stadtratsmitglied im Sächsischen Landesvorstand der NPD. Die einzige weibliche Abgeordnete der NPD ist die an vierter Stelle platzierte Gitta Andrea Schüßler (42) aus Limbach-Oberfrohna. Die Bürokauffrau verlangt eine Erhöhung des Kindergelds für deutsche Familien auf 500 Euro. Eine Woche nach ihrer »Vereidigung« im sächsischen Landtag organisierte sie eine Mahnwache vor dem Jugendzentrum ihres Heimatortes, um dort einen Zugang für »nationale Jugendliche« zu erzwingen. Für ein »Kinderbegrüßungsgeld« macht sich der auf Listenplatz fünf gesetzte Krankenpfleger Klaus Baier (44) aus Annaberg-Buchholz stark. Baier verließ die DDR 1984 nach Baden-Württemberg. Er gilt als Anhänger des ehemaligen NPD-Vorsitzenden Günter Deckert. Der Hausverwalter Mirko Schmidt (38) aus Meißen rangierte auf Listenplatz sechs. Der gelernte Anlagentechniker ist seit sieben Jahren in der NPD und seit vier Jahren im Landesvorstand und Mitglied des Meißner Stadtrats und seit dem 13. Juni auch im Kreistag des Landkreis Meißen. Auf Platz sieben der NPD-Landesliste wurde Alexander Delle (30) in den Landtag gewählt. Delle arbeitet beim Deutsche-Stimme-Verlag und ist seit zwölf Jahren in der NPD, seit 1998 stellvertretender Bundesvorsitzender der Jungen Nationaldemokraten (JN) und seit 2002 im Landes- und Bundesvorstand, wo er für Parteiorganisation zuständig ist. Auf Listenplatz acht trat der Fahrlehrer Uwe Leichsenring (37) aus Königstein an. Leichsenring ist Beisitzer im NPD-Bundesvorstand und Geschäftsführer des NPD-Kreisverbandes Sächsische Schweiz. Seine engen Kontakte zu den mittlerweile verbotenen Skinheads Sächsische Schweiz (SSS) waren Gegenstand eines Gerichtsverfahrens, das aufgrund einer Bußgeldzahlung eingestellt wurde. Die sächsische NPD stellt ihn als Gegenkandidat zu Ministerpräsident Georg Milbradt (CDU) auf. Listenplatz neun beanspruchte Klaus-Jürgen Menzel (64) aus Niesky. Der landwirtschaftliche Berater ist stellvertretender Vorsitzender der sächsischen NPD. Zudem ist er stellvertretender Vorsitzender der revanchistischen Interessengemeinschaft für die Wiedervereinigung Gesamtdeutschlands (IWG). In den 90er-Jahren war er Lehrer für »Geschichte, Religion, Art« in der Kameradschaft Bremerhaven und führte junge Neonazis zu ehemaligen SS-Schulungsorten. Dem Odin-Verehrer Menzel folgte auf Listenplatz zehn der gelernte Schriftsetzer Jürgen Rainer Schön (55) aus Leipzig, seit dem Gründungsparteitag am 2. September 1990 Mitglied der sächsischen NPD. Schön war erster Landesvorsitzender der NPD. Heute hat er den Posten eines stellvertretenden Vorsitzenden der NPD im Bund und in Sachsen. Schön hat die NPD in Sachsen entscheidend mit aufgebaut. Auf Rang zwölf kandidierte Matthias Paul (27) aus Meißen. Er ist Beisitzer im NPD-Landesvorstand Sachsen sowie stellvertretender Kreisvorsitzender der NPD Meißen/Radebeul. Mit 22 Jahren war er schon Wahlkampfbeauftragter der sächsischen NPD, dann versuchte er sich in der NPD-Internetpostille *Sachsen-Stimme* als Redakteur. Heute ist er Pressesprecher des Landesverbandes. Der letzte der von insgesamt 15 Listenplätzen ein Mandat ereichte ist Jürgen W. Gansel (30) aus Riesa, seit 1998 Mitglied bei der NPD und seit 2002 im Bundes- und Landesvorstand. Der aus Hessen kommende Gansel ist Redakteur bei der NPD-Postille *Deutsche Stimme*. Sein Weg in den Bundesvorstand der NPD führte über die Mitgliedschaft in der rechten Verbindung Dresdensia Rugia und über den Vorsitz der Jungen Landsmannschaft Ostpreußens. Gansel war Schulungsleiter der Jungen Nationalen (JN) in Hessen. Nachdem er 1999 einen Hausmeister mit »Sieg Heil«-Rufen weckte und mit einem Luftgewehr auf ihn schoss, wurde er von der Marburger Burschenschaft Normannia Leipzig ausgeschlossen.

Sachsen, Vorreiter für andere Bundesländer?

Schon die Soziogramme der sächsischen NPD-Abgeordneten lassen vermuten, dass die Landtagsfraktion gegen Auflösungserscheinungen, wie sie bei verschiedenen DVU-Fraktionen beispielsweise in Bremen und Sachsen-Anhalt auftraten, resistent ist. Die meisten NPD-Abgeordneten sind typische Kleinbürger, zu ihrem ersten Auftritt im Parlament erschienen die Männer in Anzug und mit Krawatte und bedeutsamer: die meisten sind schon einige Jahre in der Parteipolitik eingebunden und haben bereits langjährige Erfahrungen in Kommunalparlamenten. Die Option bei der Bundestagswahl 2006 erfolgreich sein zu können,



schweißt die Partei weiter zusammen. Nach den Wahlen in Sachsen und Brandenburg können die neonazistischen Parteien NPD und DVU erneut mit Geldern aus der Staatskasse rechnen. Parteien haben Anspruch auf staatliche Mittel, wenn sie bei einer Landtagswahl mindestens ein Prozent der Stimmen bekommen. Sie erhalten dann prinzipiell für jede abgegebene gültige Stimme 0,70 Euro, für die ersten vier Millionen Stimmen sogar 0,85 Euro. Hinzu kommen 0,38 Euro für jeden Euro, den sie als Spende oder anderweitige Zuwendung erhalten. DVU und NPD könnten frühestens 2005 mit den Mitteln rechnen, die ihnen aus den beiden jüngsten Landtagswahlen zustehen. Die DVU kann rein theoretisch für 71.003 Stimmen 60.352,55 Euro reklamieren, die NPD für 191.087 Stimmen 162.423,95 Euro. Bereits für das Jahr 2003 hatten beide Parteien Ansprüche angemeldet. Ausgezahlt bekam die DVU 230.923,70 Euro und die NPD 334.291,43 Euro. Zu diesen Geldern kommen zusätzliche Mittel, die den Abgeordneten wegen ihrer Parlamentstätigkeit zustehen wie z.B. Gehälter für MitarbeiterInnen. Im Augenblick ist ein regelrechter Strom von NPD-Funktionären und führenden Köpfen der »Freien Kameradschaften« aus dem Westen der Bundesrepublik nach Sachsen zu beobachten, so dass davon auszugehen ist, dass die sächsische NPD-Landtagsfraktion von einem professionellen Mitarbeiterstab bekannter Neonazis unterstützt und gelenkt wird. Die Einbindung so bekannter Neonazi-Figuren wie Thomas Wulff, Thorsten Heise, Alexander Tegethoff und des ehemaligen Landser-Sängers Michael Regener (Spitzname »Lunikoff«) in die NPD lässt den Schluss zu, dass hier Funktionäre gewonnen wurden, die für spezielle Wahlkampfaufgaben in anderen Bundesländern eingespannt werden sollen. Hier dürfte mehr noch als Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern das Land Niedersachsen für die NPD von größerem Interesse sein. Schließlich ist dort die Partei im November 1964 gegründet worden. Die augenblicklichen Entwicklungen in Niedersachsen bestätigen diese Vermutung: der mögliche Aufbau eines Schulungs- und Propagandazentrums im Heisenhof in Dörverden durch Jürgen Rieger, wobei dort die regionalen NPD-Kader schon eingebunden sind, die Organisation von »Großveranstaltungen« wie der Demonstration am 23. Oktober in Hannover, auf der Holger Apfel und Thomas Wulff sprechen werden und eine in der Regierung sitzende CDU, deren Innenminister Uwe Schünemann im Oktober 2000 schon zusammen mit FPÖ-Mitglied Schmalenberg und dem extrem rechten Autor Karlheinz Weißmann auf einer Veranstaltung der Paneuropa-Jugend referierte und der sich vielleicht deshalb nicht dafür stark macht, Mittel zur Prävention extrem rechter Gewalt locker zu machen. All das erinnert an das Vorgehen der NPD in Sachsen, wo der gleiche Prozess vor ungefähr sechs Jahren anfing.

Ignoranz statt antifaschistisches Engagement

Die sächsische CDU hat die Existenz von Neonazis beständig geleugnet. Im September 2000 hatte der damalige Ministerpräsident Kurt Biedenkopf (CDU) in einem Interview mit der *Sächsischen Zeitung* erklärt: »In Sachsen haben noch keine Häuser gebrannt, es ist auch noch niemand umgekommen.« Zu dem Zeitpunkt des Interviews hatten in Sachsen sieben Menschen in Folge von rassistischen Übergriffen ihr Leben verloren. Mit dem Mord am Mosambikaner Jorge Gomondai, der 1991 in Dresden von Nazi-Skins angegriffen wurde und dabei aus einer Straßenbahn stürzte, fing die Mordserie in Sachsen an. Biedenkopf hat seine offensichtlich falsche Behauptung nie zurückgenommen. Das Verhalten und die Erklärungen von PolitikerInnen am Wahlabend des 19. Septembers 2004 lassen ebenso nichts Gutes ahnen. Als der Nazi Holger Apfel ans Mikrofon trat und von einem »großartigen Tag für alle Deutschen, die es noch sein wollen« faselte verließen die Vertreter der anderen Parteien den Interviewstand der Fernsehsender. Während die bürgerlichen Parteipolitiker vor den Neonazis öffentlich wegtauchten, demonstrierten am Sonntagabend etwa 150 AntifaschistInnen spontan gegen den Einzug der NPD in das Landesparlament. Zur Eröffnung des Parlaments am 19. Oktober drückten noch einmal doppelt so viele Menschen ihren Protest gegen die NPD aus. Zu der Demonstration hatten über hundert Prominente überwiegend KünstlerInnen und WissenschaftlerInnen aufgerufen. Für eine Großstadt wie Dresden ist das Ergebnis der Mobilisierung eher als peinlich zu bewerten. Das gilt auch für einige auf Plakaten zum Ausdruck gebrachte Statements wie »Kein Sex mit Nazis« oder mit Hinweis auf die zukünftige Zusammenarbeit von NPD und DVU: »Da wichst zusammen, was zusammengehört!« Das wird zu wenig sein, um den Einfluss der Neonazis und ihre weitere Ausbreitung zu verhindern. Was die Antifa im allgemeinen versäumt hat, ist über einen gewissen Metropolen-Antifaschismus hinaus auch in ländlichen Gebieten permanent präsent zu sein, um dort aufkommende Nazi-Strukturen entscheidend zu bekämpfen.

Raimund Hethey

Rechte vor der Landtagswahl in Schleswig-Holstein

Getrennt marschieren, vereint schlagen?


Ingo Stawitz, Dieter Kern: »Leitfiguren« der Schleswig-Holsteiner NPD

Nach den starken Wahlerfolgen der rechtsextremen Parteien bei den Landtagswahlen in Sachsen und Brandenburg hofft der NPD-Landesverband Schleswig-Holstein an die Ergebnisse anknüpfen zu können. Für den Wahlantritt im Februar 2005 sind nahezu alle Weichen gestellt, auch mit der Parteispitze der DVU sind bereits entsprechende Verhandlungen geführt worden.

Frühe Vorbereitungen

Unter der neuerlichen Führung Uwe Schäfers begannen die konkreten Wahlvorbereitungen des Landesverbandes schon am 23. Mai. Auf einem außerordentlichen Parteitag nahe Fehmarn wählten die Mitglieder ihre Landesliste. Hinter dem Landesvorsitzenden Schäfer (Plön) folgten Ingo Stawitz (Uetersen), Heino Förster (Ratzeburg) sowie Jens Lütke (Selent) und Wolfgang Schimmel (Leezen). Darüber hinaus legte man utopischerweise Direktkandidaten für neun der insgesamt 40 Wahlkreise fest. In dem eigenen Parteiblättchen *Schleswig-Holstein-Stimme* Nr. 7 für Sept.-Okt. wurden alle Mitglieder erneut aufgefordert, die »...laufende Unterschriftensammlung zur Landtagswahl 2005 mit aller Kraft ...« zu unterstützen und so die vom Wahlleiter vorgeschriebenen 1.000 Unterschriften zu erbringen.

Mitte August fand eine Saalveranstaltung mit dem ehemaligen Bundesvorsitzenden Günter Deckert im nordfriesischen Bredstedt statt. Sowohl Schäfer als auch Deckert sprachen in ihren Reden neben Arbeitslosigkeit und Hartz IV insbesondere die damals noch anstehende Sachsenwahl mit Hinblick auf die bevorstehende Landtagswahl in Schleswig-Holstein an.

Im Anschluss an die Europawahl beschreibt Schriftführer Lütke in der *SH-Stimme* Nr. 6/Juli-Aug. das Ergebnis von 0,5% als Erfolg und prognostiziert optimistisch, dass bei der gut anlaufenden Wahlvorbereitung »ein Erreichen von mindestens einem Prozent der Stimmen durchaus im Rahmen [ihrer] Möglichkeiten liegen dürfte«. Bei dieser Einschätzung geht er schon davon aus, dass wie bei der letzten Landtagswahl 2000 weder DVU noch Republikaner antreten werden. Damals hatte die NPD das nun erhoffte ein Prozent erhalten.

Die Euphorie aus Sachsen

Nachdem die NPD bei den Landtagswahlen im Saarland 4% holte und in Sachsen sogar mit 9% in den Landtag einzog, hofft die NPD nun auf einen Trend, der sich bis zur Bundestagswahl 2006 hinzieht und blickt voller Erwartung auf die LTW in Schleswig-Holstein. Am 14.Oktober wurde hoher Besuch in Kiel erwartet: Udo Voigt reiste an, um offiziell den Antritt des Landesverbandes zur LTW im Februar abzusegnen.

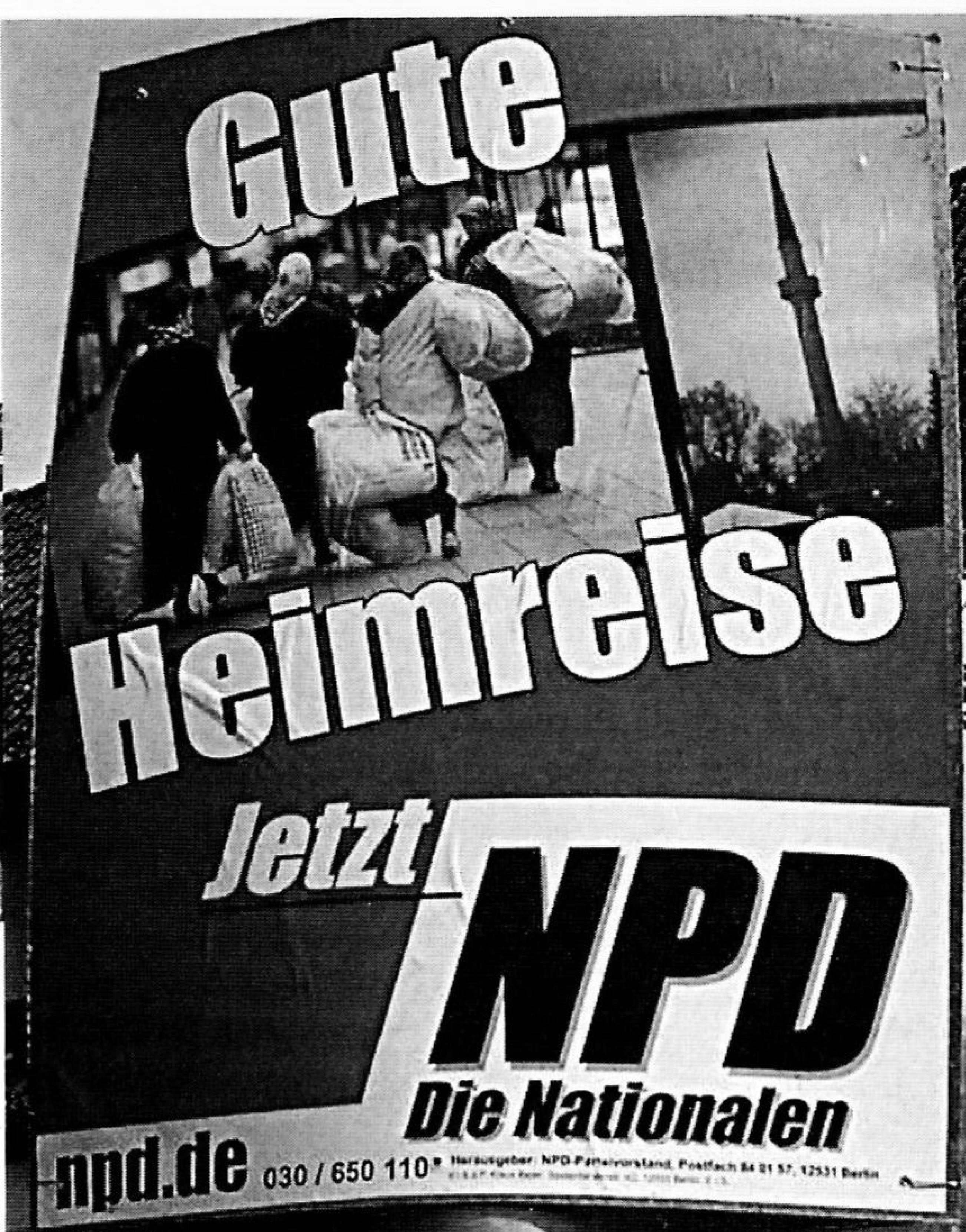
Als ausschlaggebend für die hohen Resultate der vergangenen Wahlen, vor allem in Sachsen, werden die Bündnisbildung und die Absprachen unter den extrem rechten Parteien gesehen. Ein paralleles Antreten beider Parteien und die damit verbundene Stimmenteilung wurden so vermieden. Die Bundesvorsitzenden von NPD und DVU, Udo Voigt und Gerhard Frey, haben einander schon Zusicherungen bis zur Bundestagswahl 2006 abgerungen. Entsprechend erklärte die DVU im Oktober auch im nördlichsten Bundesland auf die Teilnahme an den Wahlen zu verzichten um nicht in Konkurrenz mit der NPD zu treten. Der Landeschef der DVU Heinrich Henftling sieht das gemeinsame Vorgehen unter dem Motto: »Getrennt marschieren, vereint schlagen«. Ob die Landespartei überhaupt in der Lage gewesen wäre, einen Wahlkampf zu führen ist fraglich, ist sie doch schon seit Jahren nicht mehr ernsthaft in Erscheinung getreten.

Noch schlimmer ist es um die Republikaner bestellt. Schon im Jahr 2000 waren sie nicht in der Lage, zur Wahl anzutreten. Bis heute herrscht Funkstille.

Hilfe im Wahlkampf

Wie sich die Kooperation der beiden extrem rechten Parteien in Schleswig-Holstein auswirken wird bleibt ungewiss. Enthält sich die DVU einfach nur eines Wahlantrittes, spricht sie selbst lediglich eine Wahlempfehlung zugunsten der NPD aus oder greift die Volksunion ihrer Partnerin im Wahlkampf direkt unter die Arme?

Auch die Unterstützung durch angrenzende Landesverbände der NPD bleibt ungewiss. Vom LV Hamburg unter dem greisen Ulrich Hader kann realistischerweise kaum Hilfe erwartete werden. Ebenso unsicher ist die Situation im LV Mecklenburg-Vorpommern. Deutlich aktiver und organisierter tritt der LV Niedersachsen in Erscheinung. Von dort könnte ernstzunehmende Hilfeleistung für den Wahlkampf in Schleswig-Holstein kommen. Neben den NPD-Strukturen greifen eventuell auch parteifreie Neonazis helfend ein, beispielsweise die Clique um das Aktionsbüro Nord von Tobias Thiessen, nachdem dessen Vertrauter Thomas Wulff in die NPD eingetreten ist. Die Lebensgefährtin Thiessens, Inge Nottelmann, war selbst lange Zeit in der NPD aktiv. Enge Kontakte zwischen dem Aktionsbüro und NPDlern zeigen sich immer wieder bei Demonstrationen und anderen Gelegenheiten. So verweist die Homepage des Kreisverbandes Kiel-Plön unter dem Menüpunkt »Termine« ausschließlich auf die Seite des Aktionsbüros. Auch eine personelle Unterstützung aus den Reihen der »Freien Nationalisten« aus Schleswig-Holstein wäre denkbar, da der Lübecker Kameradschaftsführer Jörn Lemke in letzter Zeit vermehrt mit Protagonisten des Aktionsbüros aufgetreten ist und regelmäßig für die *SH-Stimme* Artikel verfasst. Allerdings ist er erst im Sommer 2003 aus der Partei ausgetreten und es wird ihm auch



NDR Schleswig-Holstein Trend August 2004

Wichtigste Probleme (in %)

Arbeitslosigkeit/Arbeitsmarkt	71
wirt. Situation/ Strukturwandel	18
Bildung/Schule/Ausbildung	18
Gesundheit	6
soziale Ungerechtigkeit	6
Verkehr	6

NPD Schleswig-Holstein

nicht behagen, dass Harald Voss vom ihm verhassten Bündnis Rechts in Lübeck neuer NPD-Kreisvorsitzender geworden ist. Noch schwerer aber dürfte der Umstand wiegen, dass Ingo Stawitz auf Listenplatz 2 kandidiert. Der »Spießbürger« Stawitz war Vorsitzender des LV und Anlass für die Spaltung der Partei durch Borchert, Gerg und Lemke. Als dann die Riege um Borchert 2003 mit Schimpf und Schande abdankte, trat Stawitz wieder in die Partei ein und übernahm erneut Führungspositionen. Im *Durchblick* Nr. 2, einem rechtsextremen Zeitungsprojekt um Lemke, wird die Hoffnung ausgesprochen, dass »die Gruppe um Stawitz es nicht schafft, dem Landesverband im Wahlkampf ihre bekannt konservativ-reaktionären Vorstellungen aufzudrücken«.

Ähnlich ablehnend äußerten sich viele parteiungebundene Neonazis in verschiedenen Internetforen zum Thema. Diese Diskussion offenbart einmal mehr, dass Spaltungen in der Szene häufig primär persönlicher und nicht politischer Natur sind und spätestens auftauchen, wenn verschiedene Spektren der extremen Rechten versuchen zu kooperieren. Das beste Beispiel kommt aus Lübeck, wo es schon einmal mit dem Bündnis Rechts den Versuch gegeben hat, solche Parteien zu vereinen. Auch dieses endete in persönlichen Anfeindungen und einem Zerwürfnis.

Allerdings wird die Partei einige »Freie Nationalisten« an sich binden können, da es nach der Inhaftierung von Peter Borchert und dem Wegzug von Jürgen Gerg keine wirkliche landesweite Alternative zur Partei für Neonazis gibt und das Ergebnis der Sachsenwahl natürlich auch motiviert.

Soziale Frage oder dumpfer Rassismus?

Ein weiteres interessantes Thema wird das Wahlmotto der NPD sein. Mit Rückblick auf jüngste Kampagnen anderer Landesverbände scheinen sich zwei Möglichkeiten quasi aufzudrängen. Zum einen könnte nach dem Vorbild der NPD-Niedersachsen mittels plumpen Rassismus die Angst vor sog. Überfremdung durch EU-Osterweiterung geschürt werden. Den meisten werden diese rassistischen Plakate und Demonstrationsmottos der Kampagne »Heimreise statt Einwanderung« noch in Erinnerung sein.

Andererseits ist eine Orientierung an den Schlagwörtern der Sachsen-NPD verlockender: Insbesondere nach den Hartz IV-Protesten und dem anstehenden Sozialabbau traf das Aufgreifen der »Sozialen Frage« ins Schwarze. Doch lässt sich dieses Schema auf den Westen und Schleswig-Holstein übertragen? Auch wenn bei Umfragen im Norden ebenfalls die Arbeitslosigkeit als größtes Problem angesehen wird, so waren z.B. die Hartz IV-Demonstrationen mit wenigen Hundert Teilnehmern nicht vergleichbar mit denen in Sachsen. Des Weiteren sind die bürgerlichen Parteien in Schleswig-Holstein traditionell stärker verwurzelt und die NPD für die Wähler fast nicht wahrnehmbar. Es wird schwer für sie werden sich im Norden als Lösung für soziale Probleme zu verkaufen. In Ostdeutschland fiel das erheblich leichter nachdem sie schon bei den Hartz IV-Protesten häufig als Initiator auftrat.

Geldsorgen der NPD

Die Finanzierung der Wahlkampfmittel, seien es nun Plakate, Stellwände oder sogar Postwurfsendungen, ist stark erschwert durch das Vorverhalten des ehemaligen Landesvorstandes um Borchert&Co. Als sie die Posten vergangenes Jahr räumten, wurden restlos geleerte Parteikassen hinterlassen. Entsprechend war man daher auch beim Europawahlkampf im Juni zur Sparsamkeit gezwungen. In den meisten größeren Städten hingen allenfalls eine Handvoll zusammengezimmerter Plakate, die in einigen Fällen ursprünglich nicht einmal der Partei selbst gehörten.

Gerüchten zufolge wird jedoch zur LTW die Kriegskasse des LV eventuell durch einige Beihilfen aufgefüllt. Nach der Wahlkampfkostenrückerstattung in Sachsen wird jetzt gehofft, eine Finanzspritze des sächsischen LV bekommen zu können. Problematisch ist jedoch, dass das ausgezahlte Geld rechtlich gesehen dem entsprechenden Verband zusteht und somit eigentlich nicht auf bloßes Geheiß des Bundesvorstandes transferiert werden darf. Dieser zeigt jedenfalls reges Interesse am Ausgang der Wahl in Schleswig-Holstein, da diese eine von nur zwei Landtagswahlen im Jahr 2005 ist. Schneidet die NPD schlecht ab, so werden die Euphorie und der Trend gebrochen. Es muss allerdings noch Einiges getan werden, um die Sachsen zu überzeugen, ihr Geld abzugeben.



Vor über 30 Jahren: NPD im Kieler Landtag

Braune Historie

Karl Ernst Lober (dunkle Hose) bei einem Treffen der Namslau-Schlesier

Der Einzug der NPD in den Landtag Sachsens hat der faschistischen Partei seit 36 Jahren erstmals wieder Parlamentssitze und Zugang zu der damit verbundenen Infrastruktur gebracht. Nach der Parteigründung 1964 war die NPD bereits 1966 in die Landtage von Hessen (7,9%) und Bayern (7,4%) eingezogen; im Jahr darauf folgten Bremen (8,8%) und Niedersachsen (7,0%), Rheinland-Pfalz (6,9%) und Schleswig-Holstein (5,8%). Den Abschluss bildete der Einzug in den Landtag Baden-Württembergs im April 1968 mit 9,8% der abgegebenen Stimmen. Mit dem Scheitern bei der Bundestagswahl 1969, bei der die NPD und viele Beobachter bereits sicher mit dem Einzug in den Bundestag gerechnet hatten, begann der lang andauernde Niedergang der faschistischen Partei.

In Schleswig-Holstein konnte die NPD in den späten 60er-Jahren von der Anpassungskrise in der Landwirtschaft und vom hohen Flüchtlingsanteil profitieren, die dort – vor allem aus Ostpreußen kommend – eine neue Heimat gefunden hatten. In den Landtag Schleswig-Holsteins waren damals vier NPD-Abgeordnete eingezogen: Lober, Rheingans, Petersen und Ehlers. Die NPD hatte mit einem weit höheren Stimmenanteil gerechnet, war jedoch in beinahe einem Viertel aller Wahlkreise unter der 5%-Hürde geblieben. Ihr Spitzenergebnis erzielte sie in Oldenburg mit 8,7% der Stimmen, nur wenig darunter lag das Ergebnis im Wahlkreis Heide. In beiden Fällen konnte die NPD vom Sozialprestige ihrer beiden dort aktiven NPD-Funktionäre Rheingans und Ehlers profitieren. Der eine war als Studienrat relativ bekannt und war nach der Wahl zum Ratsherrn in Neustadt/Ostholstein mit den Stimmen der CDU zum stellvertretenden Bürgervorsteher gewählt worden. Der andere betätigte sich in verschiedenen Schulbeiräten, in einer Reitergilde, im Kyffhäuser-Bund und als Vorstandsmitglied im Landesjagdverband.

Zu den Tätigkeiten im Parlament gehörte – wie Anfang der 90er-Jahre bei der DVU – einerseits die populäre Kritik zu hoher Abgeordnetendiäten bei gleichzeitigem Abkassieren aller denkbaren Gelder für die eigene Fraktion und deren Mitarbeiter. Inhaltlich konzentrierten sich die NPD-Abgeordneten auf die (Hoch)Schulpolitik, wo sie gegen Demokratisierung und die Einführung von Gesamtschulen polemisierten, sowie auf die Agrarpolitik. Zu letzterer sprach vor allem Petersen, der einerseits Beschlüsse des schleswig-holsteinischen Bauerntages in die parlamentarischen Abläufe einbrachte, um so zu demonstrieren, das die NPD die Bauern vertrete, zum anderen eine neue Struktur der Landwirtschaft forderte, die zum Teil auf Vorstellungen im Nationalsozialismus zurückging. Diese Ansätze wurzelten zudem in der Vorstellung des »bäuerlichen Familienbetriebs«, in dem der Bauer »Unternehmer und Arbeiter« zugleich sei und der als Keimzelle des »gesunden Volkes« diene.

Mit Ablauf der Legislaturperiode verschwand die NPD wieder aus dem Landtag, da sie bei den Landtagswahlen 1971 an der 5%-Hürde scheiterte. Was ist aus ihren Abgeordneten geworden?

Karl-Ernst Lober (*1927), einst in der später verbotenen Sozialistischen Reichspartei aktiv, war von 1967–1971 Landesvorsitzender der NPD in Schleswig-Holstein und als deren Landtagsabgeordneter für »Jugendfragen« zuständig. 1978 wurde er fristlos von seiner Tätigkeit als Jugendpfleger im Kreis Schleswig-Flensburg entbunden; wenige Jahre später war er jedoch wieder im Kreisjugendamt tätig. Neben einem kurzen parteipolitischen Auftritt beim Ende 1996 gegründete Wählerbund Deutschland, dessen stellvertretender Landesvorsitzender er wurde, ist Lober bis heute vor allem bei den schlesischen Revanchisten aktiv, in deren Zeitschrift *Der Schlesier* er regelmäßig an prominenter Stelle veröffentlicht.

Dr. Uwe Rheingans (*1929) galt Ende der 60er-Jahre als der begabteste Redner der NPD-Landtagsfraktion. Viele Jahre später war seine faschistische Gesinnung Anlass für Proteste am Gymnasium in Neustadt/Ostholstein, wo er als Studiendirektor wirkte. Seit einigen Jahren gehört Rheingans der Führungsriege der Deutschen Studiengemeinschaft an. Gemeinsam mit dem langjährigen NPD-Funktionär Felix Buck und dem Funktionär des revanchistischen Witiko-Bundes Walter Staffa führt er zu aktuellen politischen Fragen Tagungen für die extreme Rechte durch.

Wolfgang Ehlers (*1921) war auf einer Kriegsschule der Nazis zum Offizier ausgebildet worden und sattelte nach 1945 zum Landwirt um. Ehlers war viele Jahre lang führender Funktionär des Deutschen Soldatenbund Kyffhäuser/Verband deutscher Soldaten in Schleswig-Holstein.

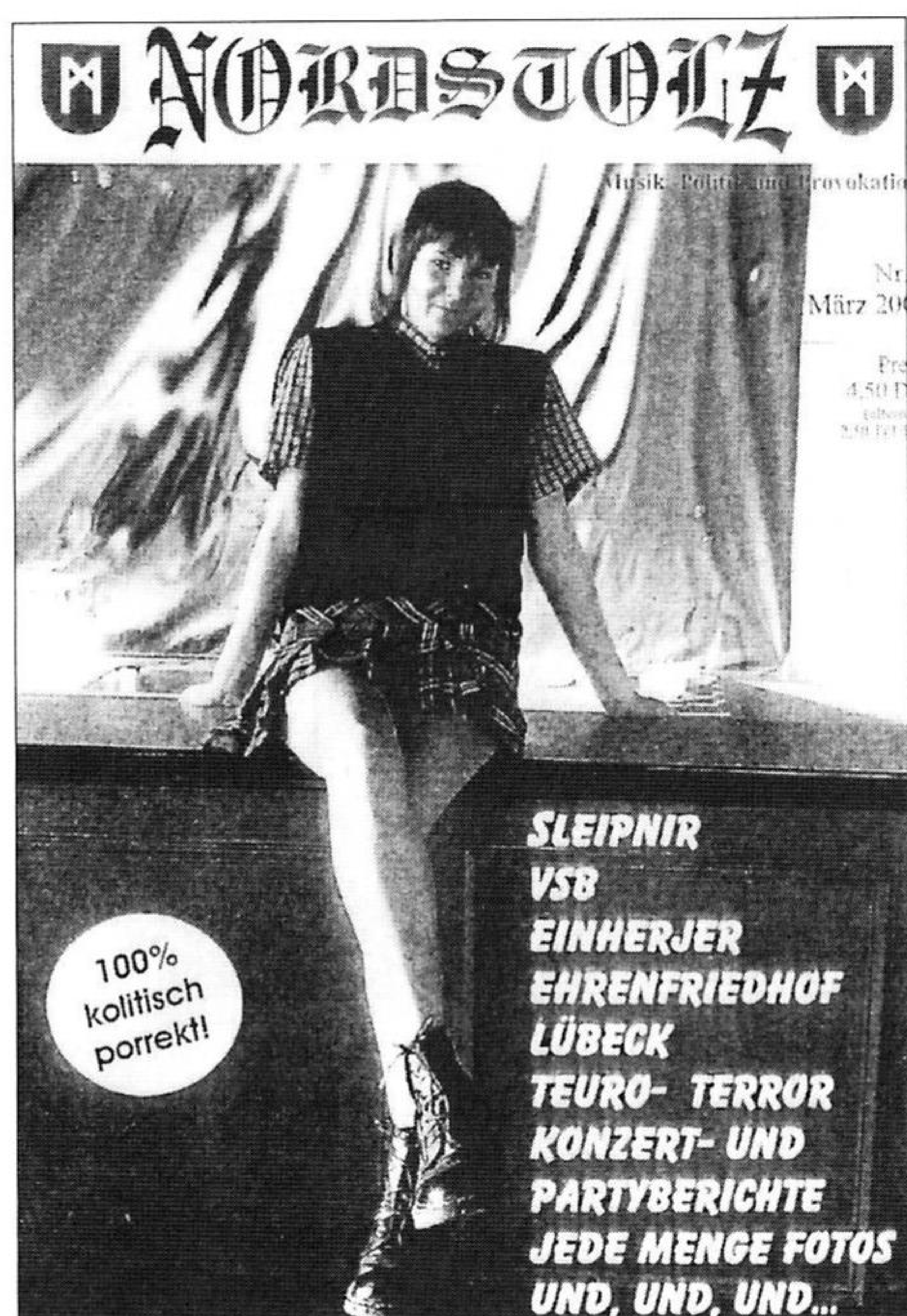
Peter Petersen (*1904) trat 1931 in die NSDAP (später auch in die SS) ein und wurde Funktionär des NS-Reichsnährstandes. Nachdem er im Zweiten Weltkrieg in der NS-Wehrmacht gekämpft hatte, führte er nach 1945 das väterliche Gut als Bauer weiter und arbeitete zudem als Lehrer. Parteipolitische Aktivitäten entfaltete er zunächst in der Deutschen Partei, dann in der Gesamtdeutschen Partei, von wo er zur NPD wechselte. Mehrere Jahrzehnte unterhielt Petersen enge Kontakte zum Auschwitz-Leugner Thies Christophersen, in dessen Blatt *Die Bauernschaft* er bis in die 90er-Jahre publizierte. Petersen ist inzwischen verstorben.

Karl J. Ballo

Nordstolz

Musik, Politik und Provokation

In Lübeck erschien mittlerweile die dritte Ausgabe des Skinhead-Fanzines Nordstolz. Einer Einladung der Zeitung folgten im Juni über 150 Teilnehmer aus ganz Norddeutschland zum »1. Lübecker Skinhead-Fußballturnier« in die Hansestadt. Hinter diesem Projekt steckt ein alter Bekannter...



Dirk-Oliver Bollmann machte schon als 17-Jähriger auf sich aufmerksam, als er gemeinsam mit älteren Skinheads aus Lübeck und Umgebung nach einer Feier am Strand die Flüchtlingsunterkunft in Haffkrug angriff und einen hohen Sachschaden verursachte. In den folgenden Jahren trat er immer wieder im Zusammenhang mit Alkohol und rechter Gewalt in Erscheinung. So überfiel er z.B. mit der Ansage »lass uns mal hinterher gehen, Deutschland säubern« gemeinsam mit anderen Neonazis einen Asylbewerber in Kiel, der mit einem Messerstich im Rücken ins Krankenhaus eingeliefert wurde.

Doch damit nicht genug: Neben rechtem Terror und dem Sammeln von Vorstrafen hat er noch ein anderes Hobby: das rechte Musik-Business. Auf der CD *Land meiner Väter* der Band Freikorps wird Bollmann als eines der drei Mitglieder vorgestellt. Verantwortlich ist er als Manager sowie für Chor und Security. Die Gruppe gehört zu den bekanntesten RechtsRock-Bands der ersten Stunde, hat einige CDs herausgebracht, unter anderem schon mit den Blue Eyed Devils in Amerika getourt und der englischsprachigen Blood & Honour-Zeitschrift ein freundschaftliches Interview gegeben. Auf den nächsten Platten wird Bollmann nur noch gegrüßt, da er eine 26-monatige Haftstrafe absitzt. In einem Interview mit Torsten Lemmers *Moderne Zeiten*, dem Vorgänger des wohl auflagenstärksten Deutschen RechtsRock-Magazins *Rock-Nord*, berichtet der in Reinfeld wohnende Freikorps-Sänger Kai Stüwe allerdings »... irgendwie wird er immer zu uns gehören«.

Mittlerweile verheiratet und als Familienvater tritt Bollmann seit 2004 mit *Nordstolz* wieder an die Öffentlichkeit. Das Blatt mit dem Untertitel »Musik, Politik und Provokation« ist zwar qualitativ unter aller Sau (Eie berichtete), spricht aber mit einer Auflage von 400 Exemplaren und eigener Internet-Seite nicht wenige Skinheads und Neonazis im Großraum Lübeck an. Viele rechte Internet-Projekte sind mit der Seite verlinkt und das *Nordstolz-Forum* wird rege genutzt. Mittlerweile ist sogar Lemmi alias Jörn Lemke, erster Kandidat des verbotenen Bündnis Nationale Sozialisten und Kader der Lübecker Kameradschafts-Szene, Moderator der Rubrik »Politische Themen«. Am 17. Juli 2004 zeigt *Nordstolz* wieder gute Verbindungen, als sie das »1. Lübecker Skinhead-Fußball-Turnier« in Krummesse organisieren. Auf dem kleinen Platz nahe Lübeck treten nach eigenen Angaben 13 Mannschaften an: Goslar/Salzgitter, Harburg, Bochum, Ratzeburg, Neumünster, Bramfeld, Rostock, Harz, Wismar, Waren, Bützow, zwei mal Lübeck und ein Frauenteam. Verschiedene Stände versorgen die knapp 200 Nazis mit Essen, viel Alkohol, Klamotten und CDs. Weder Polizei noch Bürgermeister oder Sportvorstand versuchen, obwohl sie informiert sind, das »Familienereignis« zu verhindern. Letzterer soll laut *Nordstolz* sogar Kritik mit dem Kommentar »Wieso, die sind doch ganz nett?« abgetan haben. Am Abend wird dann im nicht weit entfernt gelegenen Landhaus Heilshoop ein nationaler Liederabend angeboten, der letztendlich nicht stattfindet.

Um sich zu finanzieren verkauft *Nordstolz* über das Magazin und das Internet auch Fanartikel wie T-Shirts, mit denen schon einige Skinheads die 1.Mai-Demonstration der NPD in Berlin besucht haben, sowie Heckscheiben-Aufkleber für Pkw. Solche Artikel stellt Dirk-Oliver Bollmann in der eigenen Firma Creativfolie her. Diese in der holsteinischen Schweiz ansässige Firma plottet und verkauft Klebefolien für Autos, Schaufenster usw., für deren Vertrieb neben der eigenen Internet-Präsenz ebenso das Online-Auktionshaus eBay genutzt wird. Hier vertreibt er auch Kosmetikartikel wie Anti-Cellulite Cream, die demnächst wohl auch eine eigene Homepage namens Nordkosmetik bekommen sollen. Außer dieser warten noch Seiten wie Climafolie oder Unwanted-Winners auf ihren Einsatz. Gesichert hat sich Bollmann die Adressen schon vor einiger Zeit.

Wie lange *Nordstolz* bestehen bleibt oder wie sich das Projekt entwickelt wird sich noch zeigen. Finanziell wird es sich jedenfalls leicht selbst tragen, da 3,50 Euro für das Heftchen nicht gerade günstig ist. Auch privat bleibt Bollmann durch seine Firma und seine Internet-Umtriebe finanziell unabhängig. Allerdings reichen Neonazis als Kunden nicht aus, so wird es ihn unangenehm treffen, wenn Geschäftspartner über das braune Umfeld der Firma aufgeklärt werden.

Weiter Neonazi-Konzerte in Norddeutschland ohne Probleme durchführbar

Blood & Honour goes privat

Als das Neonazi-Musiknetzwerk Blood & Honour im Jahre 2000 verboten wurde, verkündete das Bundesinnenministerium, dass die Strukturen von B&H zerschlagen und handlungsunfähig seien. Es wurde jedoch sehr schnell deutlich, dass dieses Verbot und die darauffolgenden spärlichen polizeilichen Aktionen an den wirklichen Strukturen von B&H vorbeigingen und die weitere Arbeit kaum beeinträchtigten. Gerade in Norddeutschland haben in den letzten Jahren immer wieder Konzerte stattgefunden, die offensichtlich von B&H Strukturen getragen wurden oder bei deren Organisation Personen aus diesem Umfeld zumindest involviert waren

Als aktuelle Beispiele sind zwei Konzerte, die im September und Oktober diesen Jahres im Hamburger und Umland organisiert wurden, zu nennen:

Am 18. September 2004 fand in dem Hamburger Stadtteil Wandsbek ein als Geburtstagsparty getarntes »Ian Stuart Memorial Konzert« statt. Laut Einladung, welche über einschlägige E-Mail-Verteiler versandt wurde, sollten die Bands Blutstahl, Donnerhall, Schall& Rauch und eine Überraschungsband spielen. Die Polizei, welche erst von Journalisten über das Event informiert werden musste, beschränkte ihre Aktivitäten auf verstärkte Streifenfahrten und nahm lediglich vereinzelt die Personalien anreisender Neonazis auf.

So konnten sich mehr als 200 Neonazis, die über ein Infotelefon und einen Schleusungspunkt zum Veranstaltungsort geleitet wurden, versammeln und ungestört der menschenverachtenden Musik der eindeutigen Nazibands lauschen und dem Gründer von B&H, Ian Stuart, huldigen.

Ähnlich verlief auch ein Konzert am 16. Oktober 2004 im nur 80 Kilometer von Hamburg entfernten Boizenburg (Mecklenburg-Vorpommern). In der Einladung, wieder per E-Mail versandt, wurden die Neonazi-Bands Nordfront, Legion of Thor und Kampfhandlung aus Deutschland, die Italiener Ultima Frontiera sowie White Law und Celtic Warrior aus Großbritannien angekündigt. Anscheinend planten die Organisatoren das Konzert in Hamburg zu veranstalten, was jedoch von der Polizei frühzeitig unterbunden wurde. So wurden die rund 300 anreisenden Neonazis – großteils aus dem Hamburger und Schleswig-Holsteiner Raum – über einen Schleusungspunkt ins mecklenburgische Boizenburg gelotst. Und obwohl die Polizei schon ab 18 Uhr von dem Konzert wusste, ließ sich sie sich erst gegen 21 Uhr vor Ort blicken ... um den Verkehr der anreisenden Neonazis zu Regeln.

Die Nazis konnten noch bis weit nach 22 Uhr der Band Nordfront lauschen, bis sich die Polizei dazu durchgerungen hatte, den mecklenburgischen »Konzerterlass« durchzusetzen und das sich dem Ende neigende Konzert endlich aufzulösen. Das diese polizeiliche Auflösung viel zu spät kam und wohl eher als widerwillige Pflichterfüllung anzusehen ist, zeigen Kommentare in neonazistischen Musikforen im Internet: Dort wird sich zwar über den Eintrittspreis von 17 Euro

Keine Veröffentlichung!

Vorsicht bei Gesprächen! Feind hört mit!

Wichtige Hinweise:
- Die Geburtstagsfeier wird den Behörden der Stadt Hamburg angezeigt!
- Kameraden (Wohnort >180km von HH) können sich bis zum 26. Oktober unter der Nummer von Torben Klebe, zwecks eines Schlafplatzes, melden!
- Anstatt von Geschenken, bitten wir um einen Unkostenbeitrag!
- Zivilisiertes Benehmen wird bei den Gästen vorausgesetzt!

Einladung zum Geburtstag von

Doreen Eichhorst
3. November 1978

Sven Johansson
2. Oktober 1972

Torben Klebe
27. Oktober 1976

Wir nehmen in diesem Jahr unsere Geburtstage zum Anlass, um eine große Feier zu veranstalten.

Datum: Freitag, 31.Oktober 2003
Beginn: ab 20.30h - ???
Treffpunkt: v. 19.30h - 20.45h
Ort: Hansestadt Hamburg, mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu erreichen!

Achtung!
Diese Einladung ist ausschließlich nur auf den oder die genannten Personen beschränkt!
Ausnahmen nur nach vorheriger Absprache!!!
Einladung mitbringen!!!

Kontakt Torben Klebe:

Für die musikalische Begleitung sorgen:
Noie Werte (Stuttgart),
Spreegeschwader (Berlin),
Einherjer (Lübeck)
u.a.

Herzlich eingeladen ist/sind hiermit:

Infonummer ab dem 29.10.2003:

und die chaotische Anreise beschwert, der Polizei-Einsatz hingegen findet keinerlei Erwähnung.

Dies sind lediglich Beispiele vom Herbst diesen Jahres. So fanden in Hamburg und dem näheren Umland seit dem Jahr 2000 noch mindestens fünf weitere Neonazi-Konzerte mit jeweils bis zu 600 Besuchern statt. All diese Konzerte wurden nach einem ähnlichen Schema organisiert und durchgeführt: Die Räume wurden unter falschen Namen angemietet und als Geburtstags-, Verlobungs- oder Privatparty getarnt. Die Besucher wurden in der Regel über E-Mail informiert und dann per Telefon zu einem Schleusungspunkt und von dort zum eigentlichen Ort des Geschehens gelotst.

Die Polizei nahm bei diesen Veranstaltungen, wenn überhaupt anwesend, meist nur eine beobachtende Rolle ein. Selbst in den anders gelagerten Fällen war der Zeitpunkt ihres Einschreitens immer so gewählt, dass ein Großteil des neonazistischen Programms bereits erfolgreich über die Bühne gegangen war. Trotz meist frühzeitiger Kenntnis vermittelte die Polizei bei keinem dieser Konzerte ein ernsthaftes Interesse an einer schnellen Unterbindung.

Das ungenierte Vorgehen der immer gleichen B&H-Aktivisten zeigt deutlich, dass das staatliche Verbot der »Blood&Honour – Division Deutschland« ins Leere läuft. Überaschen kann dies indes nicht, sollen solche Verbote doch nur Symptome kaschieren, während sie Ursachen ignorieren ... und selbst daran scheitern. Für die Neonazis war es ein Leichtes, die sowieso schon klandestin arbeitende B&H Struktur in die Illegalität zu leiten und die Arbeit kaum verändert weiterzuführen. <<

Torben Klebe: Blood & Honour-Kader weiter im Musik-Buiseness aktiv



Torben Klebe im Kreis seiner Neonazi-Homecrew, von links: Lars Jacobs (mit Tarn), Jan Steffen Holthusen Stefan Walnowski, Torben Klebe (mit Flammenmütze) auf dem Hamburger Aufmarsch am 27.3.04.

Als exemplarisches Beispiel für eine Person, die auch nach dem Verbot die Arbeit von Blood & Honour illegal weiterführt, kann der 27-jährige Handwerker Torben Klebe aus Hamburg genannt werden. Vor dem B&H-Verbot war Klebe für die Kontakte der B&H-Division Deutschland nach Skandinavien verantwortlich und organisierte auch den Musik-Vertrieb von und nach Skandinavien. Dass Klebe eine von neun Personen war, denen am 12. September 2000 die B&H-Verbotsverfügung zugestellt wurde, unterstreicht seine führende Position in dem Musiknetzwerk mehr als deutlich. Ebenso spielte er bei den Konzerten, welche in den letzten vier Jahren in Hamburg und Umland organisiert wurden, eine wichtige Rolle. So hat er immer wieder Konzerte als Verlobungs- oder Geburtstagsfeier getarnt und dann eindeutige Nazibands aufspielen lassen. Eine der bedeutensten »Geburtstagspartys« fand am 31. Oktober 2003 in Hamburg direkt am Hauptbahnhof statt. Auch dieses Konzert mit den Bands Noie Werte, Spreegeschwader und Einherjar verlief ohne nenneswerte Zwischenfälle.

Jenseits seiner B&H-Aktivitäten war Torben Klebe schon mindestens seit seinem 14. Lebensjahr aktiv in der Hamburger Neonazi-Szene. Er war eine der Führungspersonen der ebenfalls im Jahre 2000 verbotenen Kameradschaft Hamburger Sturm samt gleichnamiger Postille, die er mit Steffen Holthusen als Lokal-Fanzine mit dem Namen *Bramfelder Sturm* gründete. Früh war er Teil der Neonazi-Ordnertruppe um Thomas Wulff. In der B&H-Musikstruktur war er seit Mitte der neunziger Jahre beteiligt und übernahm dort schnell Kaderfunktionen: 1998 saß er zwei Monate in Untersuchungshaft wegen der Verbreitung einer indizierten CD der Neonazi-Kult-Band Landser und wurde hierfür verurteilt. Auch auf allen größeren Aufmärschen ist Klebe anwesend, so war zuletzt z.B. im November diesen Jahres Teilnehmer des Nazi-Aufmarsches zum Heldengedenktag in Halbe

Der Polizei scheint die Involviertheit Klebes in B&H-Strukturen keine Probleme zu bereiten, zu sehr deckt die Hamburger Polizei seine Nazi-Musikaktivitäten unter seiner Tarnargumentation »private Geburtatagsfeiern«. Die Duldung der Hamburger Polizeiführung von Fortführungen verbotener Neonazi-Organisationen hat da seit dem ANS-Verbot Tradition ...

Heilshoop News

Kern gibt nicht auf ...



Mittlerweile seit fast einem dreiviertel Jahr betreibt Neonazi Dieter Kern die Dorfkneipe in Heilshoop/Kreis Stormarn. Der BündnisRechts-Vorsitzende hält weiter die schon in der letzten EiE!-Ausgabe erwähnte Häufigkeit seiner Veranstaltungen nahezu unvermindert durch. Neben Auftritten einiger Liedermacher und einem Vortragsabend mit Holocaust-Leugner Horst Mahler fand auch ein RechtsRock-Konzert im Landhaus statt. Öffentlich wahrnehmbarer Protest gegen das muntere Treiben des Kneipenpächters blieb in den letzten Monaten abgesehen von einer Demonstration nahezu vollständig aus. Dieter Kern selbst gelang es jedoch auch nicht, seine Besucherzahlen endlich auf beachtliches Niveau zu heben.

Die Veranstaltungen des rechten Gastgebers seit Erscheinen der letzten EiE!-Ausgabe nahmen keinen guten Anfang. So hatte Kern extra für den Abend des unweit in Lübeck stattfindenden Nazi-Fußballturniers am 17.Juli großspurig den Rostocker Liedermacher Andre Lüders angekündigt. Noch am Nachmittag während des von der Skinheadzeitung »Nordstolz« organisierten rechten Treffens aus Saufen und Bolzen wurde auf den geplanten späteren Auftritt Lüders in Heilshoop hingewiesen. Wenig später musste Dieter Kern allerdings kleinlaut zugeben, dass Andre Lüders »aus persönlichen Gründen leider kurzfristig absagen« musste.

Ein Wochenende darauf konnte der Regensburger Liedermacher Michael Müller vor traurigen 20 Gästen seine antisemitischen Lieder runterleiern. Auch diesmal ist der »Star des Abends« der Justiz kein Unbekannter. So hatte Müller 1998 für einen NPD-Liederabend den Udo Jürgens-Schlager »Mit 66 Jahren« in absolut widerlicher Weise umgedichtet. Unter Applaus der Nazis sang er damals »Mit sechs Millionen Juden, da fängt der Spaß erst an, bis sechs Millionen Juden, da ist der Ofen an..., ... wir haben reichlich Zyklon B ...«(Zitat). Blieb es im August ums Landhaus eher still, legte sich Kern im September umso kräftiger ins Zeug. Den Auftakt machte NPD-Kader Jörg Hähnel aus Berlin, der am 04.09. vor kläglichen 20 Zuhörern spielte.

RechtsRock im Altherren-Club

Für den 11.September hatte sich Kern dann an eine weitere Spielart rechtsextremer Musik rangetraut, den RechtsRock. Neben der Combo »Words of Anger« und der Lübecker Band »Einherjer« präsentierte Kneipenpächter Kern die relativ neue Gruppe »Kampfhandlung« aus Schleswig-Holstein. Gegen dieses Konzert im Landhaus Heilshoop organisierte das regionale Bündnis »Nazi-Gasthof dichtmachen!« eine Demonstration durch den Ort. Gemeinsam mit rund 100 angereisten Antifas wurde nach kurzer Demoroute vor einer Polizeisperre am Landhaus Präsenz gezeigt. Auflagen im Vorfeld hatten ein direktes Vorbeiziehen an der Kneipe untersagt. Geschützt durch die Polizeikette ließen es sich Kern und Gefolge dann auch nicht nehmen, durch fleißiges fotografieren und rumhampeln Gelassenheit zu heucheln. Angesichts der Antifaschisten war Dieter Kern aber offensichtlich nicht so richtig wohl zumute... Die Versammlung wurde anschließend auf Druck der Polizeiführung aufgelöst, da ein fadenscheiniger »Vermummungstatbestand« festgestellt und entsprechendes »Eingreifen« angedroht wurde. Das von den Demoanmeldern vorweg gesetzte Ziel, zusätzlich zum antifaschistischen Spektrum auch eine Mobilisierung im bürgerlichen Bereich zu erzielen, wurde komplett verfehlt. Wie schon beim ersten Protest am 12.Juni anlässlich des Roeder-Besuchs verblieb die Dorfbevölkerung an diesem Tag passiv, misstrauisch-neugierig und fast schon belustigt hinterm Gartenzaun stehen. Erfreulich dafür die Nachricht, dass der wöchentliche Stammtisch der Freiwilligen Feuerwehr Konsequenzen aus dem Pächterwechsel gezogen und sich aus dem Landhaus verabschiedet hat. Dominieren normalerweise die »Schlips und Kragen-Nazis« des BündnisRechts das Bild im Landhaus, so

Der Bilderreigen Heilshoop ähnelt sich von Eie-Ausgabe zu Eie-Ausgabe: Neonazis vor dem Landgasthof. Antifas, nicht gerne gesehen in Heilshoop, vor Polizeiabsperrungen.

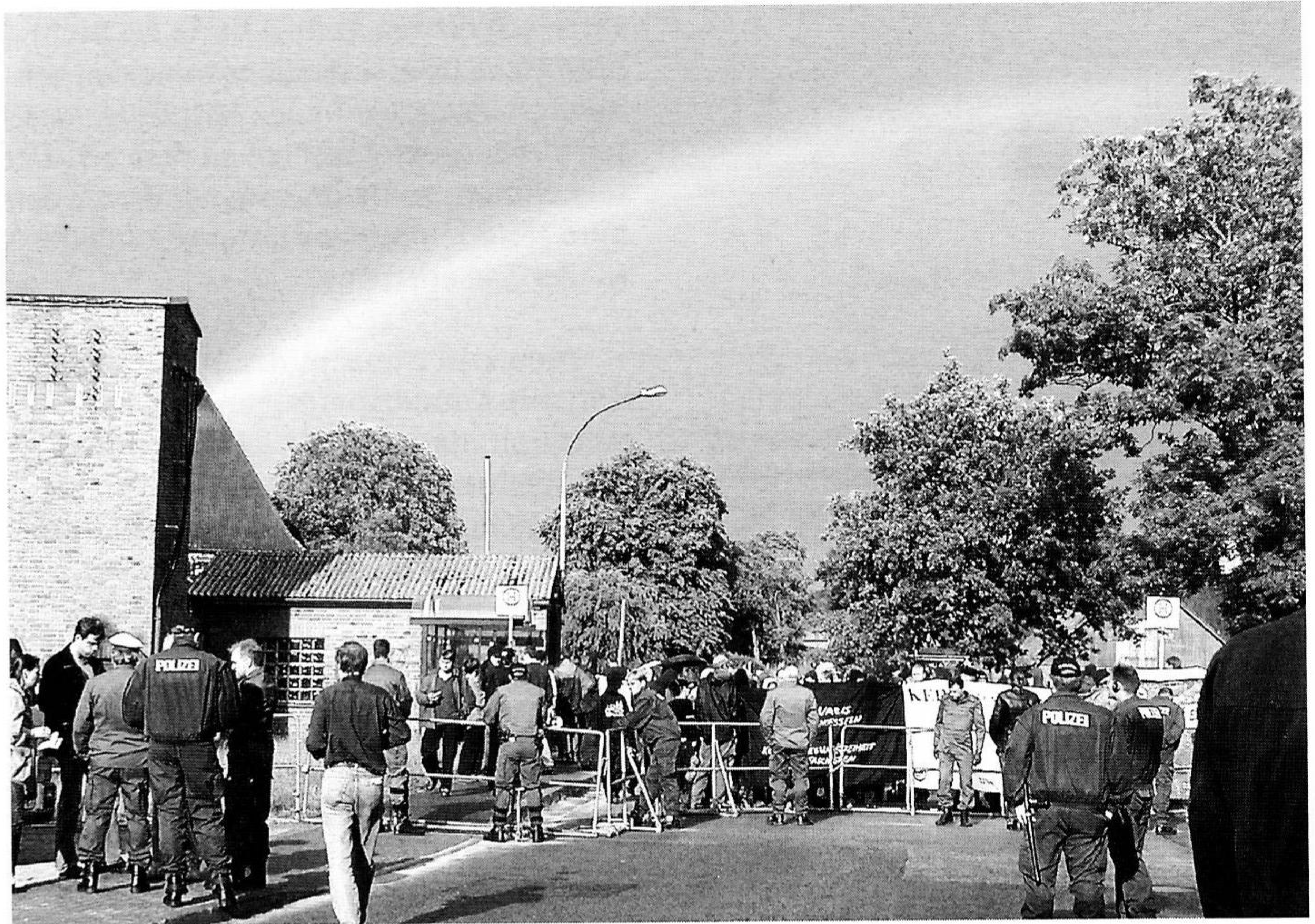
lockte der härtere Musikstil dieses Konzertes ungefähr 50 RechtsRock-Fans im modernen Szene-Dresscode in das kleine Dorf. Mit dieser Besucherzahl stellte Kern einen neuen, weiterhin lächerlichen Besucherrekord auf. Trotz der ständigen Events, den bekannten Musikern bzw. Rednern und der ungestörten Atmosphäre kommen meist auffallend wenige Gäste ins Landhaus. Neben der Unbeliebtheit des Gastgebers in der norddeutschen NS-Szene könnte auch Angst vor Ruhestörungsbeschwerden von Anwohnern bei größeren Menschenansammlungen ursächlich sein. Wie Dieter Kern sich allerdings langfristig die (finanzielle) Zukunft seiner Klitsche bei Besucherzahlen von gerade einmal 20-50 zahlenden Personen pro Konzert vorstellt bleibt ungewiss.

Horst Mahler in Heilshoop

Für den 23.10. hatte Kern zu einer Versammlung mit dem Holocaust-Leugner Horst Mahler geladen. Der fast 70jährige umtriebige Berliner Rechtsanwalt vertrat unter anderem die NPD im Verbotsverfahren, zuletzt stand Mahler selber immer wieder vor Gericht. Exemplarisch für Mahlers politische Aktivitäten ist unter anderem die auf seine Initiative erfolgte Gründung des »Verein zur Rehabilitierung der wegen Bestreitens des Holocausts Verfolgten« (VRBHV) im November 2003. Der Auftrittsabend in Heilshoop offenbarte ein groteskes Bild: Die rund 40 interessierten Besucher konnten es problemlos mit dem Altersdurchschnitt eines Altenheims aufnehmen, nach dem frühen Veranstaltungsende um 19.00Uhr quälten sich regelrecht einige der fast Scheintoten in ihre Wagen.

Weiterer »Star« angekündigt

Bis jetzt hat schon eine Vielzahl bedeutender Akteure der rechtsextremen Bewegung den Weg nach Heilshoop auf sich genommen. Das prominente Aufgebot für Kerns Kneipe scheint jedenfalls nicht abreißen zu wollen. Schon



gegen Ende November wird der bekannteste rechte Liedermacher im Landhaus erwartet - Frank Rennicke. Der Barde ist in der Vergangenheit wegen Volksverhetzung verurteilt worden, zahlreiche seiner Lieder sind wegen Ausländerfeindlichkeit auf dem Index. Der 39jährige Familienvater ist eine der Integrationsfiguren der extremen Rechten. Erst als er nach einer Geldstrafe im Kameradenkreis um Solidarität und insbesondere Geldzuwendungen bettelt, bekommt die Lichtgestalt einen kleinen Knacks. Andere Neonazis erheben Vorwürfe gegen Rennicke, er würde seine finanzielle Lage dramatisieren und sich so auf Kosten der Szene in betrügerischer Weise bereichern. Nichtsdestotrotz erfreut sich der Sänger mit seinem revisionistischen Repertoire bei Alt und Jung großer Beliebtheit - in Heilshoop wird das nicht anders sein.<<

Worchs penetrante Rechthaberei wird von RechtsRock-Fans nicht honoriert

Oidoxie floppt durch Winterhude

Einen schlechten Auftritt hatte die RechtsRock-Band Oidoxie sowie Christian Worch, notorische Demonstrationsanmelder, am 4. Oktober in Hamburg. Kaum mehr als einhundert »Worchgetreue« Mitglieder verschiedener Kameradschaften aus dem gesamten Bundesgebiet wollten an dem als »Demonstrationskonzert« konzipierte Spektakel teilnehmen. Vordergründig hat Worch damit im Konkurrenzkampf mit dem Aktionsbüro Norddeutschland unter Leitung des NPD-Neumitglieds Thomas Wulff eine erneute Niederlage erlitten.

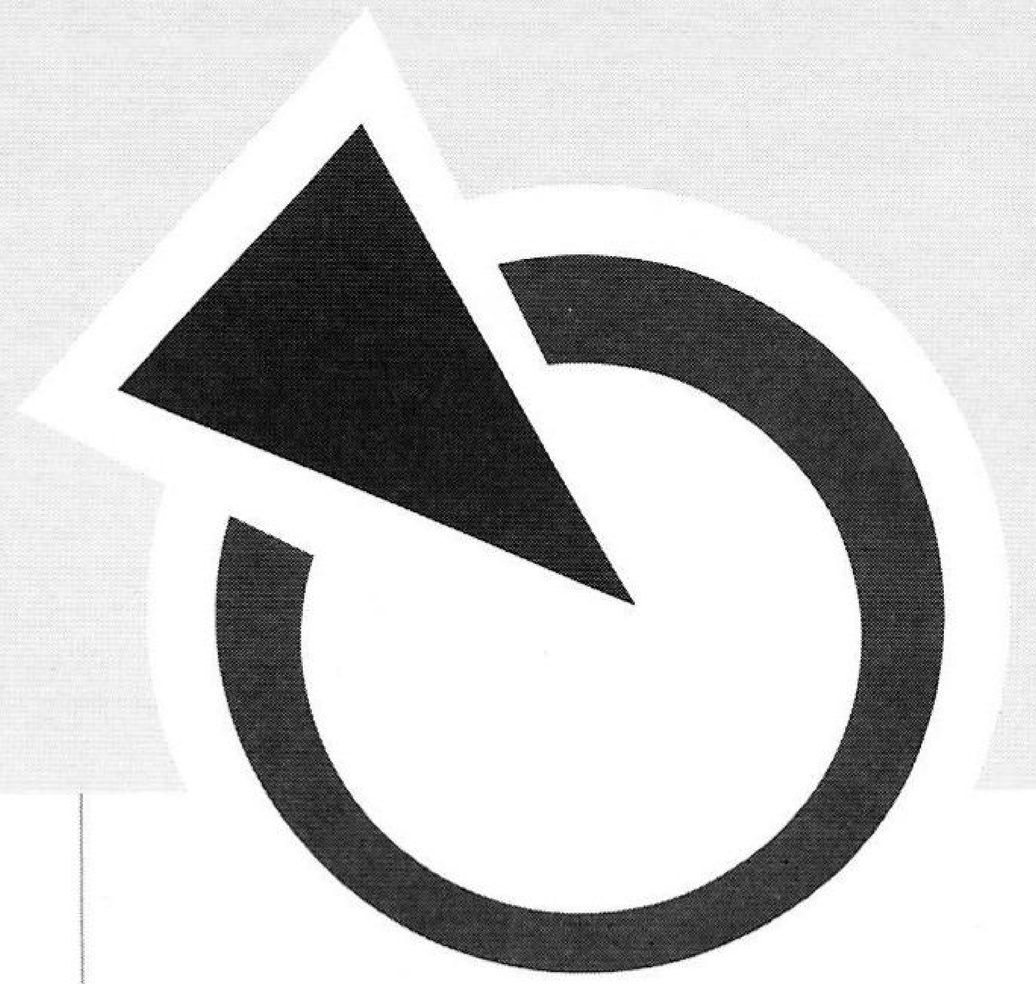
Mirko Gottschalk gab alles, aber selbst die abgeschmackte Rock-Posen brachten das Blut seiner Anhänger nicht so recht in Wallung – unter den Augen der Polizei konnte die »Musik« nur wenige Kameraden mitreißen.



Idee und Konzept der Demonstration mit Konzertbeiträgen war es, rechtlich die gesicherte Durchführung von Rechtsrockkonzerten durchzusetzen. Nachdem in der Vergangenheit das Verwaltungsgericht Hamburg bereits ein mal den Abbruch eines RechtsRock-Konzertes von Bands aus dem Umfeld des verbotenen Blood & Honour-Netzwerkes nachträglich für rechtswidrig erklärt hat, dürfte diese Strategie erfolgversprechend sein. Mit relativ geringem Aufwand lässt sich ein Musikauftritt im Rahmen einer Demonstration organisieren. Hierzu ist meist nur eine Band mit ihrem eigenen Equipmet und eine geringfügig größere, als die ohnehin vorhandene Lautsprecheranlage notwendig. Am 4. Oktober nun war es als relativ sicher zu erwarten, dass die Stadt Hamburg den Auftritt der bekannten Dortmunder Band Oidoxie zunächst untersagen würde. Gleichzeitig muss dem inzwischen im Versammlungsrecht ziemlich bewanderten Worch klar gewesen sein, dass ein solches Verbot jedenfalls dann vor Gericht keinen Bestand haben würde, wenn die Demonstration inhaltlich Bezug auf die Schwierigkeiten bei der Durchführung von RechtsRock-Konzerten nehmen würde. Wie erwartet kippte das Verwaltungsgericht das Verbot der Stadt Hamburg. Worch hat bereits angekündigt weitere ähnliche Veranstaltungen durchzuführen. Seine Aussichten mit diesem Vorgehen Präzedenzfälle zu schaffen und die Ordnungsbehörden vor weiteren Verboten abzuschrecken, sind dabei nicht schlecht. Dies liegt allerdings insbesondere daran, dass die Zusammenarbeit zwischen Verfassungsschutz und Ordnungsbehörden anhaltend schlecht ist. Bis heute erhalten jedenfalls die Letzteren in der Regel nur unzureichende Informationen, um ein tragfähiges Verbot begründen zu können. Insbesondere mangelt es immer noch an der Bereitschaft, zuzugeben dass die größtenteils illegalen Musikvertriebe und Bands, aber

rundbrief des apabiz e. v. | nr. 18, dezember 2004

monitor



Gemeinsamer Nenner der deutschen Rechten

Hintergrund ➲ Völkisches Denken als Grundlage rechter Ideologie

Mangelnde soziale Rhetorik kann man der NPD nicht vorwerfen: »Nationaldemokratische Sozialpolitik«, heißt es in Punkt sieben des Parteiprogramms, »fühlt sich auch den sozial Schwachen unseres Volkes verpflichtet.« »Unseres Volkes«, wohlgemerkt. »Ausländer«, verlangt die NPD, »sind aus dem deutschen Sozialversicherungswesen auszugliedern.« Das setze Ressourcen frei für die deutschen Volksgenossen, ermögliche »den Wohlstand des ganzen Volkes«. Und weiter: »Aus sozialer Gerechtigkeit wächst die nationale Volksgemeinschaft.«



Volk«, »Volksgemeinschaft«: Im Zentrum der NPD-Sozialprogrammatik stehen traditionelle Kernbegriffe der deutschen extremen Rechten, die eine bestimmte Sicht auf menschliche Gesellschaften kennzeichnen. Dieses völkische Denken teilt die deutsche Rechte ausnahmslos, vertritt es in unterschiedlichen Radikalisierungsgraden. Die Grundlage dessen bildet ein bestimmtes Verständnis von »Volk«, das im 19. Jahrhundert Verbreitung fand, aber nach wie vor Aktualität besitzt.

Historischer Rückblick

Ein »Volk«, so lautet das völkische Verständnis des Begriffs, bestehe aus Menschen gleicher biologischer Abstammung. Die Zugehörigkeit zu einem »Volk« könne man daher nicht ablegen, sie hafte einem dauerhaft an. Unterschiedliche »Völker« weisen nach völkischer Ansicht bestimmte Sonder-Eigenschaften auf (»Volkscharakter«). Völkisches Denken ordnet das Individuum also einem »Blutskollektiv« zu, und ordnet es ihm – in seinen radikaleren Formen – sogar unter: Erst in seinem »Volk«, in der »Volksgemeinschaft« finde der Einzelne bzw. die Einzelne seinen bzw. ihren Platz.

Das völkische Verständnis des Begriffs »Volk« unterscheidet sich damit grundlegend etwa vom britischen oder französischen Sprachgebrauch. Dort bezeichnet people bzw. peuple die Bürgerinnen und Bürger eines Staates, unabhängig von ihrer biologischen Abstammung. In Deutschland jedoch hat sich das völkische Verständnis des Begriffs durchgesetzt. Und zwar in ausdrücklicher Opposition zu Frankreich.

Die dafür wohl entscheidende Phase in der deutschen Geschichte spielte sich zu Beginn des 19. Jahrhunderts ab. Damals versuchte Preußen, die napoleonische Herrschaft und damit auch die Errungenschaften der französischen Revolution abzuschütteln. Das ehemalige Reichsgebiet war in zahlreiche Klein- und Kleinststaaten zerfallen, preußische Propagandisten versuchten sie gegen Frankreich zu vereinen. Sie behaupteten daher – anknüpfend an Ideologen des 18. Jahrhunderts und insbesondere an Johann Gottfried Herder –, es gebe ein über viele Staaten verstreutes »deutsches Volk«. Dieses zeichne sich durch gemeinsame Abstammung und gemeinsame Charaktereigen-

antifaschistisches pressearchiv und bildungszentrum berlin e.v. (apabiz)

lausitzerstr. 10 | 10999 berlin

geöffnet do von 15 bis 19 uhr und nach absprache

fon | fax: 030.6116249

mail@apabiz.de
http://www.apabiz.de

konto-nummer: 3320800
blz: 10020500
bank für sozialwirtschaft

monitor ist nicht im abo erhältlich, aber fördermitglieder bekommen ihn zugeschickt.

•

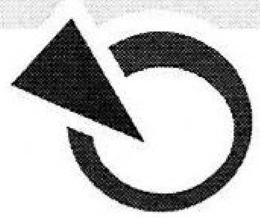
Das apabiz e. V. informiert seit 1991 über die extreme Rechte. Unsere Informationen stehen allen Personen und Initiativen zur Verfügung. Umgekehrt sind wir an Euren Einschätzungen und Erfahrungen interessiert. Gerne vereinbaren wir einen Austausch oder nehmen Euch in unseren Verteiler auf.

Archiv: Für Recherchen halten wir unser Archiv bereit, das eines der größten dieser Art in der BRD ist. Wir verfügen über rechte Publikationen, Videos, CDs u.a.m. Diese Primärquellen werden ergänzt durch eine Datenbank, in der Presseveröffentlichungen seit Anfang der 90er Jahre erfasst sind, eine umfangreiche Präsenzbibliothek, verschiedene Sondersammlungen sowie antifaschistische Publikationen aus ganz Europa und den USA.

Bildung: Unser ReferentInnen-Katalog (siehe www.apabiz.de) umfasst mehr als 40 Vorträge und Seminare aus diversen Bereichen, für die ReferentInnen bei uns angefordert werden können. Zu bestimmten Themen haben wir ReferentInnen-Koffer erstellt, die die eigenständige Durchführung von Veranstaltungen ermöglichen, oder halten wir Handreichungen bereit.

Publikationen: Ergebnisse unserer Arbeit verwerten wir nicht nur im *monitor*, sondern auch in Broschüren, Pressemitteilungen, Handreichungen und sonstigen Publikationen. Diese und weitere Materialien findet ihr unter www.apabiz.de.

monitor – rundbrief des apabiz e.v. | v.i.s.d.p.: apabiz e.v. | dank an unsere fördermitglieder, die mit ihrem beitrag die finanzierung unterstützen | erscheinungsweise: alle zwei monate |



Märkischer Kulturtag

Bundesweit • Mitte September veranstalteten die Berliner Kulturgemeinschaft Preußen, die Gemeinschaft Deutscher Frauen und die Heimattreue Deutsche Jugend (HDJ) ihren »4. Märkischen Kulturtag«. Hauptredner war der umtriebige Hamburger Rechtsanwalt Jürgen Rieger, der in jüngerer Zeit mit Immobilienkäufen für neonazistische Aktivitäten von sich reden gemacht hatte. Die veranstaltenden Gruppen mit ihren personellen Überschneidungen knüpfen mit dem Treffen an frühere Veranstaltungen an, bei denen namenhafte Neonazis wie Herbert Schweiger, Udo Walendy oder Gerd Zikeli sprachen. Bundesführer der HDJ ist Sebastian Räbiger, der letzte Gauführer der Wiking Jugend Sachsen. Ebenfalls Aktivist der HDJ ist der Liedermacher Jörg Hähnel, der gleichzeitig auch stellvertretender Landesvorsitzender der Berliner NPD ist. Inzwischen verfügt die HDJ über fünf sogenannte »Leitstellen« im Bundesgebiet, die u.a. in Berlin und Dresden angesiedelt sind. ◂

Landsmannschaft erlebt Protest in Polen

Olsztyn (Polen) • Die Landsmannschaft Ostpreußen hat Anfang Oktober ihren »4. Kommunalpolitischen Kongress« im polnischen Olsztyn abgehalten und ist dabei zum ersten Mal auf offenen Protest gestoßen. Bei diesen Veranstaltungen der Landsmannschaft treffen Vertreter polnischer Gebietskörperschaften auf Mitglieder deutscher »Heimatkreisgemeinschaften«. Dies sind Zusammenschlüsse umgesiedelter Deutscher, die von sich behaupten, die zuletzt im NS-Reich bestehenden Gemeinde- und Kreisverwaltungen des ehemaligen Ostpreußen fortzuführen; sie wollen in ihren Herkunftsgebieten politische Mitbestimmung erhalten. Gegen diese Anmaßung protestierten jetzt ein polnischer EU-Abgeordneter sowie der Bürgermeister von Olsztyn, der der Landsmannschaft den üblichen Empfang im Rathaus sowie seine Kongress-Teilnahme verweigerte. ◂

Ex-Landser-Sänger weiter aktiv – u. a. bei der NPD

Berlin • Michael »Lunikoff« Regener, der ehemalige Sänger der Band Landser, ist trotz seiner Verurteilung ▸

schaften aus und sei dazu berufen, den französischen Feind gemeinsam niederzukämpfen. Das Konzept ging bekanntlich auf. Gleichzeitig verhalf es dem völkischen Denken in den später zum Deutschen Reich gehörenden Staaten zum Durchbruch.

Völkisches Denken als Grundlage des Nationalsozialismus

Völkisches Denken ist stets von Antisemitismus durchsetzt gewesen. Denn das Judentum galt Völkischen schon immer nicht als Religion, sondern als »Volk«, das sich vom »deutschen Volk« unterscheide und daher von ihm getrennt werden müsse. Ein prominentes Beispiel für frühen völkischen Antisemitismus liefert das »Wartburgfest« der Burschenschaften im Jahr 1817: »Wehe über die Juden«, riefen Burschenschafter, als sie damals neben dem antifeudalen französischen Code Napoleon auch eine Schrift des jüdischen Schriftstellers Saul Ascher ins Feuer warfen.

Auch auf die soziale Frage entwickelten völkische Ideologen eine völkische Antwort. Einer der ersten von ihnen war der Berliner Hofprediger Adolf Stoecker, der 1878 die Christlich-Soziale Arbeiterpartei gründete. Sein Ziel war es, mit antisemitischer Agitation die Arbeiter anzuziehen und sie so der Sozialdemokratie abspenstig zu machen.

Die völkische Antwort auf die soziale Frage radikalisierte sich schließlich im Nationalsozialismus: »Wir fordern, daß sich der Staat verpflichtet, in erster Linie für die Erwerbs- und Lebensmöglichkeit der Staatsbürger zu sorgen«, hieß es in Punkt sieben des NSDAP-Parteiprogramms vom 25. Februar 1920. »Staatsbürger«, erklärte die NSDAP freilich konsequent völkisch, »kann nur sein, wer Volksgenosse ist. Volksgenosse kann nur sein, wer deutschen Blutes ist«. Die Partei verlangte weiter: »Wenn es nicht möglich ist, die Gesamtbevölkerung des Staates zu ernähren, so sind die Angehörigen fremder Nationen (Nicht-Staatsbürger) aus dem Reiche auszuweisen.« Dergleichen national-soziale Demagogie verfing damals besonders in der Krise ab Ende der 1920er Jahre. Sie wurde ergänzt um einen völkischen »Antikapitalismus«.



Völkische Propaganda gehört seit jeher zum festen Repertoire extrem rechter Gruppierungen.

»Kein Jude kann (...) Volksgenosse sein«, hieß es daher auch – ganz in der Tradition des

An dieser Stelle berichten wir in jeder Ausgabe über einzelne Arbeitsgebiete, Projekte, Sammlungen etc. aus dem Archiv des *apabiz*, um so einen Einblick in unsere Arbeit zu ermöglichen.

archiv en detail Die Rubrik »Antifaschismus regional«

Antifaschismus in Bewegung

Nebem dem Archiv zur extremen Rechten unterhält das apabiz auch einen umfangreichen Bestand an Dokumenten und Materialien der antifaschistischen Bewegung und anderer politischer Gruppen, die zu den Themen des Archivs arbeiteten und arbeiten. Ihren Anfang nahm diese Sammlung, als das Antifa-Archiv noch ein Teil des »Papiertigers - Archiv für soziale Bewegungen« war; seitdem wird sie kontinuierlich weitergeführt und ausgebaut. Der Bestand beginnt Ende der Siebziger Jahre und reicht bis in die Gegenwart. Die vertretetenen politischen Gruppen reichen von der Grünen Jugend Baden-Württemberg über die Autonome Antifa - Gruppe Zschopau bis zum Anti-Rep-Bündnis Berlin aus dem Jahre 1989. Unter den Dokumenten finden sich neben zahlreiche Flugblätter und Aufkleber eine Vielzahl von Plakaten, Zeitschriften und Broschüren. Dieses Material wurde nach den verschiedenen Regionen Deutschlands und chronologisch aufgearbeitet. Die Plakate sind thematisch unterteilt und befinden sich in einer Sondersammlung. Die von den unterschiedlichen antifaschistischen Gruppe herausgeben Broschüren und Zeitschriften sind thematisch aufgearbeitet und mit Schlagwörter versehen.

Insgesamt umfasst diese Sammlung etwa 200 Ordner mit einem klaren Schwerpunkt auf der Region Berlin-Brandenburg. Diese werden ergänzt durch eine umfangreiche internationale Materialsammlung zu antifaschistischen Gruppen aus dem Ausland. Immer wieder werden beide Arbeitsbereiche durch persönliche Nachlässe und Schenkungen ergänzt. In seiner Gesamtheit ist diese Sammlung nicht nur ein wichtiger Recherchеansatz für die Arbeit des Archivs und deren Nutzer, sondern es vermittelt auch ein Bild der antifaschistischen Bewegung und ihrer Geschichte. ◂





Bei rechten Aufmärschen immer öfter zu sehen: Völkische Parolen und Inhalte dienen nicht nur der Propaganda nach außen, sondern schweißen auch nach innen zusammen. Nicht nur bei der NPD.



völkischen Antisemitismus – im Parteiprogramm der NSDAP. Das Judentum, erklärten die Nazis, sei vielmehr ein eigenes »Volk«, das eng mit dem Finanzkapital verbunden sei. Es beute die »schaffende Arbeit« des »deutschen Volkes« aus, sei damit verantwortlich für soziale Missstände und Ungerechtigkeiten. Das »jüdische Finanzkapital« müsse also bekämpft werden, erklärten die völkischen »Antikapitalisten«, die »National-Sozialisten«. Damit brachen Sie dem Vernichtungs-Antisemitismus Bahn.

Gemeinsamer Nenner der deutschen Rechten

Nach wie vor ist ein völkisches Verständnis der gemeinsame Nenner der deutschen Rechten – in unterschiedlichen Radikalisierungsgraden. Äußerst radikal vertritt es derzeit die NPD: »Volkstum und Kultur sind die Grundlagen für die Würde des Menschen«, lautet der erste Satz ihres Parteiprogramms. »Sozialpolitik bedeutet die Solidarität des Volkes mit seinen Angehörigen«, findet sich unter Punkt sieben.

Die völkische »Solidarität« der »Volksgenossen« untereinander bildet derzeit das zentrale Agitationsfeld der Partei: »Ab dem 1. Januar 2005 findet der größte soziale Raubbau in der deutschen Nachkriegsgeschichte statt«, schrieb der jetzige sächsische NPD-Landtagsabgeordnete Jürgen W. Gansel in der September-Ausgabe der NPD-Parteizeitung Deutsche Stimme. »Trotz aller Sparzwänge«, beschwerte er sich, würden angeblich »Ausländer und das Ausland weiterhin großzügig finanziert«. Deutsche Stimme-Redakteur Gansel fordert dagegen: »Deutsches Geld für deutsche Menschen«. Nur so könne das »Volk« seinen Wohlstand erhalten: »In der Globalisierungsära, in der es für das Volk immer weniger zu verteilen gibt, muß ein jeder Inländer mit gesundem Selbsterhaltungsinstinkt ein sogenannter 'Ausländerfeind' sein.« »Die soziale Kahlschlagpolitik der Kartellparteien« hingegen, so Gansel, »könnte einmal als Anfang vom Ende des volksverachtenden BRD-Systems in die Geschichtsbücher eingehen.«

Doch damit nicht genug. Das radikale völkische Denken der NPD bringt auch »Volksgemeinschafts«-Propaganda und völkisch-«antikapitalistischen« Antisemitismus hervor. Gansel etwa schimpfte in der Deutschen Stimme auf die »US-Außenpolitiker und ihre oftmals jüdischen Stichwortgeber«, nannte die »Dialektik der Aufklärung« von Max Horkheimer und Theodor W. Adorno »ein unappetittlich jüdisches Buch«. Dem »Gemeinschaftshaß des entwurzelten jüdischen Intellektuellen« setzte er die »sozial gerechte Volksgemeinschaft« entgegen, beschwor unverhohlen den Umsturz herauf. »Die historische Aufgabe der nationalen Opposition«, so Gansel in der September-Ausgabe der Deutschen Stimme, »besteht heute darin, die sich formierende Volksbewegung (gegen Hartz IV) mit allen Kräften zu unterstützen und diese in nationalistische Gesinnungsbahnen zu lenken. Dann stürzt nicht nur die SPD-Regierung, sondern die ganze BRD.«

Fazit

»Volk«, »Volksgemeinschaft«, »Volksbewegung«: Die NPD-Phrasen quellen über von völkischer Terminologie. Sie stehen ganz in der Tradition völkischen Denkens, das zu Beginn des 19. Jahrhunderts in den später zum Deutschen Reich gehörenden Staaten seinen Durchbruch erlebte und im Nationalsozialismus seine schlimmste Radikalisierung fand. Die ideologischen Grundlagen freilich sind bis heute nicht verschwunden: Völkisches Denken ist in Deutschland nach wie vor weit verbreitet. Die NPD knüpft unmittelbar daran an.

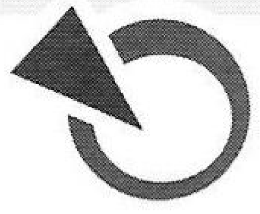
Jörg Kronauer

wegen Bildung und Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung vom Dezember 2003 weiterhin in der neonazistischen Szene aktiv. Jüngst erschien bei V7-Records die Kraftschlag-CD »Götter des Krieges«, auf deren Rückseite Regener u.a. zusammen mit Kraftschlag-Sänger Jens Arpe posiert. Letzterer trägt ein T-Shirt der neonazistischen Terror-Gruppe Combat 18.
Anfang Oktober berichtete Spiegel TV von einem Mitgliedsantrag Regeners für die NPD. Damit dürfte es der Partei gelungen sein, den bekanntesten Sänger der neonazistischen Szene offiziell an sich zu binden. Seine Sympathie für die NPD hatte Regener bereits Ende der 90er Jahre unter Beweis gestellt, als er in einem Interview im deutschen Blood & Honour-Magazin die NPD als »einzig überhaupt wählbare Partei« bezeichnete. Im diesjährigen Landtagswahlkampf in Sachsen steuerte der Sänger ein Lied für eine Musik-CD bei, die die NPD kostenlos an Jugendliche verteilte. ◂


Mitglieder der "braunen Musikfraktion" besprechen in einem geheimen Kellergewölbe der Wewelsburg, die "Für und Widers" der Weltherrschaft.

AntifaschistInnen stoppen Worch in Potsdam

Potsdam • Am 30. Oktober haben fast 4.000 Menschen gegen einen von Christian Worch angemeldeten Naziaufmarsch protestiert und verhindert, dass die Nazis durch die Innenstadt ziehen konnten. An der von Worch und dem Märkischen Heimatschutz (MHS) organisierten Veranstaltung nahmen etwa 300 Nazis teil. Als etwa 1.000 AntifaschistInnen mit zum Teil brennenden Barrikaden die Route der Faschisten blockierten, gaben diese schließlich nach langem Warten klein bei und ▸



entschieden sich für einen wenig attraktiven Marsch durch die Potsdamer Vorstadt. Währenddessen protestierten weitere 3.000 DemonstratInnen in der Potsdamer Innenstadt gegen den Aufzug. Aufgerufen zu diesen Protesten hatte ein breites Bündnis aus Politik und Gesellschaft. ◂

300 Euro für Thor-Steinar-Pulli

Neuruppin • Wegen des »Verwendens von Kennzeichen einer verfassungswidrigen Organisation« ist im Oktober eine 23jährige aus Prenzlau vom Amtsgericht Neuruppin zu einer Geldstrafe von 30 Tagessätzen á zehn Euro verurteilt worden. Der Strafbefehl ist inzwischen rechtskräftig. Die Richter argumentierten, dass es sich bei dem Logo der Bekleidungsfirma um eine Kombination mehrerer verbotener Symbole handele. So bestünde das Logo aus Teilen einer Wolfsangel und einer Sig-Rune und sehe somit den Zeichen nationalsozialistischer Organisationen zum Verwechseln ähnlich. Die Staatsanwaltschaft ist zuversichtlich, dieses Jahr noch weitere Verfahren wegen des gleichen Sachverhaltes abschließen zu können. Auch in Potsdam ging die Staatsanwaltschaft gegen Thor Steinar vor und beschlagnahmte im Naziladen On the Streets von Spreegeschwader-Mitglied Alexander Gast zwischenzeitlich das komplette Sortiment dieser Marke. Bislang zogen sich die Geschäftsführer der im brandenburgischen Zeesen ansässigen Firma immer auf die »nordische Mythologie« als Vorbild für ihre Kollektion zurück. ◂

Theodor Kotzenbauer gestorben

Scheinfeld • Am 14. Oktober ist der langjährige Nazi-Aktivist Theodor Kotzenbauer aus Scheinfeld nahe Nürnberg gestorben. Kotzenbauer war über Jahre hinweg u.a. für die FAP, die Wiking Jugend, die HNG und für die NPD aktiv. Dabei spielte er vor allem zu GdNF-Zeiten nicht nur für die Szene im Raum Franken eine wichtige Rolle im internationalen Nazi-Netzwerk. Für die NPD dokumentierte er deren Veranstaltungen auf Video und fungierte bis zu seinem Tod als Anmelder der Homepage der Nürnberger NPD-Zeitung Frankenspiegel. Zuletzt wirkte er im Jahr 2003 an ▸

Kampagne gegen Naziläden

Bericht ➲ Infrastruktur für rechte Jugendkulturen im Visier

Seit etwa drei Monaten läuft in Sachsen die *Kampagne »Schöner Leben ohne Naziläden«*, die sich gegen rechten Lifestyle und rechte Vertriebsstrukturen richtet. Ziel ist die Schließung von Naziläden sowie die Thematisierung von rechten Einflüssen in Jugendkulturen.

Wie viele Jugendliche in Sachsen eine extrem rechte Weltanschauung haben, zeigte sich zuletzt bei der Landtagswahl im Herbst: 21 Prozent der 18- bis 24jährigen WählerInnen machten ihr Kreuz bei der NPD. Ein wesentlicher Faktor für den Ausbau extrem rechter Einflüsse bei den Jugendlichen und in deren Kulturen sind wirtschaftliche Strukturen der extremen Rechten wie Versände, Labels und Läden. Sachsen verfügt schon seit langem über eine Vielzahl solcher Institutionen. Dieser neonazistischen Infrastruktur hat die *Kampagne »Schöner leben ohne Naziläden«*, die von sächsischen Antifagruppen initiiert wurde, den Kampf angesagt.

Angriff und erster Erfolg in Chemnitz

Die erste Demonstration im Rahmen der Kampagne fand am 25. September mit etwa 400 Personen in Chemnitz statt. Sie richtete sich gegen den Naziladen Backstreetnoise und das dazugehörige Plattenlabel PC-Records. Etwa 200 Nazis griffen die Demo an, was auch die sichtlich überforderte sächsische Polizei nicht verhindern konnte. Einen ersten Erfolg konnten die InitiatorInnen der Kampagne trotzdem für sich verbuchen: Das Bundesvermögensamt hat die Mietverträge der zwei Naziläden, gegen die sich die Demo in Chemnitz richtete, inzwischen gekündigt.

Weiteres Ziel der Kampagne ist Pirna, wo sowohl die NPD als auch die Kameradschaften fest im gesellschaftlichen und kommunalpolitischen Alltag verankert sind. Neben dem Armyshop Eagle existieren hier zwei Versände für die lokale Naziszene: der Berkana-Versand des NPD-Mitglieds Robert Wilkens und der Hugin-Versand. Auch die Fanzines Rufe ins Reich und Stahlhelm werden in Pirna herausgegeben.

Ausblick

Dass der neonazistische Infrastruktur in Sachsen nicht nur mit Demonstrationen begegnet werden kann, wissen auch die InitiatorInnen der Kampagne. Sie hoffen mit ihrer Aufklärung über die Problematik einer rechts dominierten Jugendkultur dazu beizutragen, dass sich das gesellschaftliche Klima in Sachsen dauerhaft ändert. Ein notwendiger erster Schritt hierfür ist es, Jugendlichen zu unterstützen, die sich dem rechten Mainstream widersetzen. Aktuelle Informationen zu der Kampagne findet ihr im Internet unter http://www.stoppnazilaeden.de.

Kathrin Klever

In dieser Rubrik stellen wir jeweils einen Vortrag, Workshop oder ein Seminar aus unserem Bildunsprogramm vor. Den kompletten ReferentInnen-Katalog gibt es unter www.apabiz.de.

bildung en detail Burschenschaften und Studentenverbindungen

Neue Handreichung erschienen

Neben Neonazis und militanten Rechtsextremisten beschäftigt sich das *apabiz* mit der Braunzone und anderen Rechten, wie bspw. auch Burschenschaften und Studentenverbindungen. Zu diesem Thema bieten wir einerseits unsere Veranstaltungen »Burschenschaften – ein Hort des autoritären Charakters« an, die sich in unserem ReferentInnenkatalog findet (www.apabiz.de) und als Abendveranstaltung oder Kurzseminar abgehalten werden kann.

Zum anderen haben wir nun auch eine Handreichung zum Thema veröffentlicht, die auf sechs Seiten über das Thema informiert. In kompakter Form werden Formen rechter studentischer Organisierung beschrieben und deren ideologische Hintergründe sowie historische Bezüge näher beleuchtet. Ein Glossar und eine kommentierte Literaturliste runden die Publikation ab. Gerade für Neueinsteiger bietet die Handreichung damit einen gute Einstieg und vermittelt durch die zahlreichen Fotos ein plastisches Bild vom Thema.

Die Handreichung kann bei uns bestellt oder abgeholt oder von unserer Web-Seite im pdf-Format heruntergeladen werden. Weitere Handreichungen sind u.a. zu den Themen Schreiben, Recherche und Finanzen erschienen. ◂



Forum für Musik und gegen Rechtsrock findet breite Resonanz

Vorstellung ➲ Der erste Sampler von *Turn it down!* ist erschienen

Nach knapp einjährigem Bestehen des Projekts *Turn it down!* (s. *monitor* Nr. 11, S. 1 f.; Nr. 14, S. 5) ist nun Ende November der erste Sampler des Forums für Musik und gegen Rechtsrock auf Vinyl erschienen. Die Compilation mit teilweise unveröffentlichten Songs richtet sich wie das gesamte Projekt explizit gegen rechte Tendenzen in der Musikszene und will im Gegenzug eine linke Jugendkultur stärken.

Insgesamt konnten 17 deutsche Punk- und HC-Bands für das Projekt gewonnen werden. Die meisten der Gruppen haben im Laufe dieses Jahres bereits unter dem Logo *Turn it down!* Konzerte in Berlin, Frankfurt am Main und Gießen gegeben, mit anderen werden im nächstes Jahr Konzerte veranstaltet werden. Vertreten sind u.a. Chispas, Daddy Longleg, Düsenjäger, El Mariachi, Escapado, Grabowski, Highscore, Jet Black, Kassiopeia, Katzenstreik, Kobayashi, Koyaanisqatsi, Lattekohlertor, Mad Minority, Mallory`s last dance, Paranoia Keeps Crawling und The Now Denial.

Zusammenarbeit wächst

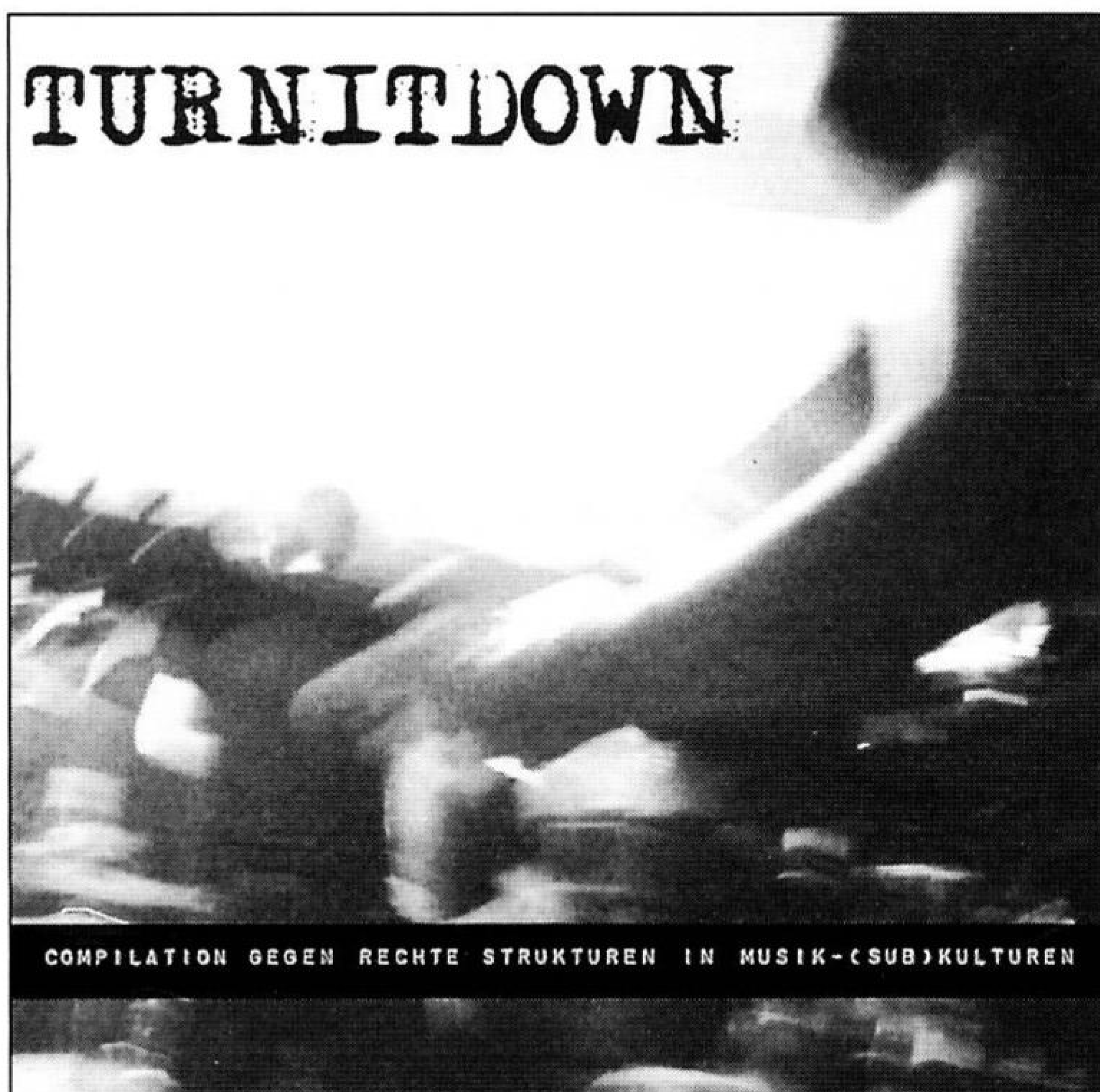
Veröffentlicht wird der Sampler von 13 Labels, darunter Alerta Antifascista, Behind the Scenes, End of Silence, Falling Down, Faul Collective, Freecore, Real Deal Records, Sabotage und Small but Angry. Diese haben es sich ebenso wie die genannten Bands und *Turn it down!* zur Aufgabe gemacht, einen aktiven Gegenpol zur rechten Alltagskultur zu bilden und machen klar, dass »gegen rechts« für sie mehr ist als eine Imagefrage.

Eine solche Zusammenarbeit der diversen Labels, Bands, Plattenläden und Versände ist fundamental, um ein aktives Netzwerk gegen Rechtsrock und rechte Subkultur zu schaffen, wie es das Ziel von *Turn it down!* ist. Unsere Erfahrungen haben gezeigt, dass zwar ein gemeinsames Interesse an einer solchen Arbeit besteht, die Leute letztendlich jedoch zu selten zusammenfinden, um daran zu arbeiten. Daher ist es umso wichtiger, eine Vernetzung zwischen den jeweiligen Gruppen zu stärken, um in Zukunft eine noch wirksamere Zusammenarbeit gegen rechts zu ermöglichen.

Homepage findet reges Interesse

Neben den Konzerten und Samplern ist die umfassende und aufwendig gestaltete Homepage das zentrale Projekt von *Turn it down!* (http://www.turnitdown.de). Die Seite soll die Idee des Forums, Musik und antifaschistische Politik zu verbinden und dabei ein Netzwerk zu bilden, nicht nur publizieren, sondern auch aktiv vorantreiben. Zu diesem Zweck werden hier ständig aktuelle Informationen und Berichte rund um den gesamten Themenbereich veröffentlicht – und erfreuen sich großer Beliebtheit: Seit Mai diesen Jahres konnte die Homepage insgesamt mehr als 300.000 Zugriffe verzeichnen.

Lia Lauer



Record Release

Das Erscheinen des Samplers wird selbstredend auch gebührend gefeiert: Am 10. und 11. Dezember finden in der SfE im Mehringhof in Berlin-Kreuzberg Veranstaltungen und Konzerte statt.

Freitag, 10 Dezember

- Ab 20.30 Uhr Veranstaltung mit Ingo Taler vom *Antirassistischen Bildungsforum Rheinland* zum Thema »Hate-Core im Wandel – Rechte Einflüsse und Tendenzen im Hardcore«. Außerdem werden Vertreterinnen der sächsischen Kampagne »Schöner leben ohne Naziläden« ihre Arbeit vorstellen, an die auch die Einnahmen des Abends gehen.
- Ab 23 Uhr Konzert mit Kassiopeia, Mallory's last dance, Kobayashi und Chaoze One

Samstag, 11. Dezember

- Ab 20 Uhr Veranstaltung der *Initiative gegen das Chipkartensystem*
- Ab 23 Uhr Konzert mit El Mariachi, Mad Minority, Peace of mind, The Now Denial und Doomtown.

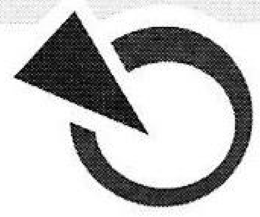
der Mobilisierung zum »Hess-Gedenkmarsch« in Wunsiedel mit. In der Neonazi-Szene war Kotzenbauer nicht unumstritten. Bei Jungnazis aus dem Umfeld der mittlerweile verbotenen Fränkischen Aktionsfront (FAF) galt er als »komischer Kauz«. ◂

Alte Führung mit Neuzugang

Leinefelde • Am 30. und 31. Oktober fand in der thüringischen Kleinstadt der Bundesparteitag der NPD statt. Vor etwa 180 Delegierten und 300 Gästen wurde der bisherige Vorsitzende Udo Voigt mit 158 von 180 Stimmen erwartungsgemäß in seinem Amt bestätigt. Zu seinen Stellvertretern wurden der Fraktionsvorsitzende der NPD im sächsischen Landtag, Holger Apfel, sowie Peter Marx und Ulrich Eigenfeld gewählt. Einer der insgesamt 15 Beisitzer im Bundesvorstand ist nunmehr das neue NPD-Mitglied Thorsten Heise, der als Vertreter der Kameradschaften gilt. Die weiteren Besitzer sind Klaus Beier, Manfred Börm, Jürgen Gansel, Jörg Hähnel, Erwin Kemna, Stefan Köster, Frank Rohleder, Sascha Roßmüller, Thomas Salomon, Jürgen Schön, Frank Schwerdt, Jens Pühse sowie Doris Zutt und Stefan Haase.
Darüber hinaus wurde bei dem Parteitag eine Zusammenarbeit mit der DVU ins Auge gefasst. Deren Vorsitzender Gerhard Frey traf sich nicht nur mit NPD-Chef Voigt, um über die weitere Zusammenarbeit und Absprachen beider Parteien bezüglich der Bundestagswahl 2006 zu verhandeln, sondern durfte auch vor den Delegierten reden. Geplant ist nun vorerst eine gemeinsame Unterschriftensammlung gegen den EU-Beitritt der Türkei. ◂

Bürgerbündnis in Berlin-Treptow klärt auf

Berlin • In einer neu erschienenen Broschüre klärt das *Bürgerbündnis Aktiv gegen Rechtsradikalismus Treptow-Köpenick* über die neonazistischen Aktivitäten in ihrem Bezirk auf. Im Berliner Südosten ist seit Herbst 2003 die Berliner Alternative Süd-Ost (BA-SO) aktiv, die sich für ein »nationales Jugendzentrum« stark macht. Anfang Dezember soll dazu wie schon im Vorjahr ein rechtsextremer Aufmarsch im Bezirk stattfinden. Die Broschüre zeigt die Strukturen der BA-SO sowie ihre ▸



Aktionen im Bezirk auf. Bestellungen an suedostbote@web.de.

B&H-Sampler erschienen

Bundesweit • Das internationale Nazi-Skinhead-Netzwerk Blood & Honour vertreibt nunmehr seinen Sampler »Blood & Honour Vol. 5«, auf dem deutsche Bands mit insgesamt vier Liedern herausragend vertreten sind. Neubeginn fordert »Auf zum Kampf« und spielt »Schlag ins Gesicht«, Rassenhass »Volk steh auf« und Race War bringt mit »Hail Blood and Honour« eine Hymne auf die in der BRD verbotene Organisation dar. Neben weiteren bekannten Bands wie Razors Edge (GB), Kolovrat (GUS) oder Block 11 (I) finden sich auffallend viele südamerikanischer Bands auf der Platte, darunter Brigada NS (Brasilien), Nuremberg (Argentinien) und Odal Sieg (Chile).

Hammerskins legen nach

Bundesweit • Die Hammerskin Nation, der Dachverband der Hammerskins, hat bei der Ludwigshafener Gjallarhorn Klangschmiede einen internationalen Sampler veröffentlicht, auf dem die deutschen Bands United Blood und Jungsturm mit je einem Lied vertreten sind. Alle weiteren Songs kommen von us-amerikanischen sowie von einer italienischen Band. Bereit Ende 2003 erschien bei PC-Records (Chemnitz) ein »Pro-Hammerskin«-Sampler, der einen Überblick über deutsche Bands gab, die sich zu der Gruppe bekennen.

Anschlag in Wurzen

Wurzen • In der Nacht zum 7. November wurde auf die Büros des *Netzwerkes für Demokratische Kultur e.V.* (NDK), der Opferberatung AMAL und des *Mobilen Beratungsteams* in Wurzen ein Sprengstoffanschlag verübt. Zwei Rohrbomben, die an den Fensterscheiben und der Eingangstür der Räume befestigt worden waren, zerstörten die Scheiben. Die Sonderkommission Rechtsextremismus des LKA und die Polizeidirektion Grimma haben die Ermittlungen aufgenommen.

1300 Nazis in Halbe

Halbe • Am 13. November sind 1300 Neonazis in dem brandenburgischen Dorf unter dem Motto »Ruhm und Ehre dem deutschen Frontsoldaten« aufmarschiert, darunter Vertreter der Kameradschaften aus dem gesamten

Bewährung für Überfall auf Punks

Bericht ➲ Großer Prozess wegen Raststätten-Überfall beendet

Eine Gruppe Berliner und Brandenburger Neonazis um die Kader aus dem Kameradschaftsspektrum Lutz Giesen und Hartmut Spengler ist im Oktober vom Amtsgericht Parchim zu Bewährungsstrafen zwischen neun und zwölf Monaten verurteilt worden. Sie gehörten zu einer Gruppe, die mehr als fünf Jahre zuvor an einem Aufmarsch gegen die Wehrmachsausstellung in Hamburg teilgenommen hatte und dann, unter fürsorglicher Observation der Polizeieinheit MEGA, eine Gruppe polnischer Punks auf der Autobahnraststätte Stolpe überfiel.

Eigentlich ein klarer Fall, so könnte man denken. Zeugen des Überfalls im Juli 1999 waren reichlich vorhanden, die Täter sozusagen auf frischer Tat festgenommen. Indes unterließ es die Polizei, die anwesenden polnischen Zeugen an Ort und Stelle zu vernehmen, so dass dies Jahre später aufwändig per Rechtshilfeersuchen an die polnischen Behörden nachgeholt werden musste. Die festgenommenen Nazis wurden am nächsten Tag entlassen. Kaum freigelassen, beschädigten sie eines ihrer eigenen Fahrzeuge und erstatteten in Berlin ihrerseits Strafanzeige wegen Sachbeschädigung gegen die Punks.

Als nächstes wurde das Verfahren gegen die heranwachsenden Täter abgetrennt und an die jeweils für diese zuständigen Staatsanwaltschaften abgegeben. Im Ergebnis schoben sich anschließend vier Staatsanwaltschaften die Akten hin und her. In den Jahren 2001 und 2002 folgten Verhandlungen in Luckenwalde, Berlin und Potsdam, bei denen die Täter zu Geldbußen, Arbeitsstunden und Freiheitsstrafen – in einem Fall auch ohne Bewährung – verurteilt wurden.



Aufmarsch gegen die Wehrmachtsausstellung in Hamburg im Juli 1999. V.l.n.r.: Michael Gehler, Hartmut Spengler, Dennis Casper, Lutz Giesen, Alexej Schwabauer, David Spindler, Marco Oemus. Auf der Rückfahrt überfielen sie Punks auf einer Raststätte.

Märchen in Parchim

Zum Prozessauftakt in dem Parchimer Verfahren versuchten die Angeklagten nun, dem Gericht das Märchen aufzutischen, sie selbst seien die Angegriffenen gewesen und hätten sich nur verteidigt. Insbesondere die Angeklagten Lutz Giesen und Hartmut Spengler waren hier die Wortführer. Die weiteren Angeklagten wollten entweder nichts von einem Überfall gemerkt haben oder schwiegen zu den Vorwürfen.

Dann präsentierte die Staatsanwaltschaft die Mitschrift eines abgehörten Telefongespräches, das der Angeklagte Spengler wenige Tage nach der Tat mit dem niederländischen Neonazi-Aktivisten Eite Homann geführt hatte. Hierin prahlte Spengler, man habe es auf der Rückfahrt aus Hamburg »dem bolschewistischen Feind mal so richtig gegeben«. Die Verteidigungsstrategie war damit zusammengebrochen. Was folgte war ein Winden der Angeklagten, denen für den Fall eines – wenn auch späten – Geständnisses Bewährungsstrafen in Aussicht gestellt worden waren. Nach dreistündiger Diskussion nahmen die Angeklagten das Angebot an.

Fazit

In allen Verfahren fiel auf, dass Staatsanwaltschaften und Gerichte wenig bis keine Informationen über die Aktivitäten und den politischen Hintergrund der Angeklagten besaßen. Es war den Nebenklägern vorbehalten, hier für Aufklärung zu sorgen. Das abgehörte Telefongespräch schmorte fünf Jahre in den Akten der Staatsanwaltschaft, ohne dass es zu einem früheren Zeitpunkt vorlegt worden wäre.

Einige der Angeklagten hoben sich wesentlich von den übrigen ab. So fehlte der Angeklagte Giesen bei kaum einem Naziaufmarsch der letzten Jahre; häufig trat er hierbei als Redner auf. Zur Zeit ist Giesen als Führungskader in Greifswald und Umgebung aktiv. Vergleichbares gilt für den Angeklagten Spengler. Der Skandinavistik-Student unterhielt Kontakte zu schwedischen Neonazis und war früher in dem Neonazi-Netzwerk Blood & Honour aktiv. Abgerundet wird das Bild vom Angeklagten Alexander Bahls, der seit Jahren als Mitglied der Band Spreegeschwader rechte Musik produziert. Alle Angeklagten versuchten, sich in Outfit und Benehmen vor Gericht als nette Jungs von nebenan zu präsentieren. Erfolgreich war dies allerdings nicht. Alexander Bahls hielt es ohnehin nur bis kurz nach der Urteilsverkündung aus. Rauchend vor dem Gerichtsgebäude ließ er demonstrativ ein Schlüsselband aus der Tasche baumeln: »Ariogermanische Kampfgemeinschaft« stand da drauf.

Kurt Reinertz

Im vergangenen Jahr lud der Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen (VS NRW) zu einer Fachtagung zum Thema Neue Rechte. Das Amt legt seit Mitte der 90er Jahre des vergangenen Jahrhunderts einen Schwerpunkt seiner Arbeit auf das, was man dort für zu dieser Strömung zugehörig hält. Ein Sammelband dokumentiert nun die Beiträge der Tagung, bietet dabei jedoch wenig neues. Vielmehr werden vor allem alte Positionen wiederholt und festgeklopft.

Nichts neues zur Neuen Rechten

Rezension ➲ Gessenharter, Wolfgang / Pfeiffer, Thomas: »Die Neue Rechte – eine Gefahr für die Demokratie?«. Verlag für Sozialwissenschaften, Opladen 2004. 251 Seiten.

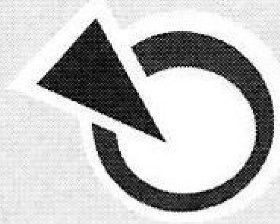
Die neurechte Wochenzeitung Junge Freiheit (JF) spie Gift und Galle, als der VS NRW eine Fachtagung zum Thema Neue Rechte durchführte. Sehen sich die Macher doch zu Unrecht im jährlichen VS-Bericht erwähnt und klagten dagegen – bisher erfolglos. In der Einleitung des Bandes zeichnen Gessenharter und Pfeiffer nun noch einmal den öffentlichen Diskurs um die Erwähnung der JF im VS-Bericht NRW unter der Rubrik Neue Rechte nach. Schon hier werden die Unterschiede in der Bewertung dieser politischen Strömung durch beide Autoren deutlich. Während Pfeiffer die Sicht des VS NRW referiert, wonach die Neue Rechte ausschließlich als Teil des bundesdeutschen Rechtsextremismus zu werten sei, wiederholt Gessenharter seine These von der Scharnierfunktion der Neuen Rechten zwischen Rechtsextremismus und Konservatismus. Diese verschiedene Einordnung der Neuen Rechten in der Sozialwissenschaft einerseits und der amtlichen Sicht andererseits sind die inhaltlichen Fixpunkte des Bandes.

Im Kapitel »Erscheinungsformen« referiert Kurt Sontheimer noch einmal exemplarisch anhand der »Konservative Revolution« die geistigen Quellen der Neuen Rechten. Doch leider geht sein Beitrag nicht über bekannte Fakten hinaus und lässt die differenzierte Rezeptionsgeschichte der »Konservativen Revolution« durch rechte Intellektuelle weitgehend unberücksichtigt. Die Frage nach der Tauglichkeit des Begriffs »Konservative Revolution« wird weder bei Sontheimer, noch in den anderen Beiträgen problematisiert. Im nachfolgenden Kapitel »Vertiefungen« zeichnet Pfahl-Traughber noch einmal die intellektuelle Geschichte der Neuen Rechten in Deutschland rund um den Begriff der »Kulturrevolution« nach. Wie bereits in seinem Buch über die Neue Rechte steht dabei die neurechte Lesart des italienischen Marxisten Gramsci durch die französische Nouvelle Droite und ihren Vordenker De Benoist im Vordergrund. Soweit, so bekannt.

Interessant wird der Band, wo es um die gesellschaftlichen Einflussbereiche der Neuen Rechten geht. Hier ist die Klarheit des Beitrages von Dietrich Heither über die Deutsche Burschenschaft (DB) zu loben, der die Affinitäten dieses Milieus zur Ideologie der NR herausarbeitet. Im Gegensatz dazu betont Hans-Jürgen Lüngen, dass der VS nur Teile der DB als rechtsextrem einstuft. Neue Einsichten bietet der Beitrag von Weber über Alain de Benoist und die Nouvelle Droite, die ausführlich den ideologischen Zugriff der französischen Rechten auf Themen wie Globalisierung beschreibt. Der Band wird durch exemplarische Porträts der Publizistik der Neuen Rechten abgerundet. Hieran schließt sich die Dokumentation eines Teils der auf der Tagung stattgefundenen Debatte an, die vor allem wegen der Statements von Backes und Jesse zur Begriffsdefinition Neue Rechte lesenswert ist. Erwartungsgemäß plädieren beide für eine Engführung des Begriffs, der die Schnittstelle zum Konservatismus ausblendet.

Insgesamt ist der Band, der bei der Landeszentrale für politische Bildung NRW bezogen werden kann, als Einführung in das Thema gut lesbar, bietet jedoch inhaltlich wenig neues. Auch werden brisante Themen, wie etwa Geschichtspolitik der Neuen Rechten, ausgespart und nicht behandelt.

Christian Grünert



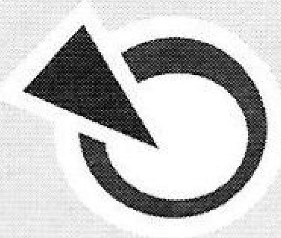
Stieg Larsson ist tot

Stockholm • Am 9. November ist, für alle unerwartet und schockierend, unser schwedischer Freund und Kollege Stieg Larsson im Alter von nur 50 Jahren gestorben. Der langjährige Chefredakteur unserer Schwesterpublikation *Expo* war ein Begleiter und Freund unseres Projektes seit dessen Anfängen in den späten 80er Jahren. Manche von uns hatten das Privileg, Stieg



und *Expo* in Schweden besuchen zu dürfen, die meisten kannten ihn von seinen Reisen nach Deutschland.
Stieg war für uns und andere in vielen Situationen ein lebendiges Beispiel dafür, was internationale Solidarität bedeutet; seine Analysen, sein enzyklopädisches Wissen und auch seine Geschichten waren unschätzbare Beiträge für unsere Arbeit. In guter Erinnerung geblieben ist uns beispielsweise sein Besuch in Berlin zu unserer internationalen Konferenz im April 2000: Stieg verstand es, durch seine Vorträge und bei Pressegesprächen eindringlich zu vermitteln, welche Gefahren von militanten neonazistischen Organisationen ausgehen. In Diskussionen konnte er in seiner ruhigen und einzigartigen Art für die Auseinandersetzung einen ganz typischen, oft überraschenden und wichtigen Blickwinkel eröffnen.
Sein Tod bedeutet einen unersetzbaren Verlust für seine schwedischen Freunde und für die internationale antifaschistische Bewegung. ◂

Bundesgebiet sowie Abgesandte der DVU, Republikaner und Burschenschaftler. Als Redner traten u.a. Ralph Tegethoff sowie Torsten Heise auf, führender Vertreter der Kameradschaften und NPD-Bundesvorstandsmitglied. Einige hundert AntifaschistInnen demonstrierten gegen die Veranstaltung. Vorbereitet wurde die von Lars Jacobs angemeldete Demo, die sich zunehmend als eine der größten Nazi-Veranstaltungen etabliert, vom Freundeskreis Halbe. ◂



Abonnieren...

...kann man den monitor nicht. Aber wer Fördermitglied des apabiz e.v. wird, der bekommt ihn kostenlos zugeschickt! Spenden und vor allem ein fester Kreis von Fördermitgliedern sind für unsere Arbeit unersetzbar. Sie sichern den Erhalt unseres Projektes unabhängig von öffentlichen Geldern und damit unabhängig von gesellschaftlichen Stimmungen. Die Spenden sind steuerlich absetzbar.

▸ Fördermitglied werden

Ihr spendet uns einen festen monatlichen Betrag, den wir von Eurem Konto abbuchen. Alternativ ist auch die Einrichtung eines Dauerauftrages möglich. Dafür erhaltet Ihr diesen Rundbrief mit unserer internen Beilage, werdet mit Informationen versorgt und bekommt einen Kaffee, wenn Ihr vorbeikommt.

▸ Spenden

Ihr überweist einfach einmalig oder per Dauerauftrag auf unser Konto (s. S. 1). Für die Ausstellung einer Spendenbescheinigung müsst Ihr uns allerdings noch Eure Daten zukommen lassen. Auch Sachspenden sind willkommen.

▸ Fördermitgliedschaft

Hiermit erteile ich dem *apabiz e.V.* eine Einzugsermächtigung über monatlich _________Euro (mind. 5 Euro).

▸ Dauerauftrag/Einmalige Spende

Ich habe zur Unterstützung Eurer Arbeit

○ einen Dauerauftrag eingerichtet.

○ einmalig ______Euro überwiesen.

Kontonummer: ____________________

Bank und BLZ: ____________________

____

Name/Organisation: ____________________

____

Adresse: ____________________

____

e-mail: ____________________

Unterschrift: ____________________

○ Spendenbescheinigung erwünscht (Fördermitglieder und Dauerspender erhalten diese einmal jährlich)

Neu im Archiv

In dieser Rubrik wollen wir Euch einen kurzen Überblick über Bücher, Broschüren und andere Medien geben, die im Archiv neu eingegangen und ab sofort verfügbar sind. Darüber hinaus werden wir auf bestimmte Sachgebiete hinweisen, zu denen Ihr Sammlungen bei uns finden könnt. Danke an die Verlage.

• *Ueberall, Jörg: »Swing Kids«. Verlag Archiv der Jugendkulturen, Berlin 2004.*

Eine der wichtigsten oppositionellen Jugendszenen im Nationalsozialismus waren die »Swing Kids«, die sich für den Swing begeisterten und durch ihr Äußeres abgrenzten, indem sie nach englischem Vorbild Anzug und Schirm trugen. Sie wurden vom NS-Staat bekämpft, weil sie das Grundmuster der NS-Pädagogik durchbrachen und eine unkontrollierbare Jugendkultur bildeten. Der Autor zeichnet Biographien von Jugendlichen nach.

• *Dachauer Hefte Nr. 20: »Das Ende der Konzentrationslager«. Verlag Dachauer Hefte, Dachau 2003.*

Eine neue Ausgabe der Reihe, die wissenschaftliche Aufarbeitung mit der Erinnerung an die Überlebenden verbindet. Das Ende der Konzentrationslager bestand nicht immer in der Befreiung durch die alliierten Truppen, wie in Buchenwald, Dachau, Bergen-Belsen. Viele der Häftlinge wurden auf sinnlose Todesmärsche geschickt oder fielen Massakern zum Opfer. Es gibt aber auch Berichte über jüdischem Widerstand bei der Auflösung der KZs.

• *Jochims-Bozic, Sigrun: »'Lübeck ist nur eine kurze Station auf dem jüdischen Wanderweg'. Jüdisches Leben in Schleswig-Holstein 1945-1950«. Metropol Verlag, Berlin 2004.*

Auf umfangreicher Quellenbasis dokumentiert die Studie das Leben von Juden, die Konzentrationslager und Todesmärsche überlebt hatten. Beschrieben wird das Beziehungsgeflecht zwischen Juden, britischer Besatzungsmacht, Deutschen und nicht-jüdischen Displaced Persons.

• *Koenig, Ernest: »Im Vorhof der Vernichtung. Als Zwangsarbeiter in den Außenlagern von Auschwitz«. Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt a.M. 2000.*

Mit seiner Autobiografie will Ernest König auf die Gefahren mangelnder Integration von Minderheiten aufmerksam machen. Als Jude wurde er nach Auschwitz deportiert, das er überlebte, weil er zur Zwangsarbeit eingeteilt wurde. Nach dem Krieg war König amerikanischer Diplomat in Deutschland und stellte fest, dass nur wenige Menschen die Vernichtung der deutschen Juden als Verlust der eigenen Kultur empfunden haben. Zentrales Element der Wiedergutmachung ist für ihn deshalb nicht materielle Entschädigung sondern die Anerkennung deutscher jüdischer Identität.

• *Ebbinghaus, Angelika und Dörner, Klaus (Hg.): »Vernichten und Heilen. Der Nürnberger Ärzteprozeß und seine Folgen«. Aufbau-Verlag, Berlin 2001.*

Die HerausgeberInnen haben gemeinsam mit dreizehn weiteren Autoren die wesentlichen Fakten, Aspekte und Folgen des Nürnberger Ärzteprozesses zusammengetragen. Die Biographien der 23 Angeklagten werden ebenso plastisch dargestellt wie das Leiden und Sterben ihrer Opfer. Den beschuldigten Ärzten wurde vorgeworfen, während des Krieges grausame medizinische Experimente an KZ-Häftlingen durchgeführt zu haben, an deren Folgen die überlebenden Opfer ein Leben lang litten. Keiner der Angeklagten hielt sich für unschuldig oder äußerte Bedauern. Sie hatten das Lebensrecht des Individuums ignoriert, weil sie sich auf übergeordnete Ziele wie die Gesundheit des »Volkskörpers« beriefen.

• *Weiland, Daniela: »Otto Glagau und ‚Der Kulturkämpfer'. Zur Entstehung des modernen Antisemitismus im frühen Kaiserreich«. Metropol Verlag, Berlin 2004.*

Einerseits wird die Rolle Otto Glagaus, Publizist und Herausgeber der Zeitschrift »Der Kulturkämpfer« Ende des 19. Jahrhunderts, bei der Entstehung des modernen deutschen Antisemitismus untersucht. Andererseits analysiert Daniela Weiland die im »Kulturkämpfer« vorgetragenen antisemitischen Stereotype und arbeitet den weltanschaulichen Charakter des Antisemitismus anhand eines seiner frühen Ideologen heraus.

• *Schneider, Rosa B.: »'Um Scholle und Leben'. Zur Konstruktion von ‚Rasse' und Geschlecht in der deutschen kolonialen Afrikaliteratur um 1900«. Verlag Brandes & Aspel, Frankfurt a.M. 2003.*

Die Autorin schafft ein Bewusstsein für offene und versteckte Rassismen, hält uns den Spiegel unseres europäischen Selbstverständnisses vor und führt uns auf eine Entdeckungsreise in die Kolonialliteratur, deren Wirkungsgeschichte bis heute anhält. Besonders interessiert sie Romane und Autobiographien von Frauen, die um die Wende zum 20. Jahrhundert nach Afrika auswanderten und über ihr neues Leben in den Kolonien schrieben.

• *Shermer, Michael und Traynor, Lee: »Heilungsversprechen. Alternativmedizin zwischen Versuch und Irrtum«. Alibri Verlag, Aschaffenburg 2004.*

Verschiedene Autoren hinterfragen die Denkweisen der sogenannten alternativen Medizin, angefangen bei »Therapeutic Touch«, Wunder- oder Geistheilern bis hin zur anthroposophischen Medizin und Homöopathie. Die Rolle der Medien bei der Kreation von neuen Ängsten, wie vor Amalgam und Elektrosmog, wird ebenfalls geschildert.



Das sonst eher beschauliche und wohlsituierte Winterhude konterte den Neonazi-Aufmarsch mit bunten Unmutsbekundungen.

auch die maßgeblichen »Freien Kameradschaften« über ein Organisationsgeflecht verfügen. Dies zuzugeben und damit einzugestehen, dass etliche verbotene Organisationen de facto weiterbetrieben werden, kommt den Verantwortlichen nicht in den Sinn. Ein Konzert ist daher nur erfolgversprechend zu verbieten, wenn es von einer kriminellen oder verbotenen Vereinigung durchgeführt wird, oder wenn strafbare Handlungen mit hoher Wahrscheinlichkeit zu erwarten sind. Die Durchführung wird in der Regel formal von Einzelpersonen übernommen. Hier wären wie ausgeführt entsprechende Informationen notwendig, die deren organisatorische Einbindung in das kriminelle Netzwerk der Neonazis belegen. Strafbare Handlungen von erheblichem Gewicht können sich bereits aus Liedtexten der entsprechenden Band ergeben. In Hamburg hatte Worch daher mit der Ordnungsbehörde bestimmte Lieder ausgesucht, der Einsatzleiter ließ die Texte überwachen. Indes ist es nicht üblich, bei RechtsRock-Konzerten die Lied- und Ansagetexte zu dokumentieren, bereits dies könnte zu erheblicher Aufklärung führen.

Als Redner auf der von erstaunlich vielen AntifaschistInnen und empörten AnwohnerInnen begleiteten und bis zur räumlichen Trennung durch die Polizei akustisch ziemlich gestörten Demonstation fungierten neben Christian Worch der Kölner Axel Reiz vom Kampfbund Deutscher Sozialisten (KDS) sowie Alexander Hollendorf, ein junger Worchzögling aus dem Raum Hamburg-Harburg. An Neonazi-Kadern waren neben den üblichen Worchhelfern für Lautsprecherwagen und Organisation Hendrik Mahn von der Kameradschaft Elbmarsch, Michael Burghard sowie Jan Steffen Holthusen anwesend.

Deutsche Behörden empört – Deutsch-Afghanin bekommt politisches Asyl in den USA

Bergedorfer Konsequenzen

Eine 1996, nach eigenen Angaben, in die USA geflüchtete Deutsch-Afghanin aus Hamburg-Bergedorf bekommt im Oktober 2004 vor einem kalifornischen Berufungsgericht das Recht auf Asyl in den USA zugesprochen.

TELEGRAMM

Rechtsradikaler Anschlag

Lohbrügge – Offenbar Rechtsradikale haben in der Nacht einen Anschlag auf einen türkischen Gemüseladen am Binnenfeldredder (Lohbrügge) verübt: Unbekannte hatten mit einer Mülltonne die Schaufensterscheibe eingeworfen, am Tatort Zettel mit Texten wie „Stoppt den roten Terror" und „NEIN zu Überfremdung" sowie Fotos von Hitlers Stellvertreter Rudolf Hess zurückgelassen. Die Täter entkamen unerkannt.

Mopo 24.3.96

19.07.93

Wohnung gestürmt, Skins festgenommen

Bergedorf (acz). Über Funk hörten zwei Bergedorfer Zivilfahnder die Meldung: „Ruhestörung in der Korachstraße". Die Polizisten fuhren sofort zum Einsatzort nach Lohbrügge – und wurden dort von den Ruhestörern, einer Gruppe Skinheads, angegriffen.

Anwohner hatten die Polizei über 110 alarmiert, weil ihre jugendlichen Nachbarn die Rockmusik um 23.00 Uhr in der Nacht zu Sonnabend so laut hörten, daß die Anrufer nicht schlafen konnten.

Die Fahnder klingelten, hörten die rechtsradikalen Texte der Musik, die durch die Wohnungstür drang. Beide wiesen sich als Polizisten aus, wurden daraufhin von den Bewohnern beschimpft und bedroht: Die Beamten mußten das Haus verlassen, riefen über Funk Verstärkung. Als weitere Streifenwagen eintrafen, schossen die Skinheads mit Leuchtkugeln aus den Fenstern der Wohnung. Die Beamten suchten hinter ihren Autos Deckung und riefen noch einmal Verstärkung herbei. Dann stürmte die Einsatztruppe die Wohnung der Skins.

Nach kurzem Widerstand wurden die Neonazis festgenommen. Die Beamten stellten rechtsradikales Propagandamaterial und Waffen sicher.

Die lange in Hamburg-Bergedorf/Nettelnburg lebende Frau gab an, dass sie und ihre Familie von Anfang bis Mitte der 90er-Jahre in Bergedorf von Neonazis bedroht und Familienangehörige tätlich angegriffen worden seien: Ihr Mann sei als Taxifahrer zwei Mal von Neonazis überfallen worden. Einer ihrer Söhne (damals 14-jährig) sei auf dem Weg zur Schule von Skinheads verfolgt und zusammengeschlagen worden. Die Reifen ihres Autos seien zerstochen und die Wohnung bei einem Einbruch verwüstet worden. Zudem hätte es schriftliche Todesdrohungen gegeben. Vor dem kalifornischen Berufungsgericht legte die Anwältin der Klägerin, die Asyl- und Migrations- Expertin Kathrin Mautino »dem Berufungsgericht Zeitungsartikel über neonazistische Umtriebe in Deutschland vor. Das Gericht hielt fest, dass die Familie Gewaltakten mit ausländerfeindlichem und neonazistischem Hintergrund ausgesetzt gewesen sei und dass es schriftliche Todesdrohungen mit den Worten »Heil Hitler« gegeben habe.

Die Richterin sah es am Ende der Verhandlung als erwiesen an, dass der Deutsche Staat »unwillig oder unfähig (sei), die fremdenfeindliche Gewalt zu bekämpfen«. Dieses Urteil führte zu einer heftigen Reaktion von Innenminister Schily, der empört über die »Schädigung deutschen Ansehens« persönlich intervenierte und einen Brief an den – mittlerweile abgetretenen – Justizminister Ashcroft schrieb. Der Inhalt blieb jedoch unbekannt. Schnell bemühten sich deutsche Behörden klarzustellen, dass keinem Flüchtling oder Migranten in Deutschland Gefahr drohe. Auch die eingeschalteten Hamburger Behörden betonten, dass ihnen die vorgetragenen Vorfälle der Familie nicht bekannt seien. Dies verwundert jedoch nicht unbedingt – war und ist es doch weit verbreitete Polizeipraxis, die Aussagen von Nicht-Deutschen erstmal in Zweifel zu ziehen und gegebenenfalls gar nicht aufzunehmen. Gerade Anfang und Mitte der 90er waren in Bergedorf Auseinandersetzungen mit Neonazis an der Tagesordnung. Es wurden von AntifaschistInnen eine ganze Reihe von Vorfällen dokumentiert, die nie Einzug in polizeiliche Ermittlungsverfahren fanden, weil das politische und polizeiliche Interesse nicht gegeben war. Jedoch gab es auch eine Reihe von Vorfällen, die sehr wohl auch polizeilich und gerichtlich verfolgt wurden. Meist war es jedoch der Verdienst von AntifaschistInnen, dass die dann folgenden Prozesse überhaupt öffentlich wahrgenommen wurden. Bergedorf, Lohbrügge und Nettelnburg waren ab Mitte der 80er-Jahre Operationsgebiet bundesweit organisierter Neonazis wie Christian Worch und Thomas Wulff. Hier befand sich das Parteibüro der Nationalen Liste und auch das Rekrutierungsgebiet der Neonazis für jugendlichen Nachwuchs. Mit dem Mauerfall 1989 verschärften sich auch in Bergedorf der neonazistischen Übergriffe auf MigrantInnen und Linke. Viele Jugendliche konnten von den Neonazis gewonnen werden, weil sie hier eine stabile und kontinuierliche neonazistische Struktur vorfanden. Wie auch in einigen anderen Gebieten Hamburgs war der Raum Bergedorf Schwerpunkt neonazistischer und rassistischer Agitation. Hierzu nur einige Beispiele:

1985: Skinheads, als Mittäter auch der Bruder von Thomas Wulff aus Bergedorf, ermorden den Türken Ramazan Avci an der Hamburger S-Bahn Landwehr.

1987: Brandanschlag von Bergedorfer Jugendlichen auf eine Sinti und Roma Siedlung am Bergedorfer-Frascatiplatz.

1989: Gründung der Nationalen Liste (NL) mit Sitz in Bergedorf

1989: Brandanschlag auf das Bergedorfer Jugendzentrum »Unser Haus«

1989: Mehrfache Skinhead-Randale am Baggersee in Bergedorf-Nettelnburg. Dies führt u.a. zu mehreren Berichten im Fernsehen.

1989: Skinheads überfallen eine Türkin in Bergedorf-Lohbrügge und prügeln sich mit Zivilpolizei
1990: Schieß- und Wehrsportübungen bekannter Bergedorfer Neonazis im nahegelegnen Geesthacht
1991: Versuchter Mord an einem Türken vor der Bergedorfer Disko »Kogge« durch Skinheads.
1992: immer wieder kehrende Ausschreitungen von Neonazis in der Bergedorfer Innenstadt.
1992: die in Bergedorf ansässige Nationale Liste von Thomas Wulff und Christian Worch gibt die Anti-Antifa Zeitschrift *Index* heraus.
1993: Am Abend der Hamburger Bürgerschaftswahlen werden zwei Brandsätze auf ein Flüchtlingsheim in Wilhelmsburg geworfen.
1994: Überfall von Neonazis auf Jugendliche in Bergedorf-West
1994: Ein elfjähriges Mädchen wird in Bergedorf-West von Jugendlichen zusammen geschlagen und rassistisch beschimpft.
1994: Ein Bergedorfer wird in der Innenstadt von Skinheads zusammengeschlagen
1994: Im Osdorfer Knabeweg wird das Asylbewerberheim in Brand gesetzt.
1994: Wiederholte Wehrsportübungen bei Geesthacht. Obwohl polizeilich festgestellt kommt es anscheinend zu keinen Ermittlungen.

Aufgrund der bekannt gewordenen Vorfälle durch Neonazis in Bergedorf zu dem Zeitpunkt als die Deutsch-Afghanische Familie dort lebte (1986 bis 1996), ist davon auszugehen, dass die Angaben der Familie vor dem US-Gericht über die Bedrohungen und Überfälle nicht unwahrscheinlich sind.

Die Deutschen Behörden waren jedoch sehr schnell bereit, diese Darstellung grundsätzlich in Frage zu stellen: »Schilys Beamte halten die Darstellung der Frau für überzogen, wenn nicht gar für erfunden (...). Polizeiliche Unterlagen über die angeblichen Übergriffe lägen den deutschen Behörden nicht vor«. Das *Hamburger Abendblatt* schrieb: »Das Urteil eines US-Gerichts, das einer Deutsch-Afghanin das Recht auf Asyl einräumt, weil sie und ihre Familie in Deutschland vor Neonazi-Angriffen nicht sicher seien, hat bei Hamburgs Innensenator Udo Nagel (parteilos) für Empörung gesorgt. Die Asylsuchende (...) hatte dem Gericht in Kalifornien geschildert, dass ihre Familie jahrelang in Bergedorf Opfer rassistischer Übergriffe gewesen sei (wir berichteten)« »Keiner der Vorfälle, die die Frau vor Gericht erwähnt hat, ist bei der Polizei aktenkundig«, bekräftigte Nagels Sprecher Reinhard Fallak gestern. Das US-Berufungsgericht habe auch niemals die Akte der Familie von der Ausländerbehörde angefordert«.

Was allerdings wäre denn anders für Herrn Schily oder Herrn Nagel, wenn die von der Familie geschilderten Vorfälle aktenkundig wären? Sie würden sagen, das ist lange her und auch nur die Auseinandersetzung rivalisierender Gruppen. Ganz genau so wie in den 90er-Jahren in Bergedorf, würden die Vorfälle heruntergespielt, verharmlost und geleugnet werden.

Die politische Brisanz dieses Urteils – das voraussichtlich wieder aufgehoben wird –liegt aber nicht in den Vorfällen als Solchen sondern einzig und allein in der Gefahr eines Präzedenzfalles, dem nach amerikanischem Recht eine stärkere juristische Stellung zukommt als in Deutschland. Die Angst der Deutschen Behörden, dass in Deutschland rassistisch Verfolgte, in den USA als Asylsuchende anerkannt werden könnten, kratzt schon am Selbstbild des humanitären deutschen Staates. Unabhängig vom Einzelfall wäre es zudem tatsächlich ein Eingeständnis, dass die bundesdeutschen Behörden die Sicherheit hier lebender MigrantInnen nicht garantieren konnten oder können.

Skinheads feuerten mit Leuchtspurmunition auf Polizei

Bergedorf (joc). Eine Gruppe Lohbrügger Skinheads hat in der Nacht zu Sonnabend auf mehrere Bergedorfer Polizisten geschossen. Die Leuchtspurmunition, die die Skins aus einem Mietshaus an der Korachstraße abfeuerten, verfehlte die Beamten. Nachdem Verstärkung am Einsatzort eintraf, stürmte die Polizei die Wohnung.

Vor der Schießerei hatten Nachbarn die Polizei wegen Ruhestörung gerufen. Die beiden Polizisten, die um Ruhe baten, wurden weggejagt. Dann flogen die Leuchtkugeln. ● **Bergedorf**

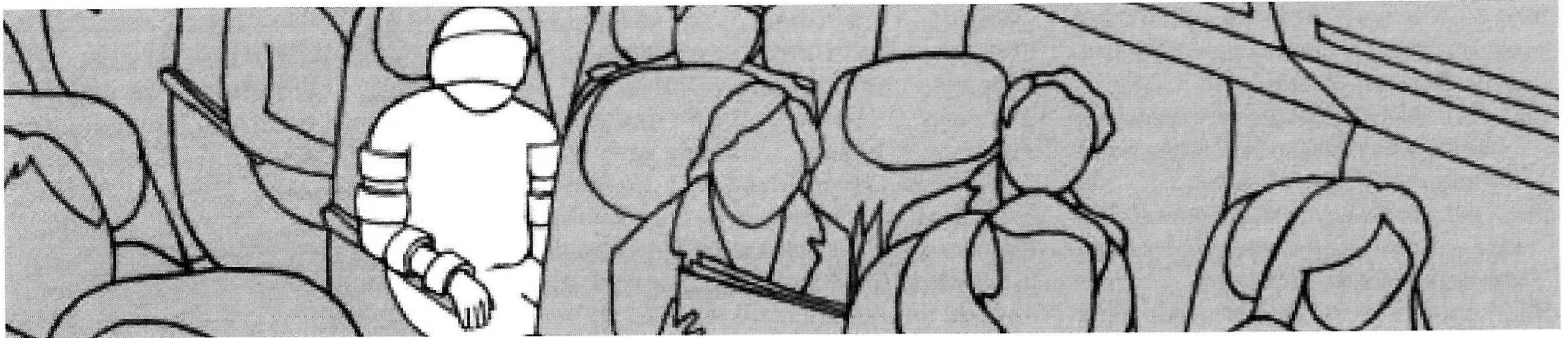
Anfang der Neunziger hatten wir in Bergedorf, ich war zu dieser Zeit als Neonazi aktiv, dort unsere ersten wichtigen Treffen mit dem mittlerweile verstorbenen Michael Kühnen. Die Nationale Liste, um ihre Führer Christian Worch und Thomas Wulff, verfügte dort über mehrere illegale Wohnungen. Von Bergedorf aus wurden gezielt Aktionen in Ost-Berlin geplant, das Parteiprogramm für die 1990 noch von der Volkskammer der DDR zugelassenen „Nationalen Alternative" wurde dort verfasst. Die Idee, ein Haus in der Lichtenberger Weitlingstraße zu besetzen, wurde dort geboren. Auch war Bergedorf immer Aufmarschgebiet der Rechten. Die Liste ließe sich hier mühelos fortsetzen. Ausländer waren zu jener Zeit immer der Willkür von prügelnden Skinheads ausgesetzt. Die Gründe, warum die Familie Mashiri aus dieser Gegend geflüchtet ist, sind für mich also durchaus nachvollziehbar. Vielleicht war es ja einfach nur die pure Angst, als Nächstes „dran" zu sein, was die Familie fliehen ließ. Ein Grund, der doch vieles rechtfertigt und auch verständlich ist.

SCHWEDEN INGO HASSELBACH
Anschrift ist der Red. bekannt

DER SPIEGEL 46/2004

Trotz Verurteilung wegen Körperverletzung mit Todesfolgen:

Abschieber mit blauem Auge davon gekommen



Drei Bundesgrenzschutzbeamte, die den Sudanesen Aamir Ageeb während seiner Abschiebung töteten, sind zu milden Bewährungsstrafen verurteilt worden. Das Gericht stellte fest, dass Ageeb massiv gefesselt und sein Tod durch die Misshandlungen voraussehbar gewesen war. Trotzdem dürfen die Beamten weiter im Dienst bleiben.

Die BGSler hatten den abgelehnten Asylbewerber »unter der Missachtung der Menschenwürde wie ein Gepäckstück verschnürt«, so der zuständige Richter am Landgericht Frankfurt. Der 32-jährige »Abschübling«(interner Jargon des BGS) sollte mit dem Lufthansa-Flug LH 588 in die sudanesische Hauptstadt Khartum gebracht werden. Dem Sudanesen drohten dort schwere Repressalien, da er in seinem Heimatland keinen Militärdienst absolviert hatte.

Schon in der Gefängniszelle des Abschiebetraktes auf dem Flughafen Frankfurt/Main waren ihm die Hände hinter dem Rücken verbunden worden. Als er sich beim Transport zum Flugzeug erneut widersetzte, zogen seine Begleiter die angelegten Kabelbinder um seine Arme und Beine noch fester an. Zusätzlich stülpten sie Ageeb einen Motorradhelm über den Kopf. Noch auf dem Rollfeld des Flughafens schaute sich der Lufthansapilot den Abschiebehäftling persönlich an, nahm aber keinerlei Anstoß an der erniedrigenden, schmerzhaften Behandlung des Mannes. Bei vorangegangenen Abschiebungen per Flugzeug hatten einige Kapitäne den Start verweigert, wenn die Maßnahme trotz Widerstand des Betroffenen und unter Anwendung von Gewalt durchgeführt werden sollte.

Die drei BGSler schliffen den Afrikaner also ungestört in die hinterste Reihe der Maschine und zwangen ihn in den Sitz. Mittlerweile war Ageeb mit erwähntem Helm, elf(!) Kabelbindern, einem fünf Meter langen Seil und zahlreichen Klettverschlüssen regelrecht zusammengeschnürt. Als er beim Abheben des Flugzeuges zu schreien beginnt, wurde sein Kopf brutal auf seine Knie gepresst. Geschockt von der Szenerie fingen eine Mutter und ihre Tochter in der Nachbarreihe an zu weinen. Minutenlang drückten die Beamten den Oberkörper des Flüchtlings herunter. Aamir Ageeb erstickte daraufhin qualvoll. Zufällig mitfliegende Ärzte versuchten anschließend die Fesseln zu lösen. Es konnten jedoch nicht alle entfernt werden, Reanimationsversuche der Mediziner an Bord scheiterten. Die Obduktion der Leiche ergab neben den Einschnitten durch die Fesselungen auch mehrere Rippenbrüche.

Über fünf Jahre später, am 18.Oktober 2004, endete der Prozess gegen die 32 und 41 Jahre alten Grenzschützer. Der Vorwurf der Staatsanwaltschaft lautete »Körperverletzung mit Todesfolge«. Das Gericht verhängte jeweils 9-monatige Bewährungsstrafen ausgesetzt auf zwei Jahre, da es sich hier »um einen minder schweren Fall« gehandelt habe. Den hinterbliebenen Familienangehörigen müssen die Täter eine wirklich lächerliche Geldbuße in Höhe von 2.000 Euro zahlen. Neben den schuldigen Beamten wurden seitens des Gerichtes auch den BGS-Ausbildern schwere Vorwürfe gemacht. In der Ausbildung sei auf solche Risiken der Abschiebepraxis nicht hingewiesen worden. Für Vorgesetzte scheinen diese Tatsachen allerdings keine juristischen Folgen zu haben.

Das milde Urteil wurde von der Menschenrechtsorganisation Pro Asyl als falsches Signal gewertet. So könnten andere Polizisten aus dem Urteil den Schluss ziehen, dass sie als Vertreter der Staatsgewalt besser wegkämen als normale Staatsbürger. Es verletze das Gerechtigkeitsgefühl, dass die eigentlich Verantwortlichen ungestraft bleiben werden.

Da das Strafmaß unter einem Jahr liegt, können nach den Dienstvorschriften die Männer weiter ihrem Beruf beim BGS nachgehen.

Infos zur Anti-Deportations-Kampagne:

www.deportationclass.com

Kieler Forum für MigrantInnen fordert:

UN-Konvention zum Schutz der WanderarbeiterInnen unterzeichnen!

Das Kieler Forum für Migrantinnen und Migranten, das unter Schirmherrschaft des Referats für Migration monatlich im Kieler Rathaus tagt, hat sich in seiner Sitzung im September dafür ausgesprochen, dass die Bundesregierung die UN-Konvention zum Schutz der WanderarbeiterInnen unterzeichnet. Diese Konvention ist in Kraft, seit sie von 20 Staaten unterzeichnet wurde – keines der großen Industrieländer gehört dazu ... Das Kieler Forum, in dem die meisten der in unserer Stadt arbeitenden »Ausländervereine« und in der Arbeit mit MigrantInnen engagierten Organisationen Mitglied sind, hat sich deshalb mit 14 Stimmen bei 3 Enthaltungen für die Unterzeichnung einer Petition des Komitees für Grundrechte und Demokratie ausgesprochen, die im April dieses Jahres in Umlauf gebracht worden ist und die die Bundesregierung zur Änderung ihrer Haltung gegenüber den ArbeitsmigrantInnen und zur Unterzeichnung der Konvention auffordert.

Ich nehme mit einem weiteren Kollegen für ver.di an den Sitzungen des Forums teil und habe die Petition dort eingebracht. Ver.di wird in Kürze auch in Kiel einen gewerkschaftlichen Arbeitskreis Migration gründen; dieser Arbeitskreis wird dann die Mitgliedschaft im Forum beantragen.

Es wäre schön, wenn sich viele weitere Organisationen und Einzelpersonen zur Unterzeichnung der Petition entschlössen. In den Zeiten von Hartz IV ist dies besonders angebracht. Denn mit diesem Gesetz wird die Lage gerade von Flüchtlingen weiter verschärft. Die Organisation ProAsyl hat es zu Recht als ein »gigantisches Förderband ins soziale Abseits« bezeichnet. Solidarität ist angebracht, und vor allem: die gemeinsame Organisierung von Gegenwehr. Die Verbreitung und Unterzeichnung der Petition kann dazu beitragen.

Der unten stehende Beitrag ist den Informationen des Komitees für Grundrechte und Demokratie, Ausgabe 4 (August) 2004, entnommen.
(D.L.)

Wanderarbeitsmigranten: Ohne Rechte, ohne Stimme?

Überall auf der Welt werden in den prosperierenden Ländern Arbeitsmigranten in den informellen Arbeitsmärkten eingesetzt. Sie verdingen sich als Haus- und Sexarbeiterinnen, als Tagelöhner auf Baustellen, Feldern und Plantagen, in »Schwitzbuden« und Restaurants. Diese Arbeitsmigranten bilden das profitabel ausbeutbare Unterfutter einer globalisierten Ökonomie, die den Preis für die Weltmarktware Arbeitskraft ständig drückt. Dies gilt insbesondere für jene arbeitsintensiven Sektoren (Bauwirtschaft, Landwirtschaft, hausnahe Dienstleistungen, Gastronomie, Pflegewirtschaft usw.), die nicht in andere Länder ausgelagert werden können. Diese Menschen mit und ohne legalen Aufenthaltsstatus schuften unter sklavenähnlichen, menschenunwürdigen Bedingungen.

Sie sind fortwährender Diskriminierung, Ausbeutung und Gewalt ausgesetzt. Die Menschenrechte von Arbeitsmigranten, insbesondere, wenn sie sich »unerlaubt« im Lande aufhalten, werden vielfach verletzt oder missachtet. Dagegen wendet sich die »Internationale Konvention zum Schutz der Rechte aller Wanderarbeitnehmer und deren Familienangehörigen«. Diese UN-Konvention wurde in der Überzeugung geschaffen, dass es notwendig sei, Menschenrechte für Einwanderer präzise zu bestimmen, ihre Beachtung zu überwachen und Möglichkeiten ihrer besseren Durchsetzbarkeit in der Praxis zu schaffen.

In der BRD ist diese UN-Konvention weitgehend unbekannt geblieben, obwohl sie zum 1. Juli 2003 in Kraft getreten ist. Die Bundesrepublik weigert sich bislang, die UN-Konvention zu ratifizieren. Aus diesem Grunde hat das Komitee für Grundrechte und Demokratie eine Initiative zur Unterzeichnung der UN-Konvention in Form einer Massenpetition gestartet, die wir im Dezember dem Petitionsausschuss übergeben wollen. Einige Hundert UnterzeichnerInnen haben sich der Petition bereits angeschlossen.

Wer die Petition noch unterstützen möchte, kann weitere Informationen, den Petitionstext und Unterschriftenlisten im Komiteesekretariat anfordern. (Infos auch unter: www.grundrechtekomitee.de und als pdf-Datei unter: www.links-netz.de)

Dirk Vogelskamp

Aufstieg oder Niedergang?

Deutschland, Ende 2004: Die Unternehmer kündigen die Sozialpartnerschaft auf. Das Wort kann bestehen bleiben, wenn dabei akzeptiert wird, dass sich darin die abhängig Beschäftigten und ihre Organisationen den Erpressungen der Kapitalisten fügen. Das finden viele Spitzenfunktionäre der Gewerkschaften »unvernünftig« und versuchen vergeblich, den abtrünnigen Partnern Vernunft einzureden – Kampfmassnahmen ziehen sie selten in Betracht, und wenn doch, dann bitte nicht so extrem. Politische Streiks liegen weiterhin außerhalb ihrer Vorstellungswelt (mal abgesehen von den tatsächlichen Schwierigkeiten, solche zur Zeit zu organisieren). Und überhaupt ist jetzt wieder Wahlkampfzeit: Da drängt es manche/n zum erneuten Schulterschluss mit der SPD, weil: Die Schwarzen sind ja noch viel schlimmer ... Aus der Geschichte zu lernen, ist bei uns nicht beliebt. Dass die SPD wieder einmal als Steigbügelhalter für die extrem(er)e Reaktion fungiert, geht in viele Köpfe nicht hinein. Dass die aktuellen Unternehmerforderungen eine historische Parallele in den letzten Jahren der Weimarer Republik haben – erinnert uns bloß nicht daran ... Doch. Genau das soll hier geschehen.



Raimund Becker, Mitglied des Vorstandes der Bundesagentur für Arbeit

Geboren am 23. Januar 1959 in Neunkirchen/Saar, verheiratet
BERUFLICHER WERDEGANG
1979-1984 Studium der Rechtswissenschaften an der Universität des Saarlandes.
1984-1987 Juristischer Vorbereitungsdienst; Ergänzungsstudium am Europa-Institut.
1988-1989 Landesarbeitsamt Rheinland-Pfalz-Saarland: Nachwuchskraft für den höheren Dienst.
1989-1991 Arbeitsamt Bad Kreuznach: Leiter der Abteilung Arbeitsvermittlung und Arbeitsberatung.
1991-2003 Landesarbeitsamt Rheinland-Pfalz-Saarland: Leiter verschiedener Referate, Leiter Leistungsabteilung, Leiter Fachbereich Personalentwicklung, Personalplanung, Finanzwesen und Infrastruktur.
2003 Hauptstelle der Bundesanstalt für Arbeit: Geschäftsbereichsleiter Geldleistungen, Sozialversicherung, Recht, Ordnung.
ab Januar 2004 Zentrale der Bundesagentur für Arbeit: Zentralbereichsleiter Personal.
Seit 19. Februar 2004 Mitglied des Vorstandes der Bundesagentur für Arbeit.

Schauen wir einmal (ausnahmsweise) auf die Website der Bundeszentrale für politische Bildung. Dort findet man unter der Überschrift »Zerstörung der Demokratie 1930 bis 1933« unter anderem folgende Ausführung:

»Im Dezember 1929 veröffentlichte der von der Schwerindustrie beherrschte Reichsverband der Deutschen Industrie (RDI) eine mit der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (VDA) abgestimmte Denkschrift zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise mit dem Titel ›Aufstieg oder Niedergang?‹. Ihre wichtigsten Forderungen lauteten: Steuererleichterungen für Unternehmer, Abschaffung der Zwangsschlichtung, Senkung der Staatsausgaben und Reform der Arbeitslosenversicherung durch ›Ersparnismaßnahmen, nicht aber durch erhöhte Beiträge‹. Diesen Kurs machte sich die industrieabhängige DVP zu Eigen. Am 5. Februar 1930 berichtete der DVP-Abgeordnete Erich von Gilsa dem Vorsitzenden des Verbandes Deutscher Stahlindustrieller, Paul Reusch, vertraulich über den Stand der Entwicklung: Scholz wolle ›bewusst auf einen Bruch mit der Sozialdemokratie hinarbeiten‹«.

Heute haben es die Unternehmer nicht so eilig, den Bruch mit der real existierenden Sozialdemokratie zu vollziehen. Es ist nicht lange her, da sagte Deutschlands oberster Industrieller Michael Rogowski über Bundeskanzler Schröder: »Er muss an der Regierung bleiben, er muss diese Agenda 2010 umsetzen, ohne Abstriche, eins zu eins – und oben noch was drauf durch die Opposition ... Unter Rot-Grün, das muss ich sagen, passiert, was ich vor ein paar Jahren nicht für möglich gehalten hätte: Endlich stimmt wenigstens die Richtung in diesem Land!« Das war in einem *Stern*-Interview im September 2003. Gleichzeitig legte er darin bereits unmissverständlich dar, wie sich für die deutschen Industriellen die Frage Aufstieg oder Niedergang aktuell stellt. Wer das damals nicht lesen wollte, der konnte es in den letzten Wochen kaum mehr überhören oder überlesen. Zur Regierungsfrage äußerte sich Rogowski allerdings nicht mehr.

In einem aktuellen Flugblatt des Kieler Bündnisses gegen Sozialabbau und Lohnraub (November 2004), dessen SprecherInnen mit gutem Grund mehrfach darauf hingewiesen haben, dass sie ihre Arbeit auch als antifaschistischen und antirassistischen Kampf verstehen und organisieren, heißt es dazu:

Die SPD-geführte Regierung erhält nach wie große Unterstützung für ihre Politik des Sozialkahlschlags – aus dem Unternehmerlager: »Der Regierung gebührt Lob für den eingeleiteten Reformprozess«, erklärte der

Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), Rogowski, am 6. Oktober in der Zeitung *Die Welt*. Rogowski – das ist der, der Mitte September gefordert hat, dass die abhängig Beschäftigten die soziale Sicherung und das Gesundheitssystem in Zukunft alleine finanzieren sollen. Das ist der, der den Zeitpunkt gekommen sieht, die Mitbestimmungsrechte von Betriebs- und Personalräten zu beseitigen. Das ist der, der nach den Wahlen in Sachsen und Brandenburg erklärte, Faschisten im Parlament seien gewiss kein Investitionshindernis.

Wer solche Freunde hat, braucht auf Erwerbslose und Noch-Beschäftigte keine Rücksicht zu nehmen: Gerhard Schröder beschimpft die EmpfängerInnen von Sozialleistungen als Abzocker (Stichwort »Mitnahmementalität«) und will den mit der Agenda 2010 und dem Hartz IV-Gesetz eingeleiteten Sozialkahlschlag ohne weitere Abstriche durchsetzen. Ab Januar 2005 soll die Arbeitslosenhilfe beseitigt und sollen weitere Hunderttausende Menschen in die Armut gestoßen werden. Gleichzeitig wird für Rogowski und seinesgleichen die Vermögenssteuer weiter gesenkt.

Der Protest gegen diese Politik geht weiter, und das ist auch dringend notwendig. Denn was uns blüht, wenn wir Hartz IV hinnehmen, beschreibt Rogowski so: »Hartz IV ist ein richtiger Schritt, doch er reicht nicht aus. Uns fehlt immer noch ein wirksamer Niedriglohnsektor. Wenn wir einen Niedriglohnsektor wollen, reicht die Neuregelung des Arbeitslosengeldes II noch nicht aus. Solange die Tariflöhne für einfache Tätigkeiten so hoch sind, werden ... Jobs nicht angeboten oder in die Schwarzarbeit verdrängt. Arbeit ist keine feste Größe, sondern eine Frage von Angebot und Nachfrage – und damit eine Frage des Preises. Deshalb brauchen wir auf keinen Fall Mindestlöhne. Im Gegenteil, wir müssen die tariflichen Untergrenzen durchbrechen. [...] Niedrige Löhne könnten durch Zuschüsse des Staates aufgestockt werden ... [Es ist] doch besser, ich zahle zu einem niedrigbezahlten Job, der für den Lebensunterhalt nicht ausreicht, als Staat etwas hinzu, als dass ich 100 Prozent Arbeitslosigkeit finanziere.«

Also ALG II als Zuschuss zum Billiglohn. Aber auch 345 Euro im Monat halten die Unternehmer für zuviel! Wie weit man diesen Betrag noch senken kann, das möchte Rogowski »austesten«: »Es gibt Professoren, die empfehlen eine **Senkung um 20 bis 25 Prozent.**«

Wer Hartz IV akzeptiert, muss wissen: Das ist die Richtung, in die es weitergeht. Welche Regierung seine Pläne umsetzt, dürfte Herrn Rogowski egal sein. Mit dem Stimmzettel ist das nicht zu verhindern. Wir müssen selbst den Widerstand gegen die Regierungspolitik, gegen die Politik der Unionsparteien und die Pläne der Unternehmer organisieren, wenn wir verhindern wollen, dass uns das Fell über die Ohren gezogen wird.

Der aktuelle Angriff der Unternehmer ist auch ein Angriff auf demokratische Errungenschaften und markiert eine politische Entwicklung, deren Endpunkt zwar nicht vorherzusagen ist, aber zu großen Befürchtungen Anlass gibt. Für die Gewerkschaften ist dies eine Kampfansage, die sie in nicht allzu ferner Zeit vor die Frage von Sein oder Nichtsein stellen kann. Der verzweifelte Anpassungskurs, den allzu viele immer noch steuern, führt zur Ohnmacht. Dass die Zahl derjenigen, die sich vehement für einen anderen Kurs einsetzen, ansteigt, gibt Hoffnung – aber bis sie vielleicht das Ruder übernehmen können, bleibt noch viel zu tun.

Wie auch immer. In jedem Fall sind alle AntifaschistInnen aufgerufen, den Widerstand gegen den Amoklauf der Unternehmer und der ihnen hörigen Regierungen zu unterstützen.

Dietrich Lohse

Ein neuer Arbeitsdienst

Ulrich Sander, Sprecher der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der AntifaschistInnen (VVN/BdA) in Nordrhein-Westfalen, nahm im August dieses Jahres zu der Frage Stellung, ob der bei vielen Protesten gegen Hartz IV gebrauchte Vergleich zwischen dem mit diesem Gesetz verbundenen Arbeitszwangs und dem Reichsarbeitsdienst unseligen Angedenkens zu Recht hergestellt wird. »So etwas nennt man Dienstverpflichtung: Wer nicht ›freiwillig‹ zum Arbeitseinsatz kommt, der wird hart bestraft«, überschrieb Sander seine Untersuchung, und er stellt fest: »Das System der Ein-Euro-Jobs ist durchaus mit dem verbotenen Reichsarbeitsdienst vergleichbar.« – In dem Artikel, der auf der website der VVN-NRW nachzulesen ist, heißt es unter anderem:



Frank-J. Weise, Vorsitzender des Vorstandes der Bundesagentur für Arbeit

Geb. 8.10.1951 in Radebeul/Dresden, verheiratet mit Ingeborg Weise, Lehrerin, 2 Kinder
Wesentliche berufliche Stationen:
Ausbildung als Offizier der Bundeswehr, Studium der Betriebswirtschaftslehre,
Einsatz u.a. als Kompaniechef und Dozent für Betriebswirtschaftslehre.
Controller eines Unternehmensbereichs der VDO Adolf Schindling AG, Frankfurt.
Vorsitzender der Geschäftsführung der Braunschweiger Hüttenwerk GmbH,
Braunschweig mit Tochtergesellschaften in USA und Brasilien.
Vorstand Finanzen der FAG Automobiltechnik AG und zusätzlich Personalchef Führungskräfte
der weltweiten FAG-Gruppe.
Mitgründer und später Vorsitzender des Vorstands der Microlog-Logistics AG, Frankfurt.
Ab Mai 2002 bis 18. Februar 2004 Bundesagentur für Arbeit, Mitglied des Vorstands.
Seit 19. Februar 2004 Vorsitzender des Vorstandes der Bundesagentur für Arbeit.

Heftig wird gegenwärtig über Hartz IV – auch über seine geschichtlichen Vorlagen, z.B. die der Ein-Euro-Jobs – gestritten. Verbietet sich der Vergleich mit dem Reicharbeitsdienst?

Schauen wir in die Literatur: »Der Freiwillige Arbeitsdienst hatte sich seit 1926 zur Erfüllung gemeinnütziger Aufgaben aus der Arbeit unterschiedlicher Jugendorganisationen entwickelt. Innerhalb weniger Monate gelang es Hierl, die kirchlichen, parteipolitischen und sonstigen Träger des freiwilligen Arbeitsdienstes auszuschalten und seine Gleichschaltung ... herzustellen. Im Juli 1934 wurde Hierl zum Reichskommissar für den Arbeitsdienst ernannt.« Dann zogen die Nazis die Zügel weiter an: Der »Reichsarbeitsdienst war seit 1935 eine staatliche Einrichtung, durch die alle Jugendlichen ab 18 Jahre zu einem sechs Monate dauernden Arbeitseinsatz und zum Lagerleben mit militärischer Disziplin verpflichtet wurden.« (Aus: Begriffe aus der Zeit der Gewaltherrschaft 1933-1945, Handbuch rororo 1992 von Kramer und Bartsch, Seite 158)

Schon 1931, als die Arbeitslosenstatistik fast fünf Millionen Erwerbslose auswies, wurde der »freiwillige« Arbeitsdienst auf eine staatliche Ebene gehoben. Die am 5. Juni 1931 von Präsident Hindenburg und Kanzler Brüning erlassene diktatorische »Zweite Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen«, eine der Notstandsverordnungen jener Zeit, sah den Abbau der Tariffreiheit, die Herabsetzung der Bezüge der Staatsbeschäftigten und der Leistungen der Arbeitslosenversicherung vor, es gab Erhöhungen der Massensteuern und Steuervergünstigungen für Unternehmer und die Förderung des freiwilligen Arbeitsdienstes. In der »Chronik« der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, heißt es: »Der durch die Notverordnung eingeführte freiwillige Arbeitsdienst dient der militaristischen und chauvinistischen Erziehung der Jugend und bereitet die faschistische Arbeitsdienstpflicht vor. Die von der Reaktion geplante baldige Einführung der Arbeitsdienstpflicht wird durch den Widerstand großer Teile der Arbeiterklasse [...] verhindert.« (aus Chronik, Berlin 1966, Band 2, Seite 271)

Übrigens beginnt in jener Zeit eine Verschärfung auch des ideologischen Klassenkampfes. Gegen den Arbeiterdichter Erich Weinert wird wegen »Aufreizung zum Klassenkampf« ein Prozess eröffnet, der im Dezember mit einem sieben Monate währenden Redeverbot für Weinert in Preußen endet, entsprechend einer speziell geschaffenen »Lex Weinert«. 73 Jahre später wird in Deutschland von einem Minister Otto Schily ein Gesetz gegen »Hassprediger« initiiert ... (Siehe Chronik ... S. 277 u. 281)

In einem von der Bundeszentrale für politische Bildung herausgegebenen Werk wird die Verklammerung von Weimarer und Nazi-Politik auf dem Gebiet des Arbeitsdienstes so beschrieben: »Auf der Arbeitslagerbewegung bündischer Studenten in den Jahren nach dem 1. Weltkrieg aufbauend, hatte bereits die Regierung Brüning 1931 zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit einen freiwilligen Arbeitsdienst eingerichtet. Von der



Heinrich Alt, Mitglied des Vorstandes der Bundesagentur für Arbeit

1950 in Rascheid bei Trier geboren; verheiratet, zwei Kinder
1968 Abitur.
1970/75 Studium der Politikwissenschaft und der Germanistik an der Universität Trier.
1977/83 Landesarbeitsamt Rheinland-Pfalz-Saarland Referent für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung.
1983/85 Arbeitsamt Saarlouis Abteilungsleiter Arbeitsvermittlung.
1985/87 Arbeitsamt Mainz Abteilungsleiter Arbeitsvermittlung.
1987/90 Landesarbeitsamt Rheinland-Pfalz-Saarland Referatsleiter.
1990/92 Arbeitsamt Bad Kreuznach Direktor.
1992/93 Ministerium für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit des Landes Rheinland-Pfalz Referent.
1993/98 Landesarbeitsamt Nord Abteilungsleiter „Arbeitsvermittlung und Arbeitsberatung.
1998/2000 Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Schleswig-Holstein Staatssekretär.
2001/02 Bundesanstalt für Arbeit Vizepräsident.
Seit 26. April 2002 Bundesagentur für Arbeit, Mitglied des Vorstands.

Regierung Hitler wurde diese Einrichtung übernommen. Bereits 1934 wurde die Arbeitsdienstpflicht für Studenten eingeführt, die Zulassung zum Studium davon abhängig gemacht, dass vorher der Arbeitsdienst geleistet worden war.« (aus: Schlaglichter der deutschen Geschichte, Bonn 1990, S. 277).

Steht nicht einer Wiederholung dieser Entwicklung in der heutigen Krise des Kapitalismus noch immer das Grundgesetz (...) entgegen?

Ja, laut Grundgesetz haben wir das Grundrecht, »Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen.« Weiter heißt es in diesem Artikel 12 Grundgesetz: »Niemand darf zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden, außer im Rahmen einer herkömmlichen allgemeinen, für alle gleichen öffentlichen Dienstleistungspflicht. Zwangsarbeit ist nur bei einer gerichtlich angeordneten Freiheitsentziehung zulässig.« (...)

Die »Arbeitsmarktreform« Hartz IV mit der Zwangseinweisung von 600.000 Langzeitarbeitslosen in Ein-Euro-Jobs und ansatzweise auch die Zumutbarkeitsregeln, nach denen bei Strafe des Geldentzug jede Arbeit angenommen werden muß, bedeutet demnach die grundgesetzwidrige Arbeitsdienstpflicht?

So ist es. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit, dieses Prinzip gilt nicht mehr, die Tariffreiheit wird angetastet. Vorrang hat nicht die Freiheit des Individuums und der Schutz der Arbeitskraft, sondern die Profitwirtschaft. Vorrang haben die Forderungen der reaktionärsten Kräfte des Kapitals. Zugleich wird die Arbeitsmarktstatistik bereinigt: Es gibt nicht mehr Arbeitsplätze, aber weniger Arbeitslose in der Statistik. In *Der Selbständige*, einer Zeitschrift des am rechtesten Rand operierenden (...) BDS (Bund der Selbständigen) schreibt deren Vizevorsitzender Martin Hohmann (MdB, wegen Antisemitismus aus der CDU-Fraktion ausgeschlossen) über seine Erfahrungen als Bürgermeister in seiner Heimatgemeinde Neuhof/Kreis Fulda. Zur Frage des Blattes »Nun missbrauchen ja nicht nur Ausländer das Asylrecht, sondern vielfach auch Deutsche unsere sozialen Sicherungssysteme; ihre Haltung zu diesem Problem?« führt er aus:

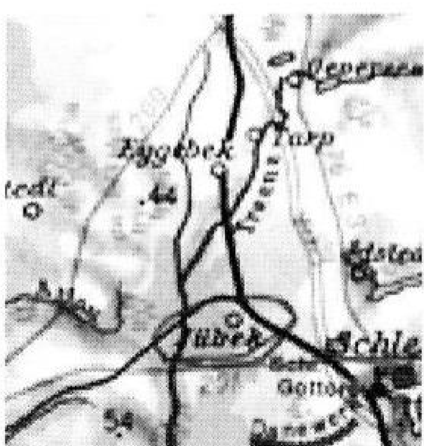
»Im Rahmen des mir Möglichen habe ich den Sozialmissbrauch bekämpft. Auch das ist von den Neuhofer Bürgerinnen und Bürgern honoriert worden. Denn: Jede Mark, die aus falsch verstandener Humanität und mit zugedrückten Augen an einen angeblich Bedürftigen gezahlt wird, geht letztendlich den Städten und Gemeinden für investive Ausgaben verloren. Deshalb habe ich konsequent versucht, die Spreu vom Weizen zu trennen. Sozialhilfeempfänger haben die Pflicht, 25 Stunden in der Woche gemeinnützige Arbeiten zu verrichten. Alle Sozialhilfeempfänger, die in unserem Einzugsbereich wohnen, benennt uns das Sozialamt des Kreises auf unser Ersuchen. De Gemeinde fordert sie für gemeinnützige Arbeiten an, selbstverständlich nicht das alte Mütterchen oder die alleinerziehende junge Mutter. Wer nicht zum Arbeitseinsatz kommt, wird an die Kreisverwaltung weitergemeldet. Das führt dann dazu, dass Abzüge bei der Sozialhilfe vorgenommen werden. Diese Vorgehensweise hat schon in vielen Fällen dazu geführt, dass der angeblich so Bedürftige auf Sozialhilfe verzichtet, weil er offensichtlich Geld, aber keine Arbeit haben wollte.« (aus: Der Selbständige, Dortmund, März 1997)

Dieser Einsatz von Sozialhilfeempfängern wird nun auf Landzeitarbeitslose ausgeweitet. Entsteht nicht somit eine kommunale Reservearmee von Arbeitskräften, die nach Gutdünken des Bürgermeisters zu Aufbauschichten, Gartenarbeiten, Wachdiensten, im Gesundheitswesen, in Schulen und Kindergärten eingesetzt werden?

Das Gesetz zu Hartz IV führt dazu, dass dieser Art von Arbeitseinsätzen, die ja bisher auf Sozialhilfeempfänger beschränkt waren, Hunderttausende Arbeitslose zugeführt werden. Sie werden ALG-II-Bezieher, d.h. Sozialhilfeempfänger. Sie werden nicht mehr vom Arbeitsamt betreut, sondern von Jobcentern der Städte. Die Entmachtung der Arbeitsämter mit ihren allgemeinverbindlichen Standards zugunsten reaktionärer Kommunalpolitiker ist schon lange ein Ziel der rechtesten CDU-Kreis um Roland Koch. Der setzte im Vermittlungsausschuss die Regelung durch, die den Bürgermeistern Tausende billigste Arbeitskräfte zuführt, um diese dann nach Belieben einzusetzen. Denn in Zeiten der Massenarbeitslosigkeit fallen manchen Herren auch in Kommunen und auch aus der SPD immer Dienstverpflichtungen nicht nur zu Arbeiten mit Schaufel und Spaten ein.

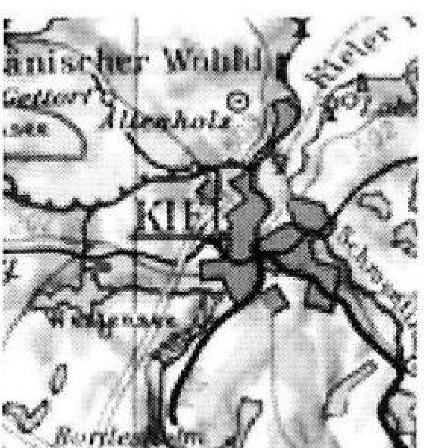
Nachrichten aus der Region

Schon gehört



Tarp

Unter der Rubrik Leserbriefe führt die *NATIONAL-ZEITUNG* aus dem Hause des Multimillionärs Frey eine Mitteilung von P. Christophersen aus Tarp auf. In dem kurzen Text beschreibt Christophersen seine Beteiligung an den Kämpfen in Nordfrankreich im Sommer 1944 und spricht rechtfertigend davon, die Soldaten hätten »Deutschland verteidigen« wollen. Nazi-Deutschland!



Kiel

Lange Jahre war Wolfgang Seiffert als Professor für Internationales Wirtschaftsrecht in Ostberlin tätig (1967-1978), dann zog es ihn in die Bundesrepublik Deutschland, wo er sich nach einigen Jahren Rechtsaußen engagierte. Einem Beitrag im Buch *Aspekte der Souveränität*, herausgegeben im faschistischen Kieler Arndt-Verlag, folgten Mitarbeit im kurzlebigen DEUTSCHLAND-RAT des REP-Gründers Franz Schönhuber und zahlreiche Vorträge bei Burschenschaften und Revanchisten sowie Interviews mit und Beiträge in der extrem rechten *JUNGEN FREIHEIT*. Seine Charakterisierung Putins als einzigem Politiker, der in Russland für Ruhe, Ordnung und Stabilität sorgen könne, konnte der Direktor des Instituts für osteuropäisches Recht an der Universität Kiel jüngst sowohl in diesem Blatt als auch in einem Interview mit der *NATIONAL-ZEITUNG* verbreiten.



Eckernförde

Alexander von Waldow (*1923), Eckernförde, Nachkomme eines pommerschen Adelsgeschlechts, kann's nicht lassen. Seiner langjährigen politischen Karriere rechts der CDU in Gestalt verschiedener Vorstandsfunktionen in den Klein(st)parteien AUFBRUCH 94, BÜNDNIS DEUTSCHLAND und DSU fügt er nun seine Tätigkeit im Aufsichtsrat der revanchistischen PREUßISCHEN TREUHAND AG hinzu. In einem Interview mit der Parteizeitung der REP forderte er die Rückgabe der nach dem Zweiten Weltkrieg enteigneten Ländereien und Herrenhäuser. Diese hatte der polnische Staat als Entschädigung für die während der nationalsozialistischen Besatzung stattgefundenen Räubereien und die Zerstörungen durch den Krieg konfisziert.



Wacken

Als Headliner beim diesjährigen Wacken-Open-Air waren die BÖHSEN ONKELZ angekündigt und sorgten für dicke Taschen beim Veranstalter. In ihrem Konzertbericht schreibt die *Berliner Zeitung* zur Abschlusstournee der Band u.a.: »Musikalisch bot die Band ihren Fans, wie gewohnt, zweieinhalb Stunden lang blassen Mitsing-Rock im Wolfgang-Petry-Stil; dazu gab es die für die Onkelz typischen ‚Keiner-versteht-uns'- Heulsusen-Texte. Nur ein einziges Mal während des Konzerts sprachen sie wirklich wahre Worte: Eines ihrer Lieder heißt schlicht ‚Danke für Nichts!'« Yes.



Kiel

An den »sehr geehrten Herrn Dr. Frey« wandte sich im Sommer dieses Jahres gleich mehrfach Dr. phil. Habil. E. Krämer aus Kiel per Leserbrief. Mal beklagte er sich darüber, dass die örtliche Tageszeitung die Zahl der Personen, die bei den Bombardierungen Dresdens ums Leben kamen, zu niedrig ansetzte - »Lügenzahl zur Rechtfertigung des Luftterrors« -, ein anderes mal äußert er sich abfällig über die Attentäter des 20. Juli 1944, da diese es nicht fertig gebracht hätten, Hitler einfach

mit einer Pistole niederzuschießen. »Der deutsche Wortschatz«, so Krämer, »enthält treffende Begriffe für solche Charaktere, das Wort ,Helden' ist nicht dabei.«



Nordeutschland

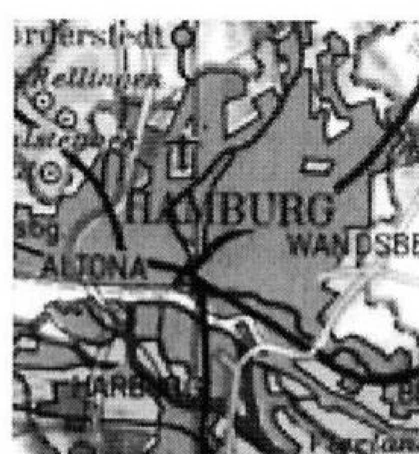
Wie in jedem November, so versuchten Neonazis unter der Führung von Hamburger »Freien Kameradschaften« auch in diesem Jahr wieder einen Kranzab-



wurf auf dem Soldatenfriedhof in Halbe, (Foto oben) was ihnen Dank der brandenburger Polizei in Kompaniestärke auch gelang. AntifasachistInnen wurden dage-

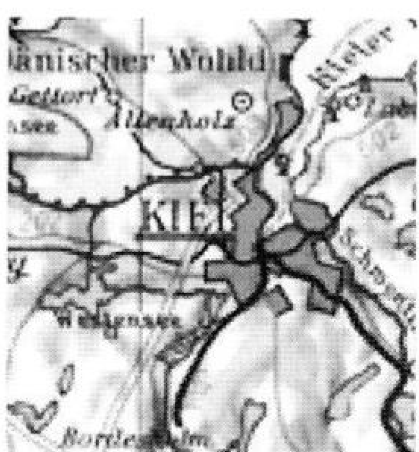


gen jegeliche Versuche unterbunden, gegen diese NS-Kriegsverherrlichung zu demonstrieren. Ebenfalls wie in jedem Jahr legten Neonazis an mehreren Orten in Norddeutschland zum Totengedenken Kränze mit eindeutig SS-verherrlichenden Parolen(Foto unten) ab, hier auf einem Soldatenfriedhof in Fahrendorf vor den Toren Hamburgs. Dort liegen neben Wehrmachtssoldaten auch mehrere SS-ler, die im »Endkampf« um Hamburg starben und begraben wurden. In den letzten Jahren war dieser Friedhof einer der Kranz-Abwurf-Rally-Wallfahrtsorte der Kameradschaft um Thomas »Steiner« Wulff.



Hamburg

Unter seinem Pseudonym Jürgen Riehl mischt Neonazi-Anwalt und Multifunktionär Jürgen Rieger auch auf der Mobilisierungs-Internetseite der »Schulhof-CD« mit. Diese Kampagne versucht, über das Medium Musik SchülerInnen für die braune Bewegung zu mobilisieren, in Norddeutschland liegt ein Schwerpunkt der Kampagne im Verdener Raum.



Hamburg/Kiel

Sie kommen aus Kiel, pflegen Kontakte zu RechtsRock-Bands wie Kraftschlag und haben es sogar auf den *the very last resort*-Sampler geschafft – eine Soli-CD für den Neonazi-Club88 (Neumünster). Laut Sicherheitsbehörden verdient sich zumindest ihr Sänger Zeljko Topic seine Brötchen im Rotlichtmilieu, in einem seiner Lokale wurden voriges Jahr Kriegswaffen beschlagnahmt. Die Rede ist von V-Punk. Diese nicht nur musikalisch unsympathische Combo hatte sich die Markthalle Hamburg(MH) für den 2.November eingeladen. Antifaschisten traten mit den Betreibern der MH in Kontakt, informierten sie über den Hintergrund der Band und forderten, das Konzert umgehend abzusagen. Leider sperrten sich die Betreiber auch gegen eindeutige Belege, weshalb man sich von antifaschistischer Seite gezwungen sah an die Öffentlichkeit zu gehen. Erst nachdem sich zahlreiche Einzelpersonen, aber auch Journalisten und Kunden der MH, durch einen Bericht auf einer Antifa-Seite informiert, empört an die Betreiber wanden, lenkten diese ein. In einer kurzen Presseerklärung erklärte die MH das Konzert »von unserer Seite (für) abgesagt, da der dringende Verdacht besteht, dass die Band im Zusammenhang mit politisch rechten Gruppierungen steht. Diese Informationen waren uns zum Zeitpunkt der Planung des Konzertes nicht bekannt.«

www.antifainfo.de

Seit einigen Monaten ist die Welt des Internets um eine linke Informationsseite reicher. Die Homepage www.antifainfo.de wird von AntifaschistInnen aus Hamburg betrieben. Im relativ schlichten Design können neben Demoaufrufen auch etliche interessante Meldungen abgerufen werden. Zu Schwerpunkten – wie z.B. dem Landhaus des Faschisten Dieter Kern ist ein Bereich mit Flugblättern und eine Übersicht der Ereignisse rund um die Gaststätte eingerichtet. Insgesamt ist die Seite (meist) aktuell, informativ und daher stets einen Blick wert.

Demonstration in Ratzeburg

Am 14.8.2004 fand in Ratzeburg unter dem Motto »Schluss mit dem Naziterror!« eine antifaschistische Demonstration statt. Ziel war es, die vermehrten rechten Gewalttaten in der Gegend, sowie das Treiben des NPD-Kaders Heino Förster öffentlich zu machen. Trotz einiger Pannen in der Demovorbereitung erschienen rund 50 zumeist jugendliche Teilnehmer. Nachdem die Demo am Haus des über 70-jährigen NPDlers vorbeigezogen war, wurde gemeinsam die Badeanstalt der Stadt aufgesucht, die der lokalen rechten Szene als Treffpunkt dient. Durch eine Abschlusskundgebung wurden die Passanten auf die kontinuierlichen rechten Übergriffe in Ratzeburg aufmerksam gemacht.

Ein kurzer Sommer für Hamburger Nazi-Läden Part II



Für modebewusste Nazis begann der Hamburger Sommer mau: Die sich unpolitisch gebenden Hooligans der Hammaburg* auf dem Kiez hatten das Label Thor Steinar längst von selbst aus dem Programm genommen und der erst im März eröffnete Eckladen Stavanger schloss nach mutwillig herbeigeführtem Glasbruch gleich ganz. Hier hatte man sich, wie in der Sächsischen Mutterfiliale auch, fast ausschließlich auf Thor Steinar konzentriert. Im Frühsommer dann Erleichterung bei Anhängern des extrem rechten Lifestyles: Am Lokstedter Steindamm öffnete Nordic Thunder (NT) seine Pforten. Zur Neueröffnung wurden Neonazis teilweise gezielt beworben. Die angebotenen Marken machten deutlich, dass man hier nicht nur mit rechtem Lifestyle kokettierte, sondern diesen offen vertrat. Neben Sturmhauben und Teleskopschlagstöcken fand man hier Kleidung von Walhall Germany des Weimarer Neonazis Ingo Grönwald (bekannt u.a. durch Vertrieb verbotener Landser-CDs), Doberman, Thor Steinar sowie im großen Umfang die Labels Sport Frei und H8wear (H8= hate). Sport Frei ist auf den langjährigen Bremer Nazikader Hendrik Ostendorf registriert, die gleichnamige Internet-Domain sowie H8wear betreibt der Hamburger Neonazi Lars Georgi. Dieser scheint in Bezug auf NT eine wichtige Rolle zu spielen. So verwies der Laden auf das Online-Angebot des Versanderfahrenen Georgi (früher TTV-Versand), dieser wiederum empfahl zur Anprobe seiner Ware besagtes Ladengeschäft. Ganz zum »neuen« Symboldiebstahl von Neonazis bei der Linken passten die ebenfalls angebotenen Che-Hemden sowie Merchandise des FC St. Pauli. Nach seiner Öffentlichmachung auf www.antifainfo.de versuchte NT zeitweise sogar seinem Schaufenster einen komplett »linken Anstrich« zu verpassen, im Ladeninneren änderte sich aber nichts. Ende August schloss NT dann völlig überraschend wieder, noch bevor AntifaschistInnen ernsthaft gegen ihn vorgehen konnten. Ob es nur an (offensichtlich) mangelnder Kundschaft lag bleibt vorerst unklar, ebenso, welche Verbindungen zu zwei gleichnamigen Nazi-Läden in Brandenburg und Berlin bestanden. Klar hingegen ist, dass es in Hamburg und anderswo, jetzt und in der Zukunft, keinen Platz für derartige Geschäfte geben darf. Denn wo rechter Lifestyle ungestört angeboten werden kann, können Neonazis auch ungestört agieren, agitieren und nicht zuletzt finanziell profitieren. Jeder geduldete Treffpunkt wird automatisch zum »Brückenkopf« extrem Rechter und lässt sich, ist er erst einmal etabliert, nur schwer wieder beseitigen. Auch wenn sich im Falle NT´s die Neonazis offenbar durch Unfähigkeit selbst das Handwerk legten, müssen AntifaschistInnen derartige Strukturen wachsam beobachten und ihnen entschlossen entgegen treten.

(Antifa InfoPool Hamburg)

* Der Laden Hammerburg in der Silbersackstraße auf dem Hamburger Kiez führt Hooligan-Bekleidung und hat eine kleine Wickingerecke. Er führte Anfangs Thor-Steinar-Klamotten, nahm diese aber sofort nach antifaschistischen Hinweisen aus dem Sortiment.

Weiterführende Links: www.stop-thorsteinar.de.vu www.turnitdown.de



Ehrentafel St.-Pauli

Am 9. November wurde im Stadion des FC St.Pauli eine Gedenktafel für die Opfer des Nationalsozialismus eingeweiht. Die Idee zur Errichtung dieser Gedenktafel, die den Text: »Zum Gedenken an die Mitglieder und Fans des FC St.Pauli, die während der Jahre 1933 bis 1945 durch die Nazi-Diktatur verfolgt oder ermordet wurden« trägt, hatte der Fanladen des FC St.Pauli. Viele Fans störten sich schon seit langer Zeit daran, das in der Südkurve ein Gedenkstein steht, der nur einer Gruppe gedenkt: die der in den beiden Weltkriegen gefallenen Soldaten. Neben dem Präsidenten des FC St.Pauli, Corny Littman, und der Landesvorsitzenden des VVN, Traute Springer-Yakar redete auch der Roger Hasenbein vom Sprecherrat für alle offiziellen Fanclubs des FC St.Pauli bei der Einweihung:»Für uns ist die Gedenktafel nicht nur historisch bedeutsam. Wir wollen auch ein Zeichen in der Gegenwart setzen.« Hasenbein bezog sich damit, unter anderem auf das Einziehen von Neonazis in die Parlamente und rechte Gröler, die sich immer wieder in den Stadien mit rassistischen und sexistischen Parolen bemerkbar machen.
Und auch generell bewegt sich in der Fan-Szene von St.Pauli vieles. So organisierte der Fanladen in Kooperaton mit AntifaInfoPool Hamburg, die Veranstaltung *Der Nazis neue Kleider*, bei der weit mehr als 90 St. Pauli-Fans zusammen mit PädagogInnen und AntifaschistInnen über neue »Dresscodes« der Neonazi-Szene diskutierten.

Rassenlehre an der Uni Hamburg verhindert

Am Dienstag, den 2.12. wollte die Neonazi-Aktivistin Thekla Kosche, zur Zeit Stdentin an der Hamburger Uni, einen Vortrag zur Rassenlehre im Nationalsozialismus halten. Das Seminar »Volkskunde im Nationalsozialismus« wurde auf Initiative von Studierenden ins Programm genommen. Hier wollten sie sich mit der Problematik auseinander setzen, eine bekennende Neofaschistin als Kommilitonin in ihrem Fachbereich zu haben und die Geschichte des Faches kritisch reflektieren. Die dort



studierende Thekla Kosche wollte dies jedoch als Propagandaforum missbrauchen. Auf ihrem Internet-Forum hatte sie am Morgen des Referats beschrieben, was ihre Motivation für den geplanten Vortrag war. »Ich empfinde absolute Achtung, Respekt und Bewunderung für diejenigen Menschen, die als Soldaten im 2.WK für die hohen und reinen Ziele der NS-Bewegung gekämpft haben und ihr Wertvollstes, nämlich ihr Leben, dafür gegeben haben. [...] Wenn mich deshalb jemand als ›Nazi‹ betiteln möchte - bitteschön, das wird mich von nichts abhalten.« Diese Provokation konnte nicht hingenommen werden. Rund 60 AntifaschistInnen, darunter viele Studierende, verhinderten den Vortrag. Dozent Prof. Lehmann zog es vor, einer Auseinandersetzung auszuweichen und das Seminar abzusagen. Der freigewordene Raum wurde zur Debatte über das weitere Vorgehen genutzt. Bereits im letzten Semester haben Studierende des Instituts den Fachbereich über die Neonazi-Tätigkeiten von Thekla Kosche informiert.

Adolf Hitler für 13 Euro

Rund 250 Nazis haben sich am Abend des 2. Oktober zum wiederholten Male in Neumünster versammelt, um das achtjährige Bestehen des Nazizentrums Club 88 zu feiern. Zu den Klängen schwedischer Liedermacher, welche im Laufe des Abends immer lauter wurden und immer mehr nach Nazi-Rockmusik klangen, gab es diverse Nazi-Devotionalien wie T-Shirts, CDs und Hitler-Büsten aus Gips - das Stück zu 13 Euro - zu kaufen.

Die Vorgeschichte: Im Vorlauf des achten Club 88-Jubiläums wurde vor allem deutlich, dass es so gut wie niemanden mehr interessierte, wenn bald wieder einige hundert Nazis in Neumünster feiern bzw. durch die Innenstadt ziehen würden. Lediglich die VeranstalterInnen eines – zeitgleich zu der Nazifeier – stattfindenden Punkkonzertes machten sich Gedanken um die Sicherheit des antifaschistischen Konzertes und der AJZ an diesem Abend. Die antirassistische Initiative Grenzgänger e.V. schrieb einige Wochen vor der Nazifeier an den Stadtrat Humpe-Waßmuth (SPD) einen Brief, in dem die Sorge geäußert wurde, dass aufgrund der Erfahrungen der vergangenen Jahre und der großen Mobilisierung – u.a. öffentliche Werbung in der *Deutschen Stimme* und Flugblätter auf dem Heß-Gedenkmarsch in Wunsiedel – wieder einige hundert Nazis in Neumünster zu erwarten seien.
Humpe-Waßmuth hatte sich in der Vergangenheit als wahres Genie im Verharmlosen und Herunterspielen von Naziaktivitäten hervorgetan, entsprechend fiel auch diesmal seine Antwort, per Brief und wenige Tage vor der Nazifeier, aus. Wie auch in den vergangenen Jahren wird die Feier »hinsichtlich der Eigenart der zu erwartenden Gäste von der Ordnungsbehörde und der Polizei mit dem nötigen Einsatz Lage-Angepasst begleitet werden«. Informationen hinsichtlich eines Konzertes lägen nicht vor, man werde aber »auf Grund der derzeitigen Lage (...) kein Konzert zulassen«. Wodurch sich nun der stattgefundene und der Stadt bereits im Vorfeld bekannte Auftritt der Liedermacher von einem Konzert unterscheidet, bleibt Humpe-Waßmuth´s Geheimnis. Der Brief endet mit dem »Rat«, »den direkten Kontakt mit rechtsextremen Personen zu vermeiden und keinen Anlass für Konfrontationen (zu geben)«. Eine Aussage, die jedem – potenziellen – Opfer von Naziübergriffen die Sprache verschlagen wird.

Der 2.Oktober:

Ab 18 Uhr versammelten sich die Nazis - die wie üblich aus der gesamten BRD und Dänemark kamen – am Club 88 um dort und in einem Zelt auf dem Hinterhof zu feiern. Der Hinterausgang des Hofes wurde versperrt, so dass jeder Gast durch den Club selbst gehen musste, damit den BetreiberInnen von niemandem die fünf Euro Eintritt entging, die für den »Liederabend« zu zahlen waren. Die Polizei war während des ganzen Abends präsent - der Verkauf von Hitler-Büsten schien für sie aber ebenso wenig Grund zum Einschreiten, wie die 12–14jährigen Kinder, die besoffen aus dem Club 88 torkelten. Lediglich als zum Ende der Feier die Musik immer lauter wurde, begab sich die Polizei in den Laden, mit dem Ergebnis dass die Musik etwas leiser gestellt wurde.

Festzuhalten bleibt, dass die Nazis und ihre Kader – von denen neben Christiane Dolscheid, Henning Fessert, Martin Engelbrecht und Jan Steffen Holthusen anwesend waren - in Neumünster mal wieder einen ruhigen Abend verleben konnten. Positiv zu bewerten bleibt lediglich, dass das Punkkonzert in der AJZ, mit Ausnahme einiger vorbeifahrender Nazis, ungestört stattfand und die Nazis sich nicht so wie in den vergangenen Jahren in der gesamten Innenstadt und dem Bereich um den Hauptbahnhof herum ausbreiten konnten. Am Bahnhof tauchten nur zweimal kleinere Gruppen von Nazis auf, die sich aber schnell wieder zurückzogen und mit Taxen zum Club »Heil Hitler« fuhren.

Es ist festzustellen, dass das Thema Nazis in Neumünster schon lange kein Öffentliches mehr ist. Denn gerade durch dieses Schweigen der Öffentlichkeit können die Nazis immer mehr Konzerte und Feiern abhalten sowie ihre Strukturen ungestört aufbauen und festigen – wie der Club 88 oder der Athletik Klub Ultra. Diese Nazifeiern sind eben keine harmlosen Freizeitgestaltungen, sie dienen den Nazikadern als Einnahmequelle, sie verkaufen dort ungestört rassistische Hetzmusik und nationalsozialistische Symbole, Jugendliche und Kinder finden dort vielleicht zum ersten Mal Zugang zu Nazistrukturen. Gewerkschaften, Vereine und Verbände in Neumünster müssen einsehen, dass dem Naziproblem nicht durch singuläre Ereignisse wie den »Antinazi-Sommer«, ein paar große Demos oder, die »Wehrmachtsaustellung« begegnet werden kann, sondern nur in dem diese Problematik kontinuierlich thematisiert und bearbeitet wird.

antifaschistische aktion neumünster

Seine Durchlaucht verleiht goldenen Bismarckorden an extrem rechten Ferdinand Fürst von Bismarck und sein schwarz-braunes Umfeld

Bismarck ist kein Hering

Die Gruftkapelle der Familie von Bismarck war am Tag der deutschen Einheit bis zum letzten Platz besetzt. Der Bismarckbund e.V. rief wie jedes Jahr »Deutsche aus allen Teilen des Vaterlandes in den Sachsenwald ... um des Gründers des Deutschen Reiches zu gedenken.« Ca. 150 Personen, darunter Vertriebene, Burschenschafter und Soldaten der Bundeswehr in Uniform, waren gekommen. Nach dem Gottesdienst, gehalten durch Pastor i.R. Bruno-Hermann Vahl aus Hamburg, durfte General a.D. Dr. Günter Kießling aus Rendsburg die diesjährige Laudatio halten. Der ehemalige Oberbefehlshaber der NATO, Alter Herr des Coburger Conventes und ehemaliges Beiratsmitglied im extrem rechten Neuen Deutschen Nationalverein, referiert seit Jahren am rechten Rand der Union z.B. bei der geschichtsrevisionistischen Zeitgeschichtlichen Forschungsstelle Ingolstadt. Bei der Staats- und Wirtschaftspolitischen Gesellschaft (SWG), die über Kontakte zur extrem Rechten verfügt, erläuterte er seine »Zehn Thesen gegen die Diffamierung der deutschen Wehrmacht« und hetzte gegen die »Wehrmachtsausstellung«. Für den Bismarckbund beschäftigte Kießling sich jetzt mit dem Thema: »Preussische Tugenden und das Problem der geistigen Neuordnung in Staat und Gesellschaft.« Er wetterte gegen die »Reeducation« nach dem »Untergang 1945«, geißelte die Auflösung Preußens 1947 durch die Alliierten als völkerrechtswidrig, beklagte sich über zu viel Demokratie und Gleichheit in der BRD und zu wenig Elite und Führung.
Höhepunkt der Feierlichkeiten war jedoch wie jedes Jahr die Ordensaufnahme neuer Mitglieder in den Bund und die Verleihung des Bismarckordens in Silber und Gold durch Ferdinand von Bismarck, Schirmherr des Bismarckbundes, Urenkel des Reichskanzlers und jetziges Familienoberhaupt. Neben Carl-Eduard Graf von Bismarck gehörte dieses Jahr der rechte Multifunktionär Albrecht Jebens zu den Empfängern des Ordens in Gold. Jebens war nicht nur Wahlleiter der letzten Vorstandswahlen des Bismarckbundes sondern sitzt auch im Vorstand der Gesellschaft für Freie Publizistik (GfP).
Ein weiterer Goldmedaillen-Empfänger war dieses Jahr Generalmajor a.D. Gerd-H. Komossa, häufiger Autor im revanchistischen *Ostpreußenblatt* und in der *Jungen Freiheit* und Referent bei der SWG.
Nur für einen Bismarckorden in Silber reichte es für einen Stefan Winckler. Eine Person gleichen Namens ist Präsidiumsmitglied des rechts-konservativen Studienzentrum Weikersheim.
Während der Ordensverleihung hielten Uniformierte des Traditionsvereins Lützower Jäger von 1813 Ehrenwache am Sarkophag des Reiskanzlers. Eigentlich hatte sich der Bismarckbund in den 90er-Jahren gegen die Teilnahme der strammen Militaristen ausgesprochen, weil der Name Bismarck zu viel mit dem Soldatischem in Verbindung gebracht würde. Vor allem aber, da durch den Spiegel bekannt wurde, dass Burschenschafter wehrsportähnliche Schießübungen bei den Lützowern durchführten. Diese Rücksichtnahme ist nun vorbei und auch die Erklärung von 1998 gegenüber der *Bergedorfer Zeitung*, man hätte den Bismarckbund von Rechtsextremisten gereinigt, offensichtlich hinfällig. Die Feierlichkeiten im Sachsenwald endeten schließlich mit einer Kranzniederlegung am Denkmal für das »Schlachtschiff Bismarck« zu den Klängen von »Ich hatte einen Kameraden«. Auch hier bewiesen der Fürst nebst Gattin und seine untertänigsten Kameraden historisches Bewusstsein: Kurz vor dem Zweiten Weltkrieg hatte die Familie von Bismarck gemeinsam mit Adolf Hitler das Kriegsschiff getauft.

Der Bismarckbund – Tummelplatz für Revanchisten, Monarchisten alte und neue Rechte

Der Bismarckbund e.V. – Vereinigung zur Wahrung deutschen Geschichtsbewusstseins wurde 1981 gegründet, hat ca. 500 Mitglieder und betrachtet es als seine Aufgabe, das »deutsch-preußische Geschichts- und Kulturbewusstsein« zu pflegen. Seine revanchistischen Ansprüche machte der Bund 1991 deutlich, als er die Vereinigung mit »Mitteldeutschland« feierte und um den Verlust der Teile Deutschlands trauerte, »die bereits 1945 unter polnische Verwaltung gestellt worden waren«. Mitbegründer und stellvertretender Vorsitzender war bis 1995 Hugo Wellems, im NS Referent des Ministeriums für Volksaufklärung und Propaganda, nach 1945 langjähriger Herausgeber des *Ostpreußenblattes* und Vorsitzender der SWG. Bei der Gründung des Bismarckbundes wurde auch Robert Jahn in den Vorstand gewählt. Drei Jahre zuvor hatte Jahn an einem Treffen der illegalen NSDAP in Detmold teilgenommen und wurde mit der Organisation der Neonazis in Norddeutschland beauftragt. Nach Wellems Tod wurde 1995 der ehemalige Europaabgeordnete der Republikaner Prof. Emil Schlee stellvertretender Vorsitzender im Bund. Bundesvorsitzender des Bismarckbundes ist seit 1994 der rechtsaußen Publizist Uwe Greve, Landesvorsitzender der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung der Union. Er schrieb für *Criticon*, machte sich in der *Jungen Freiheit* 1993 für eine Koalition aus CDU und REPs stark und veröffentlichte u.a. 2003 im extrem rechten Arndt-Verlag die Schrift *Lager des Grauens – Sowjetische KZ's in der DDR nach 1945*. Als Referent betätigte Greve sich für das Studienzentrum Weikersheim sowie natürlich für die



24. Januar 1991 Wochenblatt

Landsmannschaft gedachte der Bismarck'schen Reichsgründung

Kranzniederlegung und Totenehrung



Der Traditionsverband der Lützower Jäger ist ein fester folkloristisch/revisionistischer Bestandteil der Feierlichkeiten in Aumühle – als Verbindung zwischen deutschen Befreiungskriege und Bismarkscher Reichsgründung.

SWG. Als Beisitzer im Vorstand des Bismarckbundes betätigen sich momentan der Millionärssohn Sebastian Greve und der Carl-Schmitt-Verehrer Roger Zoerb, beide aus der schlagenden Verbindung Corps Irminsul. Während sich die Bismarckjünger am 3. Oktober noch republikanisch geben, so lässt man im Januar jeden Jahres die demokratische Maske fallen: man hält Reichsgründungfeiern ab.
Die Reden bei Feiern hielten außer Schlee, Wellems und Greve u.a. Dr. Hans Filbinger, NS-Marinerichter, und Gründer des Studienzentrum Weikersheim (1989); Harald Rüddenklau, Vorsitzender des Neuen Deutschen Nationalvereins (1990); Karlheinz Weißmann, Vordenker der »Neuen Rechten« (1993); Stefan Wartisch, war geplant für 1996, seine Mitgliedschaft wurde öffentlich gemacht, die Feiern abgesagt.
Unter den Ordensempfängern der vergangenen Jahre befanden sich nicht nur intellektuelle Rechte wie heute, sondern auch militante Neonazis wie Axel Zehnsdorf (FAP) oder Ulf Kretschmann, der 1984 beim Waffenschmuggel erwischt wurde und aus dem Umfeld von Michael Kühnens ANS stammte.

Der braune Fürst

Wenn man in den Zeitungen über Ferdinand Fürst von Bismarck liest, dann meist in den Klatschspalten, wo über seine Ländereien und diversen Immobilien, sein Treffen mit anderen Familien des europäischen Hochadels, High-Society-Partys in seiner Luxus Villa in Marbella/Spanien oder seinen Golf- und Countryclub bei Potsdam berichtet wird. Dabei lassen sich Kontakte ins extrem rechte Lager schon länger nachweisen: Zum 8. Mai 1995, fünfzig Jahre nach der Befreiung vom Faschismus, unterzeichnete er zusammen mit anderen »neuen« und alten Rechten einen gemeinsamen Aufruf aus dem Umfeld der *Jungen Freiheit*. Der Zeitung gab er auch ein Interview. Selbst zur Feder griff der Fürst für die SWG-eigene Schrift *Fragen zur Zeit*, in der er den Beitrag *War Bismarck Hitlers Wegbereiter* schrieb, als Referent trat er für die Bildungsgesellschaft natürlich auch auf.
Lange ist der Ur-Enkel des Reichsgründers auch im revanchistischen Spektrum tätig, hier besonders für den Schulverein zur Förderung der Russlanddeutschen in Ostpreußen. Der Schulverein um den Neofaschisten Dietmar Munier ist schon lange in der extrem Rechten aktiv. So wurde schon 1993 über den Verein berichtet: »In diesem Umfeld sind unter Beteiligung Muniers auch der ›Schulverein zur Förderung der Russlanddeutschen in Ostpreußen‹ sowie die ›Gesellschaft zur Siedlungsförderung in Trakehnen mbH‹ gegründet worden ... Munier wie auch andere Rechtsextremisten ... verfolgen dabei offenkundig das Ziel, mit der Wiederansiedlung Deutschstämmiger Gebietsansprüche zu untermauern«. Munier hat schon lange Einreiseverbot in Russland, die Aktivitäten seines Schulvereins wurden schon 1995 durch Presse und Fernsehen öffentlich gemacht. Trotzdem verlieh Fürst Ferdinand im Dezember des selben Jahres Dr. Hartwig Thieme und seiner Frau »in Anerkennung der Verdienste für vaterländische Treue und für das bewiesene preußische Staatsbewusstsein« einen Bismarckorden für deren Arbeit im Schulverein. 1998 luden Fürst und Fürstin Bismarck Vorstand und Aktive des Schulvereins zu einem Essen nach Friedrichsruh im Sachsenwald ein. Zum 10-jährigen Jubiläum schrieb das *Ostpreußenblatt* 2002: »Seine langjährige Verbundenheit mit dem ‚Schulverein' wollte Ferdinand Fürst von Bismarck, Urenkel des Reichsgründers, in diesem Jahr durch eigene Anwesenheit demonstrieren«, und lud erneut in sein Schloss ein. Ob diesmal auch der Antisemit Horst Mahler der Einladung folgte, ist unbekannt, er ist jedenfalls Aktiver des Schulvereins und sprach 1999 auf dessen Jahreshauptversammlung.
Erst seit zwei Jahren engagiert sich der Urenkel des Eisernen Kanzlers nun auch im Beirat der Preußischen Gesellschaft Berlin-Brandenburg, einer Organisation von Monarchisten, autoritären Neoliberalen und Erzreaktionären. Zum Neujahrsempfang 2003 der Gesellschaft mit mehr als 1.000 Gästen kamen außer Preußenfans viele Personen aus Politik, Militär und Kultur, aber auch neofaschistische Funktionäre wie: Peter Dehoust (Herausgeber von Nation & Europa), Albrecht Jebens (s.o.), Rolf Schlierer (BuVo der REP), Günther Schwemmer (DVU-Großspender) und Klaus Weinschenk (ehemalig LaVo der REP in Berlin).
Fürst Ferdinand ist übrigens nicht das einzige Familienmitglied mit einem Herz für Rechte. Zur Bürgerschaftswahl in Hamburg 2001 schrieb seine Schwester, Jet-Set-Gräfin Gunilla von Bismarck, einen Leserbrief an die *Nationalzeitung*: »Mit Bewunderung verfolge ich den mutigen Einsatz der DVU in Hamburg. Es ist traurig, was sich in der Stadt abspielt. Aber ich liebe Hamburg. Meine Unterstützung ist Ihnen gewiss.«

Ob eine Unterstützung reaktionärer und neofaschistischer Kreise auch in finanzieller Hinsicht durch die Multimillionäre der Familie von Bismarck gewährt wird, bleibt vorerst offen.
(erk)

aus: Lokalberichte Hamburg, Ausgabe 21/04

Eine PDS-Anfrage und eine angeblich ahnungslose Bundesregierung

Wer oder was ist die »Preußische Treuhand«?

Im Frühsommer des Jahres 2000 reichte die damalige PDS-Bundestagsfraktion bzw. deren damalige innenpolitische Sprecherin Ulla Jelpke eine Anfrage an die Bundesregierung zu deren Haltung gegenüber Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) ein. Anlass der Anfrage war ein Artikel in der Zeitschrift *Deutscher Ostdienst* (Herausgeber: Bundesverband der Vertriebenen, BdV). In ihrer Ausgabe Nr. 16 vom 20. April 2000 stufte die Redaktion dieser Zeitschrift »die Entscheidung der ›Ostpreußischen Landesvertretung‹, des ›obersten Beschlussorgans‹ der LO, in der sich diese im März 1997 weigerte, das Eintreten für die ›nationale und staatliche Einheit Deutschlands unter Einschluss Ostpreußens‹ aus ihrer Satzung zu streichen, als eines der ›wesentliche(n) Verdienste‹ des amtierenden Vorsitzenden der LO ein«.

Der *Deutsche Ostdienst*, so die PDS, »unterstützt damit die Verfechtung von außenpolitischen Zielen, die im Widerspruch zum Potsdamer Abkommen, zu zahlreichen internationalen Verträgen der Bundesrepublik Deutschland (u.a. dem Zwei-plus-Vier-Vertrag) und im Widerspruch zum Grundgesetz stehen.«

Die Satzung der Landsmannschaft Ostpreußen in der vom *Deutschen Ostdienst* zitierten Form behauptet, die deutsche Einheit sei nicht erreicht, »zu ihrer Verwirklichung gehöre die Annexion der Gebiete des früheren ›Ostpreußens‹ an das Territorium der Bundesrepublik Deutschland. Die Satzung der LO verpflichtet damit Mitglieder und Funktionäre der LO zu einer Politik, die den Frieden gefährdet, jede Politik der guten Nachbarschaft mit den Staaten Osteuropas untergräbt und gegen die Verfassung der Bundesrepublik Deutschland verstößt.«

Die PDS wollte von der Bundesregierung wissen, welche »verfassungsschutzrelevanten Erkenntnisse ihr über die oben genannten territorialen Forderungen der Ostpreußischen Landsmannschaft« vorliegen, ob sie Erkenntnisse über eine rechtsextreme Durchsetzung der Landsmannschaft habe, ob die LO Geld von der Bundesregierung erhalte usw.

Die Antwort der Bundesregierung fiel wie üblich absolut ahnungslos und desinteressiert aus. Ihr lägen keinerlei Erkenntnisse vor, dass von der LO »territoriale Forderungen in verfassungsschutzrelevanter Weise propagiert werden.« Auch eine rechtsextreme »Durchsetzung« der LO »im Sinne der Anfrage ist nicht bekannt.« Die Förderung der LO aus Bundesmitteln sei eingestellt.

Auch über eine rechtsextremistische Ausrichtung des *Ostpreußenblattes* lägen ihr keine »Erkenntnisse« vor. »In einzelnen Fällen hat die Zeitung allerdings Beiträge von Rechtsextremisten veröffentlicht.« (Alle Zitate aus der Bundestagsdrucksache 14/3469, 29.5.2000).

So lakonisch die Antwort der Bundesregierung ausfiel, so wütend reagierte die Landsmannschaft. Sie verklagte die Abgeordnete und den damaligen Vorsitzenden der PDS-Fraktion, Gregor Gysi, auf Unterlassung vieler Vorwürfe. Fast eineinhalb Jahre später, am 31. Januar 2002, meldete die PDS, dass die Klage der LO auch in zweiter Instanz beim OLG Celle rechtskräftig abgewiesen sei.

14. Dezember 2000: Die Preußische Treuhand wird gegründet

Wenige Monate nach der gespielt ahnungslosen Antwort der Bundesregierung, am 14. Dezember 2000, gründeten Vertreter der Landsmannschaft Ostpreußen mit anderen die Preußische Treuhand GmbH (Büroanschrift heute: Werstener Dorfstraße 187, 40591 Düsseldorf, Tel. 0211-39 57 63, Fax 02964-94 54 59).

»Die Landsmannschaft Ostpreußen und die Landsmannschaft Schlesien sind zusammen mit 50% beteiligt. Außerdem haben vier weitere Landsleute – zugleich auch Funktionsträger im Vertriebenenbereich – Kapital als Einlage für die Treuhand GmbH zur Verfügung gestellt« (zit. aus der Homepage der Treuhand).

Ziel sei die »Sicherung des Anspruchs bzw. Rückgabe des im Osten von den Vertreiberstaaten rechtswidrig konfiszierten Eigentums«. »Die Preußische Treuhand GmbH und Co. Kommanditgesellschaft auf Aktien ist eine vom BdV unabhängige, selbständige Organisation, die die offen gehaltene Eigentumsfragen so schnell als möglich einer für alle Beteiligten befriedigenden Regelung zuführen will.« (ebenda, fehlerhaftes Deutsch im Original)

Brandstifter auf Aktienbasis

Auf ihrer Homepage schildert die Preußische Treuhand ihre weitere Entwicklung so:

»Am 18. September 2001 ... wurde die Treuhand GmbH zu einer KG a.A. erweitert. Es geht jetzt um die Sammlung weiterer Aktionäre der Preußischen Treuhand (GmbH & Co. KG a.A.), um die Preußische Treuhand finanziell zu stärken, damit sie ihre Aufgabe wirksam wahrnehmen kann. Die Argo wurde Gründungsmitglied und ist mit Professor von Waldow im Aufsichtsrat vertreten.« Unter dem Kürzel Argo verbirgt sich Arbeitsgemeinschaft Ost.

Auf ihrer Homepage wirbt die Treuhand für den Kauf ihrer Aktien. »Um das Kapital für eine wirksame Arbeit der Treuhand schnell aufzubringen, sollten sich möglichst schnell viele Landsleute und interessierte Unterstützer beteiligen. Die kleine Beteiligung ist eine Aktie von 100 DM (= 50 Euro). Diejenigen, die es aufbringen können, sind aufgerufen, sich an der Aktion 1000 x 1000 zu beteiligen. D.h., wenn sich in kurzer Zeit 1000 Landsleute oder Unterstützer mit je 1000 DM (=10 Aktien beteiligen), kann sehr schnell ein effektiver Geschäftsbetrieb zur Sicherung der Eigentumsansprüche aufgenommen werden.« (alle Zitate nachzulesen unter www.ostpreus-

sennrw.de/Treuhand/PVerwirklichung.html).

Inzwischen hat diese Gesellschaft, so Rudi Pawelka, bereits »über tausend Aktionäre« gewonnen. »Mehrere hunderttausend Euro seien durch die Beteiligung der meist selbst Vertriebenen schon zusammen gekommen.« (www.politikerscreen.de). In Musterklagen vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg und anderen internationalen Gerichten will die Gesellschaft ihre Ansprüche vorbringen. Mehr als einhundert Klagen seien bereits in Vorbereitung. Ziel sei es, »eine Rückkehr vertriebener Deutscher auf ihre einstigen Immobilien zu ermöglichen.« »Allein in Kattowitz hätten sich bei einer deutschen Kulturvereinigung über 700 deutschstämmige Polen gemeldet, die Restitutionsansprüche geltend machen wollen.« (Die Welt, 4.8.2004)

In der Presse wird spekuliert, die Treuhand, die sich auch mit dem englischen Titel Prussian Claims Societ" schmückt (ein Name, der offensichtlich auf die Jewish Claims Society anspielt, die Ansprüche von Holocaustüberlebenden vertritt), könne auch vor US-Gerichten Klagen einreichen, ähnlich den vor Jahren eingereichten Entschädigungsklagen von Überlebenden der NS-Zwangsarbeit gegen deutsche Konzerne. Dass solche Klagen aber je vor einem US-Gericht zugelassen werden, darf bezweifelt werden.

Das Trio Pawelka, Parplies, von Waldow und sein schwarz-braunes Netz

Öffentlich in Erscheinung getreten für die Preußische Treuhand sind bisher im Wesentlichen drei Personen: Professor Alexander von Waldow, Mitglied des Aufsichtsrats, Hans-Günther Parplies, stellvertretender Vorsitzende des Aufsichtsrats, und der schon genannte Rudi Pawelka.

Der 81-jährige Alexander von Waldow stammt nach einem Bericht des Deutschlandfunk (13.7.2004) aus Eckernförde und ist zugleich stellvertretender Geschäftsführer der Treuhand. Seine Eltern besaßen ein Schloss nahe Landsberg an der Warthe, das nach einem Bericht der *Rheinischen Post* (13.2.2004) Mitte des 19. Jahrhunderts als Schloss Merenthin erbaut worden war. Dieses Schloss samt 3.500. Hektar Land will der Nachkomme preußischer Adliger jetzt zurückhaben. (www.german-foreign-policy, 26.2.2004)

1998 hatte eine polnische Firma die heruntergekommene Immobilie ersteigert und baute sie – laut Deutschlandfunk auch mit Hilfe derer von Waldow – zu einem schönen Tagungs- und Schulungszentrum um. Im Herbst 2002 feierte man die festliche Eröffnung. Kurz danach aber teilte der zuvor kooperative Alt-Eigentümer von Waldow den neuen Besitzern mit, dass er sich als rechtmäßiger Eigentümer sehe und die Immobilie zurück habenwolle. Die in der Nähe von Gorzow Wielkopolski befindlichen Ländereien seien »geklautes Land«, behauptet von Waldow in Interviews.

Seine Familie distanziert sich von diesem Herrn. Die *Berliner Zeitung* veröffentlichte am 7.8.2004 einen Leserbrief, in dem es hieß: »Alexander von Waldow ist für uns ein Außenseiter und handelt nicht im Namen unserer Familie. Wir lehnen die Bemühungen der Preußischen Treuhand um Rückgabe entschieden ab. Wir sind dankbar, dass die neuen polnischen Eigentümer von Merenthin unser Schloss vor dem Verfall gerettet haben. Bewusst respektieren sie die Geschichte, die mit unserem Namen verbunden ist, und pflegen den Kontakt mit unserer Familie.« Unterzeichnet war der Brief von Hans Eberhard von Waldow, Pittsburgh, USA.

Hans Günter Parplies, der stellvertretende Aufsichtsratschef der Treuhand, ist ein weiteres Beispiel dafür, wie scheinheilig die öffentlichen Distanzierungen der Vorsitzenden des Bund der Vertriebenen, der CDU-Rechtsaußen und Bundestagsabgeordneten Frau Steinbach, von der Preußischen Treuhand und die nach außen hin gespielte Ahnungslosigkeit der Bundesregierung in Wirklichkeit sind. Parplies ist unter anderem stellvertretender Vorsitzender des Bundes der Vertriebenen, der aus dem Haushalt von Bundesinnenminister Schily und aus dem Etat des Kanzleramts bis heute mit Millionenzuschüssen gesponsort und am Leben gehalten wird.

Hauptsprecher der Preußischen Treuhand aber ist Rudi Pawelka, in Personalunion auch Vorsitzender der Landsmannschaft Schlesien. Wes Geistes Kind dieser Mann ist, wird schon daran erkennbar, dass er jeden Verweis auf das Potsdamer Abkommen als »abwegig« einstuft.

In einer Ansprache auf dem Schlesier-Treffen in Nürnberg am 15.7.2001 hetzte Pawelka gegen »Eiferer«, »denen es mehr oder weniger nur darum geht, deutsche Schuld zu kultivieren«, während er »uns« – also das Publikum des Schlesier-Treffens – »als Opfer eines der größten Völkerrechtsverbrechens« sieht. Die frühere DDR ist für ihn bis heute »Mitteldeutschland«. Es sei »ein weitverbreitetes Übel, dass grobe Vereinfacher die Vertreibung der Deutschen als Kriegsfolge hinstellen«. Selbst die ARD-Sendung *Die Vertriebenen, Hitlers letzte Opfer* sei eine »Ablenkung von den wahren Tätern«. Innenminister Schily dagegen erhält von ihm anerkennende Worte für seine »Amtsführung im Bereich der Ihnen verbliebenen Aufgaben im Vertriebenenbereich«, insbesondere wohl für die jährlichen Millionenzahlungen an den BdV, muss aber gleichzeitig heftige Kritik einstecken, weil die Regierung 84.600 Euro aus Mitteln für die »Kulturarbeit« des BdV für eine Ausstellung über die Opfer von Lidice »abgezweigt« habe. Selbst das Wort der polnischen Bischöfe von 1965 »Wir gewähren Vergebung und bitten um Vergebung« ist Pawelka zu wenig: »Eine Entschuldigung muss schon her«.

Dokumentiert ist diese Rede Pawelkas auf der Homepage

www.freikon.de – Untertitel: *Die freiheitlich-konservative Ideenbasis.* Betrieben wird diese Homepage von einem Torsten Rimane aus Braunschweig. Als Förderer nennt der unter anderem die Paneuropa Jugend Niedersachsen/Bremen und die Braunschweiger Burschenschaft Germania. Als Referenten für Jugendverbände vermittelt *Freikon* unter anderem den CDU-Bundestagsabgeordneten Norbert Geis und den CSU-Landtagsabgeordneten, langjährigen CSU-Generalsekretär und jetzigen bayerischen Wissenschaftsminister Thomas Goppel. Von *Freikon* empfohlene Referenten sind außerdem Andreas Schwegel, stellvertretender Vorsitzender der Jungen Union Niedersachsen, und Karl Ludwig Bayer. »1972 wurde Karl Ludwig Bayer Verleger der von William S. Schlamm redigierten Zeitschrift ZEITBÜHNE. Seit 1976/77 ist er Herausgeber des konservativen Ideenmagazins EPOCHE ... Im Herbst 2001 feierte die EPOCHE, deren Gründungspräsident Otto Schedl (Stellvertreter von Ministerpräsident Alfons Goppel) war, ihren 25. Geburtstag«, stellt *Freikon* ihn vor.

Zu den Organisationen, die *Freikon* empfiehlt, zählt unter anderem das Studienzentrum Weikersheim, die Aktion »Wahre Liebe wartet« und der »Verein zur Wahrung der deutschen Sprache«. Als empfehlenswerte Zeitungen und Zeitschriften gelten den *Freikon*-Machern unter anderem der *Bayernkurier* und die *Junge Freiheit*, das *Ostpreußenblatt* sowie die ebenfalls in braunen Kreisen geschätzten Zeitschriften *Criticon* und *Deutschland-Magazin*. Nicht überraschend findet sich auf der »Studentenseite« von *Freikon* der Hinweis, für »freiheitlich-konservative Studenten« sei es »fast schon eine Pflicht, einer Studentenverbindung beizutreten.«

Bundesregierung wettert öffentlich und winkt zugleich mit Knete

Ob dem schwarz-braunen Netzwerk aus Bund der Vertriebenen, Preußische Treuhand & Co. am Ende Erfolg beschienen sein wird? Nicht nur in Polen ist die Empörung groß. Selbst das für linke Anwandlungen unverdächtige Düsseldorfer *Handelsblatt* hatte sich schon vor Wochen über die BdV-Vorsitzende Frau Steinbach empört. »Es gibt Momente, da schweigt man besser. Hätte die Vorsitzende des Bundes der Vertriebenen, Frau Erika Steinbach, auch nur ein Quäntchen Feingefühl, dann hätte sie diese Regel beherzigt«, schimpfte das Blatt Ende Juli über die unsäglichen Sprüche von Steinbach im Kontext der Erinnerungen an den Warschauer Aufstand 1944, und bedauerte: »Offensichtlich scheint es in der CDU niemanden zu geben, der Frei Steinbach das Schweigen lehrt.«

Offensichtlich nicht nur das. Schließlich hatte die von der rot-grünen Regierung finanzierte Bundeszentrale für politische Bildung Steinbach zu eben diesem Thema – dem von deutschen Truppen mit einem fürchterlichen Gemetzel niedergeschlagenen Warschauer Aufstand – als Hauptrednerin für eine Festveranstaltung geladen.

Nicht minder deutlich fällt der Kommentar derselben Wirtschaftszeitung zu den Aktivitäten der Preußischen Treuhand aus. Unter der Überschrift *Unselige Debatte* warf die Zeitung am 12.8. der Treuhand vor, wer an der deutsch-polnischen Aussöhnung rüttele, »der zündelt.« Die Tätigkeit der Treuhand sei geeignet, die deutsch-polnischen Beziehungen »nachhaltig zu vergiften«. Der Warschauer Bürgermeister Lech Kaczynski habe völlig zu Recht »auf den groben Klotz der Preußischen Treuhand ... einen groben Klotz« gesetzt. Kaczynski habe die Schäden ausrechnen lassen, »die Deutsche der polnischen Hauptstadt und ihren Bewohnern im Krieg angetan hatten. Zusammenaddiert haben die Experten 39 Milliarden Dollar. Doch wichtig ist nicht die exakte Zahl, sondern die Botschaft, die von ihr ausgehen soll: Lasst angesichts des millionenfachen Leids, das der Krieg über Polen gebracht hat, die Finger von Entschädigungsdebatten.«

In deutschen Wirtschaftskreisen ist man also anscheinend erbost über die Aktivitäten der Treuhand. Das ermunterte auch Kanzler Schröder, diese schärfer zu kritisieren, als die Regierung sonst mit Umtrieben der »Vertriebenenverbände« umgeht. Auf der Gedenkfeier zum Warschauer Aufstand in Warschau verkündete Schröder, die Regierung werde den Aktivitäten der Treuhand falls nötig auch vor internationalen Gerichten entgegentreten. Das könnte die Prozessaussichten der Treuhand erheblich verschlechtern.

Entsprechend scharf kritisierte Frau Steinbach vom BdV sofort diese Ankündigung Schröders. Gleichzeitig forderte sie ein neues »Entschädigungsgesetz«, um angeblich noch immer bestehende Vermögensansprüche deutscher Adliger, deutscher Firmen usw. in Osteuropa zu befriedigen. Das würde, so Steinbach, auch für Polen »Rechtssicherheit« schaffen.

Eine solche neuerliche Entschädigungszahlung der Bundesregierung für ehemalige Junker und deren Nachkommen könnte auch anderen Klägern gelegen kommen. Auch die einflussreiche Töpfer-Stiftung in Hamburg klagt vor dem Europäischen Gerichtshof in Luxemburg wegen früherer Güter im Osten. Dazu gehört nach einem Bericht der Homepage *www.german-foreign-policy.de* vom 3.2.2004 unter anderem das frühere Gut Kalkhorst, das vor 1945 als »Reichsführerschule« diente.

Die Bundesregierung hat die Forderung Steinbachs zunächst öffentlich zurückgewiesen und darauf hingewiesen, dass seit 1945 bereits 74 Milliarden Euro Zahlungen im Rahmen des »Lastenausgleichs« geflossen seien.

Offensichtlich aber können deutsche Junker und deren Erben den Hals nie voll genug kriegen.

Nachdem Steinbach wenige Tage später andeutete, die von ihr geforderte Summe werde vielleicht nicht allzu hoch sein, scheint die rot-grüne

Bundesregierung wieder einmal einknicken zu wollen. Es gibt Andeutungen, dass möglicherweise im Hintergrund schon verhandelt wird zwischen BdV und Regierung, um mit einer neuerlichen Zahlung – verbunden mit rechtlichen Regelungen – »Rechtsfrieden« zu schaffen. Im BdV selbst hat allein die Ankündigung Steinbachs, möglicherweise sei ihr Verband mit einer geringen Zahlung zufrieden, für energische Proteste gesorgt. Nach einem Bericht der *Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung* und des *Tagesspiegel* vom 22.8.2004 soll Frau Steinbach auf einer Vorstandstagung des BdV dafür scharf gerügt worden sein – ihre Konzessionsbereitschaft verstoße gegen die Satzung und alle Beschlüsse des BdV, hieß es. Die Kampagne der Preußischen Treuhand hat die Geldgier der BdV-Funktionäre und ihres Umfelds offenbar voll entfacht.

Auch wenn die Preußische Treuhand an Verhandlungen zwischen BdV und Regierung nicht beteiligt ist, hätte sich die schwarz-braune Kampagne für die Initiatoren so am Ende gelohnt. Erneute Zahlungen an alte Junkerfamilien und deren Erben wären so das faktische Ergebnis der Hetze von Treuhand & Co.

Auch die finanzielle Förderung der »Vertriebenenverbände« durch die Bundesregierung – jedes Jahr fließen aus dem Bundeshaushalt an diese zweistellige Millionenbeträge – scheint durch die neuerliche Auseinandersetzung und die damit verbundene Vergiftung und Beschädigung der deutsch-polnischen und deutsch-tschechischen Beziehungen offenbar nicht berührt. Auf die Zahlungen aus dem Etat von Schily, Schröder & Co. dürfen die Eigentümer der Preußischen Treuhand und ihr Umfeld in den »Vertriebenenverbänden« nach dem, was man so aus Regierungskreisen und insbesondere aus dem Hause von Schily hört, auch in Zukunft weiter rechnen.

rül

Trügerische Hoffnungen auf die USA

Sollte die Kampagne der Preußischen Treuhand weitergehen, hofft die polnische Regierung ebenso wie die Regierung der Tschechischen Republik, die mit ähnlichen Anmaßungen aus Kreisen der Sudetendeutschen Landsmannschaft konfrontiert ist, auf noch auf einen anderen Verbündeten. Wer bei Schröders Besuch in Warschau die Fernsehberichte genau verfolgte, bemerkte ihn dort: US-Außenminister Powell bzw. generell die US-Regierung.

Gegen deutsche Großmachtansprüche, so die Hoffnungen in Warschau und Prag, schützen die USA. Schon einmal haben sich diese Hoffnungen erfüllt. Als Bundesaußenminister Kinkel (FDP) 1995 gemeinsam mit der Sudetendeutschen Landsmannschaft offen auf Rückgabe deutschen Eigentums in Tschechien drängte und dazu auch das Potsdamer Abkommen wiederholt in Zweifel zog, veröffentlichte die US-Botschaft in Prag eine scharfe Warnung. Ihre »Offizielle Erklärung« hatte folgenden Wortlaut:

»Washington, 14. Februar 1996. Die Entscheidungen, die auf der Potsdamer Konferenz von den Regierungen der USA, des Vereinigten Königreichs und der damaligen Sowjetunion im Juli und August 1945 getroffen wurden, waren fest verankert im internationalen Recht. Die Entscheidungen der Konferenz sind seitdem viele Male in verschiedenen internationalen und bilateralen Vereinbarungen bekräftigt worden. Die Konferenz anerkannte, dass der Transfer der ethnisch deutschen Bevölkerung der Tschechoslowakei geschehen müsse. Artikel XIII des Konferenzberichts forderte, dass diese Umsiedlung ‚ordentlich und human' geschehen müsse.« Und dann: »Die Ergebnisse der Potsdamer Konferenz sind historische Tatsache und die Vereinigten Staaten sind zuversichtlich, dass niemand sie in Frage stellen will.«

1995 reichte diese Warnung, um Kinkel zum Schweigen zu bringen. Die Kampagne der Sudetendeutschen Landsmannschaft aber ging weiter – ebenso wie die anderer Landsmannschaften im BdV. Dass die USA ein zweites Mal eingreifen, darf deshalb bezweifelt werden.

Hans-Joachim von Leesen – ein Vielschreiber rechts außen

Rechts-Schreiber

Mit Hans-Joachim von Leesen aus dem nahe Kiel gelegenen Mönkeberg hat die reaktionäre Rechte seit vielen Jahren einen regen Vielschreiber gefunden. Insbesondere seitdem von Leesen seine Tätigkeit als hauptamtlicher Geschäftsführer des Schleswig-Holsteinischen Heimatbundes (SHHB), welche er seit 1980 ausübte, beendet hat, ist er Autor zahlreicher Beiträge in der *Jungen Freiheit* (JF), dem *Ostpreußenblatt* (OPB) bzw. der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* (PAZ) oder der *Deutschen Militärzeitschrift* (DMZ). Letztere wird seit kurzem verlegerisch vom Verlag des Faschisten Dietmar Munier betreut.

Das Spektrum der Themen, zu denen sich von Leesen zu Äußerungen berufen fühlt, ist breit. Es reicht von der Beutekunst über die Situation in Dänemark bis hin zu Themen wie Arbeitslosigkeit und Homosexualität. Mit Argus-Augen verfolgt von Leesen auch die Entwicklung der CDU/CSU, die ihm deutlich zu weit links steht.

Sein besonderes Augenmerk gilt jedoch historischen und militärgeschichtlichen Themen. So äußerte er sich jüngst in der *PAZ* als auch in der *DMZ* zum Thema Niederschlagung des Herero-Aufstandes durch deutsche Kolonialtruppen im Jahre 1904. Damals hatten im heutigen Namibia bewaffnete Herero-Gruppen einen Aufstand gegen die deutsche Kolonialmacht begonnen. Dieser wurde von den deutschen Kolonialtruppen brutal niedergeschlagen; über 50.000 Hereros starben in Folge der Auseinandersetzungen. Erst fast einhundert Jahre später fanden Angehörige der Hereros den Mut, die ehemalige Kolonialmacht zur Verantwortung zu ziehen und reichten im September 2001 in den USA eine Schadensersatzklage gegen zwei deutsche Firmen und die Berliner Regierung als Rechtsnachfolgerin des Deutschen Reiches ein. Erst während eines Besuches von Entwicklungshilfe-Ministerin Wieczorek-Zeul rang sich Deutschland zu einer – wie es die FAZ nannte – ,christlich motivierten Entschuldigung' durch, aus der sich jedoch - darauf legte auch die Vertreterin der Bundesregierung wert – keine rechtsrelevanten Ansprüche auf Entschädigung ableiten ließen. Folgt man von Leesen, so habe die deutsche Kolonialmacht sich vor allem als Friedensstifterin betätigt und gegenüber den Aufständischen gar keine andere Wahl gehabt.[1] Während der rechte Viel-Schreiber beklagt, dass die Erforschung und Darstellung der Geschichte des deutschen Kolonialismus stark durch Arbeiten aus der DDR geprägt sei, die früh die Akten des Reichskolonialamtes ausgewertet hätten, so empfiehlt er als geeignete Lektüre die Bücher des Faschisten Claus Nordbruch, der zu diesem Thema auch in zahlreichen Zeitschriften der extremen Rechten vertreten war. Kein Wunder also, dass die Ausführungen von Leesens und Nordbruchs inhaltlich quasi deckungsgleich sind.[2]

Auch bei der Bombardierung deutscher Städte gilt von Leesens Bemühen dem Nachweis, dass die Alliierten, insbesondere Großbritannien, mindestens ebenso verbrecherisch waren wie das NS-Regime. So betont er in einer Artikelserie in der *DMZ*[3], dass es »für die deutsche Seite aus politischen Gründen notwendig ist, bei der Betrachtung des Luftkrieges gegen die Zivilbevölkerung im Zweiten Weltkrieg die Frage nach dem Ersttäter zu stellen.«[4] Dann entwickelt von Leesen die These, dass die britische Armeeführung bereits früh das Konzept von Langstreckenbombern verfolgt habe, während dieser Idee von deutschen Militärs kaum Bedeutung beigemessen worden sei.

Ein umfassenderer Einsatz von Bombenflugzeugen durch die Nazis scheiterte an den unzureichenden Kapazitäten der deutschen Rüstungsindustrie. Moralische Bedenken gegen einen strategischen Luftkrieg bestanden nicht, wie Görings spätere Aussage beim Nürnberger Kriegsverbrecherprozess verdeutlicht: »Wenn ich keine viermotorigen Bomber zu Anfang oder in jenem Stadium geschaffen habe, dann nicht deshalb, weil ich Bedenken gehabt haben würde, diese könnten mir eventuell als eine Angriffsluftwaffe ausgelegt werden. Das hätte mich keinen Augenblick gestört. Ausschließlich deshalb, weil technische und fabrikatorische Voraussetzungen hier nicht gegeben waren.«[5]

Ein roter Faden in den Beiträgen von Leesens ist es, den »Verleumdungen, denen Deutschland und die Deutschen in den vergangenen Jahrzehnten ausgesetzt waren und bis heute sind«[6], entgegenzutreten. So streitet er für die Ehre eines ehemaligen U-Boot-Kommandanten, der sich am Krieg der Nazis beteiligt hat, und beklagt bitterlich, dass die Bundeswehr sich in ihrem Traditionsverständnis immer weiter von ihren Vorgängern, insbesondere der Wehrmacht, entfernen würde. Ach, wenn's doch nur stimmen würde...

Gerd Meier-Melder

Ich danke dem Archiv Bergengruen (Hamburg) für die Bereitstellung der Materialien.

Anmerkungen

1 DMZ Nr. 40, S.30-35
2 National-Zeitung 38/2004, S. 11
3 bisherige Folgen in DMZ Nr. 39 - Nr. 41
4 DMZ Nr. 40, S. 63
5 Aussage Hermann Görings vor dem IMT, in: Der Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof, Nürnberg 1947, Bd. IX, S. 317 (Verhandlungstag 14. März 1946)
6 DMZ Nr. 41, S. 6



Abobestelladresse:

Abobestellungen an:
rat – reihe antifaschistischer texte
c/o Schwarzmarkt
Kleiner Schäferkamp 46
20357 Hamburg

Ein Abo kostet 13,- € für 4 Ausgaben.
Lieferung nur gegen Vorkasse.

enough@nadir.org · www.enough.nadir.org